Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Mai 1980
Nr. 20 Jg. 8

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Ehrenberg sondiert das Terrain für neue Arbeitszeitordnung

Die Kapitalistenklasse will die Arbeitskraft optimal ausbeuten / Ausdehnung der Teilzeitarbeit, Jahresarbeitszeitverträge

z.rua. Der diesjährige 1. Mai in der BRD und Westberlin war bestimmt von den Forderungen der Arbeiterbewegung nach gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen, die der Ausbeutung Schranken setzen. Auf allen gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen nahmen die Forderungen nach Verbot von Akkord-, Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit sowie die Forderungen nach der 35-Stundenwoche zentralen Raum ein. Die Wucht, mit der sie erhoben wurden, ist in den Erfahrungen der Arbeiterklasse begründet, daß die Kapitalistenklasse aus den Krisen der letzten Jahre nur herauskam aufgrund der gesteigerten Auspressung der Arbeitskraft. Zunahme der chronischen Erkrankungen, Abnahme der durchschnittlichen Lebenserwartung sind nur einzelne Posten dieser Bilanz.

Schon zeichnet sich die nächste Krise ab. Die Kapitalistenklasse will ihr mit

Schon zeichnet sich die nächste Krise ab. Die Kapitalistenklasse will ihr mit optimaler Ausnutzung der lebendigen Arbeit begegnen. Sie betreibt die Ausdehnung der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit zwecks umfassender Auslastung der Maschinerie. Das Arbeitsministerium hat verschiedene Gutachten in Auftrag gegeben, um „beschäftigungspolitische Auswirkungen von Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung“ zu erkunden. Bis zur nächsten Legislaturperiode soll die im wesentlichen noch aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung reformiert werden. Es geht der westdeutschen Bourgeoisie nicht um die Erfüllung der Forderungen der Arbeiterbewegung. Seit 1960 ist die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro Arbeiter aufgrund des Kampfes der Arbeiterbewegung von 2084 Stunden auf 1714 Stunden (1979) gesunken. Das entspricht einer jährlichen Reduzierung von 1%. Im gleichen Zeitraum stieg die Stromproduktion pro Lohnabhängigem von 5291 kWh auf 17562 kWh; die pro Lohnabhängigem produzierte Warenmasse wuchs von 16439 DM (1960) auf 34129 DM (1979). Das entspricht einer jährlichen Steigerung von 4–5%. Die Anzahl aller Lohnabhängigen nahm von 21,4 Mio. auf 20,1 Mio. (1978) ab. Gegen den gewachsenen Verschleiß der Arbeitskraft fordert die Arbeiterbewegung die Herabsetzung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden an fünf Wochentagen bei vollem Lohnausgleich. Die Kapitalistenklasse weist diese Forderung entschieden zurück. Selbst die 40-Stundenwoche ist erst für 93,7% aller Lohnabhängigen tarifvertraglich festgeschrieben; durch Druck auf den Lohn und unter Ausnutzung der Gesetzesbestimmungen der Arbeitszeitordnung wird sie von den Kapitalisten beständig untergraben. 1979 lag die Zahl der jährlich pro Arbeiter geleisteten Überstunden mit 108,9 Stunden um 12% höher als 1960. Die insgesamt geleisteten Überstunden entsprachen einem Äquivalent von 1,9 Mio. Vollzeitarbeitskräften.

Seit der Krise 1974/75 schwankt die Zahl der registrierten Arbeitslosen um die Millionengrenze. Hinzu kommen die „Stillen Reserven“ derjenigen Arbeitslosen, die sich erst gar nicht registrieren lassen, in Höhe von rund 500000. Anfang letzter Woche gab die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosenstatistik für April 1980 bekannt.

Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosenstatistik für April 1980 bekannt.

Gegenüber März ist die Arbeitslosenzahl um 50000 auf 825000 zurückgegangen; gegenüber April 1979 ist sie um 30000 gestiegen. Seit Januar 1980 haben sich 1065605 Arbeitslose neu gemeldet, rund ⅔ wurden inzwischen wieder vermittelt. Deutlich nimmt die Zahl der „Langzeitarbeitslosen“ und der „Problemgruppen“ unter den Arbeitslosen zu. Dazu zählt die Bourgeoisie vor allem alte Arbeiter, Behinderte, Arbeiter mit gesundheitlichen Einschränkungen. Verärgert ist die westdeutsche Bourgeoisie, daß ihr über die Zahlung von Arbeitslosengeld der Zugriff auf die Versicherungskassen der Arbeiter eingeschränkt wird – für 1978 ermittelte das Arbeitsministerium durchschnittliche Ausgaben pro Arbeitslosem von 22497 DM, was der Staatskasse Mindereinnahmen von 23 Mrd. DM einbrachte.

Für die Zeit bis 1990 rechnet die westdeutsche Bourgeoisie mit einem Arbeitskräfteüberhang von ca. 2,5 Mio. Die bürgerlichen Forschungsinstitute erkunden derzeit die verschiedensten Varianten der „Arbeitszeitverkürzung“, um die Anzahl der registrierten Arbeitslosen und damit die Zahlung von Arbeitslosengeld zu drosseln. Sie empfehlen vor allem die Ausdehnung der Teilzeitarbeit, die vorzeitige Verrentung alter Arbeiter, das „Job sharing“ (zwei Arbeiter auf einem Arbeitsplatz, die sich die Arbeit „teilen“, wodurch die Konkurrenz unter ihnen verschärft werden muß) sowie „flexible Jahresarbeitszeitverträge“, nach denen nur in Zeiten der Saison, dann aber länger als 8 Stunden, gearbeitet werden soll. Zwei Drittel der durch diese Art „Arbeitszeitverkürzung“ frei werdenden Arbeitsplätze sollten neu besetzt werden, das restliche Drittel durch „Steigerung der Produktivität“ ausgeglichen werden, raten die Gutachter. Alle diese Maßnahmen zielen auf die Verdichtung der Arbeitszeit und die Beseitigung physischer und gesetzlicher Schranken der Ausbeutbarkeit. Mit der Teilzeitarbeit haben die Kapitalisten bereits ihre erfreulichen Erfahrungen gesammelt. Knapp 4 Mio. Frauen waren 1979 teilzeitbeschäftigt, vor allem in Handel, Büros und in der Druckindustrie. Mit der Beschäftigung von zwei Schreibkräften jeweils fünf Stunden lang an Fotosatzgeräten z.B. nutzen die Kapitalisten die maximale Konzentration der Arbeitskraft und umgehen die gesetzlichen Pausenbestimmungen. Durch „Jahresarbeitszeitverträge“, bereits in Reisebüros erprobt, könnte die Arbeitskraft saisonal vor allem in der Nahrungsmittel-, Bau- und Energieindustrie maximal vernutzt werden; Urlaubs- und Krankheitsfehlzeiten können vollständig auf die „arbeitsfreie“ Zeit abgewälzt werden. In allen Fällen würden die Löhne auf ein solches Elendsniveau gedrückt, daß der zusätzlichen Aussaugung von Mehrarbeit Tür und Tor geöffnet wäre. Die Bourgeoisie will den Arbeitern diese „Arbeitszeitverkürzung“ als „Solidaritätsopfer“ nahelegen, bei denen Lohnverzicht unabdingbar sei. Die Arbeiterbewegung kann sich darauf nicht einlassen.

Die Sorge der französischen Regierung bei der Plünderung

z.inl.Paris. Mit 6 Mio. Strafmandaten für Verkehrswidrigkeiten, davon 5 Mio. für Falschparken, wollte die französische Bourgeoisie allein in Paris letztes Jahr Millionen von den Volksmassen kassieren. 1,5 Mio. Strafmandate sind es im 1. Quartal 1980. Der Plünderungsfeldzug hat einen Haken: Die Massen zahlen nicht. Wieviele sich weigern, wird offiziell verschwiegen, genannt werden nur die 20% Autofahrer, die „noch nie“ ihre Strafzettel zahlten. Jetzt will der Staatsapparat diese „alarmierende Lage“ beenden und das Geld durch direkten Zugriff auf die Bankkonten eintreiben. Die Banken, die um ihre Kundschaft fürchten, lehnen diese Form der Zwangseintreibung ab. Sie begründen ihre Weigerung damit, daß Strafmandate „nicht Teil des Steuerwesens“ sind. Wenn das kein Hinweis auf Einführung einer Parksteuer ist!

„Nach mir die Sintflut!“ – Halb Lekkerkerk wird evakuiert

z.scc. 271 Familien aus dem niederländischen Lekkerkerk müssen in diesen Tagen ihre Wohnung verlassen. Nach wochenlangem Druck hatte die Stadtverwaltung mitten im Wohngebiet eine 50 m^2-Fläche umgraben lassen – und 42 durchgerostete Fässer mit chemischen Giftstoffen gefunden. Der Fund war lediglich die Spitze eines Eisberges, die Verseuchung eines ganzen Stadtteils nicht mehr geheimzuhalten: Schon längst hatte das Gift die Wassertanks durchdrungen und das Grundwasser vergiftet; die Wasserzufuhr wurde abgedreht, die gesundheitlichen Schäden sind noch nicht zu ermessen. Zahllose Hausfundamente sind angegriffen; die Regierung mußte zusagen, alle betroffenen Häuser aufzukaufen, die Bewohner werden in Wohnwagen umgesiedelt. Der Urheber der abenteuerlichen Giftlagerung hat nichts zu befürchten – die Tat ist „verjährt“.

Straßenkämpfe um Spielplatz in Kopenhagener Arbeiterviertel

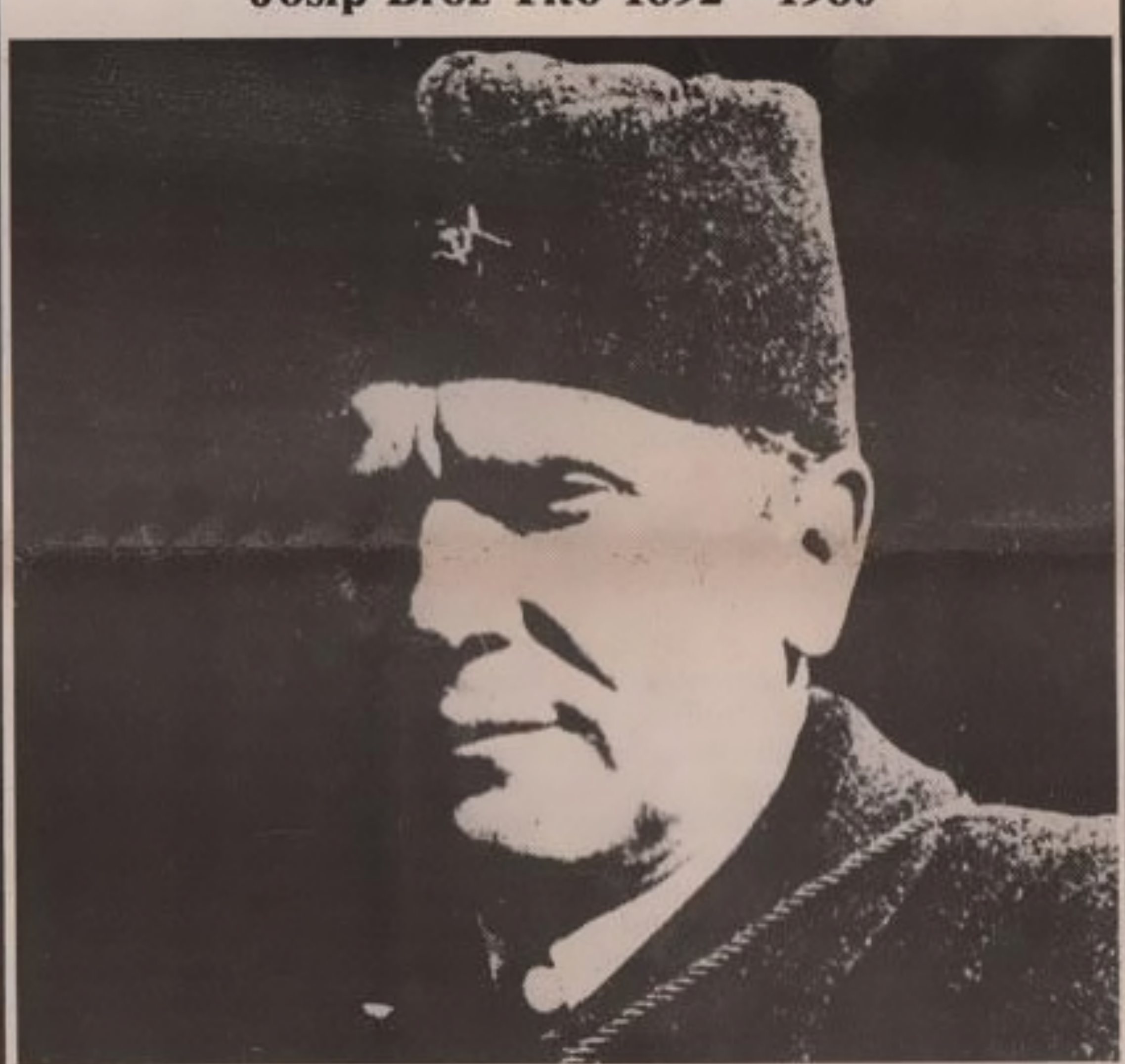
z.bag.Aarhus. Drei Tage und Nächte kämpften mehrere tausend Bewohner des Kopenhagener Arbeiterviertels Nörrebro und Jugendliche aus der ganzen Stadt gegen ein starkes Polizeiaufgebot, das auf Geheiß der sozialdemokratischen Stadtverwaltung den größten Spielplatz des Viertels zwecks „Sanierung“ schleifen sollte. Der Platz war vor sieben Jahren von den Bewohnern des Viertels in Besitz genommen und zu einem „Bauplatz“ gemacht worden, über den die Kinder und Jugendlichen selbst bestimmten. Als jetzt die Polizei kam, sperrten Bewohner das Viertel mit Barrikaden ab, darunter fahruntüchtig gemachten Polizeibussen. Der Stadtrat mußte am 5.5. eine Sondersitzung einberufen, die unter dem Druck von zehntausend Demonstranten vor dem Gebäude und einer Flut von Protesttelegrammen aus dem ganzen Land keinen Beschluß zustandebrachte.

Türkische Organisationen verweigern Mitgliederlisten

z.uwb. Zwischen dem 11. und 16. April erhielten 8 türkische Organisationen, darunter der türkische demokratische Arbeiterverein und der türkische Arbeiterjugendverein, vom Westberliner Staatsschutz die Aufforderung, binnen 14 Tagen ihre Mitgliederlisten vorzulegen. Bisher haben vier dieser Organisationen Einspruch gegen die Aufforderung eingelegt, die keine aufschiebende Wirkung hat. Eine rechte Organisation hat die Mitgliederliste ausgehändigt. Welche die übrigen 6 Organisationen sind, gibt der Innensenator nicht bekannt, damit diese keine gemeinsamen Maßnahmen ergreifen können. Vermutlich handelt es sich um islamische und faschistische Organisationen. Der Staatschutz hat den Organisationen jetzt Zwangsgelder von 1000 DM auferlegt, wenn sie bis Mitte Mai die Mitgliederlisten nicht herausgeben.

Josip Broz Tito 1892 – 1980

Josip Broz Tito 1892 – 1980



Ganz Jugoslawien trauert um J.B. Tito. Millionen Arbeiter und Bauern waren bei der Trauerfeier in Belgrad versammelt. In ganz Jugoslawien fanden Versammlungen statt, ebenso bei den jugoslawischen Arbeitern im Ausland. Der Präsident des BdKJ Doronjski erklärte, daß Jugoslawien auch weiter entschlossen den von Tito vorgezeichneten Weg folgen wird.

US-Stahlmonopole wollen den Weltstahlmarkt zurückerobern

Dumping-Klage gegen westeuropäische Stahlkonzerne / Profitschlachten auf dem Rücken der Stahlarbeiter

z.rül. Vier Wochen ist es her, seit die neun größten US-Stahlmonopole ein Tarifabkommen gegen die Stahlarbeiter durchsetzten, das ihnen in den nächsten drei Jahren erlaubt, die Reallöhne ihrer 280000 Lohnabhängigen um mindestens 8,7% zu senken. (KVZ 21.4.) Die Tinte unter dem Abkommen war noch nicht trocken, da begannen die US-Finanzbourgeois bereits, über den Abschluß zu zetern. Bis zu 40% würden die Löhne der Stahlarbeiter steigen, dröhnten sie in ihrer Presse. Daß die Stahlarbeiter solche *nominalen* Lohnerhöhungen nur bei einer Inflation von insgesamt 65% – jährlich 18% – gezahlt bekommen, ihre Löhne also *real* um 15% gesenkt wären, zeigt die Pläne dieser Blutsauger. *Sämtliche* Schranken der Ausbeutung sollen fallen, damit die US-Stahlmonopole die Vorherrschaft auf dem Weltstahlmarkt zurückerobern können.

Obwohl die US-Stahlarbeiter ein Fünftel des Stahls der ganzen Welt produzieren, sind die US-Monopole gegenwärtig auf ihren Inlandsmarkt zurückgeworfen. Und selbst hier konnten japanische und westeuropäische Stahlmonopole in den letzten Jahren bis zu 18% des Marktes erobern. Allein von 1975 bis 1978 stiegen die Stahleinfuhren der US-Imperialisten von 12 auf 21 Mio. t. In der gleichen Zeit konnten die US-Kapitalisten ihre eigene Produktion nur von 117 auf 126 Mio. t ausweiten. Angestachelt durch diese scharfe Konkurrenz auf ihrem eigenen Markt, leiteten die US-Stahlkapitalisten seit 1976 ein großangelegtes Rationalisierungsprogramm ein. 85000 Stahlarbeiter wurden auf die Straße geworfen, die Gesamtzahl der in der Stahlproduktion ausgebeuteten Arbeiter sank auf 339000. 131 Tote seit August 1977, eine Unfallrate und ein Krankenstand, die 50% über dem Durchschnitt der verarbeitenden Industrie liegen, das ist die Bilanz dieser Profitschlacht auf Seiten der Arbeiter.

Letztes Jahr meldeten die Stahlmonopole dann die ersten „Erfolge“. Die Produktion stieg auf 136 Mio. t, die offiziellen Profite auf 929 Mio. Dollar, die Einfuhren fielen auf 17 Mio. t. Im ersten Quartal 1980 konnten die 16 größten Konzerne ihre Profite erneut um 66,6% auf 517 Mio. Dollar steigern.

Aber immer noch liegen die japanischen und westeuropäischen – hier vor allem die westdeutschen – Stahlkapitalisten in der Schweißauspressung vorn, sind die Anlagen der US-Konzerne veraltet. 17% des US-Stahls werden z.B. gegenwärtig erst mit Stranggußanlagen hergestellt, gegenüber 50% des japanischen Stahls und 38% des westdeutschen. Und 17 Mio. t Stahlimporte sind 17 Mio. t zuviel, vor allem, wo sich jetzt der US-Markt durch die Krisen in der Automobilindustrie und in der Bauindustrie rapide verengt. Angestachelt durch ihre bisherigen Fortschritte in der Ausbeutung der Stahlarbeiter wollen die US-Konzerne deshalb dieses Jahr ihre Investitionen von 3,2 Mrd. Dollar auf 6 Mrd. fast verdoppeln. Gleichzeitig sollen die japanischen und westeuropäischen Stahlkapitalisten aus dem US-Markt geworfen werden. Ende März beantragte US-Steel eine Anti-Dumping-Klage gegen 18 westeuropäische Stahlkonzerne. Klagen gegen japanische Konzerne sollen folgen. Letzte Woche leitete das US-Wirtschaftsministerium das Dumping-Verfahren offiziell ein.

Zusammenstoß bei Blockadeübungen? Sofortiger Abbruch der Fahrt in den Indischen Ozean!



Auf ihrer Fahrt in den Indischen Ozean sind die Zerstörer Bayern und der Tanker Spessart im Mittelmeer kollidiert. Der vierschiffige Marineverband lief Toulon an. Weiterhin drohen die USA mit Seeblockade des Iran.

z.vip. **Mit einem Kesseltreiben versuchen Bund und Länder den Zustrom von Asylbewerbern zu drosseln.** Die Bundesregierung hat gegenüber Afghanistan, Sri Lanka und Äthiopien Visumzwang eingeführt. Baden-Württemberg und Bayern wollen „Sammellager“ errichten. Ministerpräsident Späth hat Vorbereitungen für vier Sammellager und ein Durchgangslager am Flughafen Stuttgart getroffen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Penner „lehnt die Konzentration in einem Lager“ ab. Das hessische Kabinett regelt durch einen Gesetzentwurf die Verstreuung der Asylbewerber auf alle Gemeinden und Kreise. Der Frankfurter Sozialdezernent Trageser (CDU) verspricht sich von Lagerzentralisierung vorzeitige, freiwillige Heimreise. Der Bund beschleunigt das Asylverfahren durch Erhöhung der Zahl der Anerkennungsausschüsse von 6 auf 28 (1981: 35) und der Gerichte, die sich mit Asylklagen befassen, von 1 auf 17. Eine im Frühjahr eingesetzte Bund-Länder-Kommission heckt weitere Maßnahmen aus. Bayern und Baden-Württemberg haben dort vorgeschlagen, das gerichtliche Berufungs- und Revisionsverfahren abzuschaffen. Auch die Arbeitserlaubnis soll gestrichen werden. Am 17.3. hat der Leser Kopf in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sagen dürfen, was die eigentlich „humanitäre Lösung“ ist: „Wenn die SPD und CDU/CSU im Bundestag gemeinsam im Grundgesetz-Artikel 16 die vier Worte *Politisch Verfolgte genießen Asylrecht* ersatzlos streichen ..., würde das „Asylrecht“ zur Asylgewährung auf moralisch-ethischer Grunddlage.“ Der CDU-Landtagsabgeordnete Volz (Baden-Württemberg) will, damit die Rechtsstaatlichkeit bei den Zurückweisungen gewahrt ist, unter die Grenzschützer auf dem Flughafen einen Verwaltungsrichter stellen.

z.gkr. **Am 5. und 6. Mai war Strauß in Israel.** Unter den westdeutschen Bourgeois spielt er den entschiedenen Befürworter der Politik der Zionisten. Strauß: „Das in der EG-Formulierung geforderte Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser, womit ein souveräner Staat westlich des Jordans ... gemeint ist, wird weder von dem Abkommen von Camp-David verlangt, noch bestehen die Ägypter darauf.“ Erst Sicherheit für Israel, dann könne

z.gkr. **Am 5. und 6. Mai war Strauß in Israel.** Unter den westdeutschen Bourgeois spielt er den entschiedenen Befürworter der Politik der Zionisten. Strauß: „Das in der EG-Formulierung geforderte Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser, womit ein souveräner Staat westlich des Jordans ... gemeint ist, wird weder von dem Abkommen von Camp-David verlangt, noch bestehen die Ägypter darauf.“ Erst Sicherheit für Israel, dann könne es auch unter neuen Bedingungen Selbstbestimmung für die Palästinenser entwickeln. Sicherheit bedeute: Fortsetzung militärischer Präsenz in den besetzten Gebieten und Belassung der gegenwärtigen zionistischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. „Eine vorsichtige Absage an die Großisrael-Ideologie der Regierung Begin“, so die FAZ. Mehr aber auch nicht. Zweifellos nicht eine Erleichterung für die offizielle Regierungspolitik, gegenüber Palästinensern und arabischen Staaten zu taktieren.

z.gih. **Am 9. Mai jährte sich zum 30. Mal der Tag,** an dem der damalige französische Außenminister Schuman der Öffentlichkeit seinen Plan vorstellte, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer supranationalen Behörde zu unterstellen und einen gemeinsamen Markt für die Erzeugnisse dieser beiden Industrien zu schaffen. Gegründet wurde dann am 10. August 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die westdeutschen Imperialisten feiern diesen Tag: „Es war für die junge Bundesrepublik der erste Schritt aus der alliierten Vormundschaft in die Souveränität.“ Aufgehoben wurden die Kontrollrechte und Zwangsverwaltungen der Besatzer und fielen die Produktionsbeschränkungen für die westdeutschen Kohle- und Stahlkapitalisten. Was sie wirklich feiern, ist ihr Sieg über die Arbeiterklasse, der es nicht gelungen war, die Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie zu verhindern.



z.elb. **Die sechs europäischen Automobilkonzerne VW, Renault, Peugeot-Citroen, British Leyland, Fiat und Volvo haben einen Vertrag über gemeinsame Forschung geschlossen.** Ein Ausschuß soll die Forschung insbesondere über neue Materialien, Verbrennungstechnologie, Korrision, Oberflächenbehandlung, Qualitätskontrolle und Automatisierung koordinieren, um überlappende Vorhaben zu verhindern und einen Gutteil der Ausgaben von jährlich 2–3% des Umsatzes einzusparen. Ausdrücklich von der gemeinsamen Forschung ausgenommen ist die Entwicklung neuer Autotypen. Ziel ist, den hohen technischen Stand der westeuropäischen Automobilkapitalisten gegenüber den japanischen und US-amerikanischen zu halten, wenn möglich auszubauen. 1977 hielten die US-Monopole in den fünf europäischen Ländern 28% der Gesamtproduktion von Personenkraftwagen, in allen westeuropäischen Ländern (außer Dänemark und Portugal) gar 30%. Die japanischen Konzerne konnten sich innerhalb weniger Jahre einen Anteil von 10% aller verkauften Wagen in der BRD ergattern, insbesondere bei Typen der unteren und Mittelklasse und v.a. auf Kosten der US-Monopole.

z.hot. **Zwecks Konstruktionshilfe für das Nachfolgemodell der Lada-Serie sind Verhandlungen zwischen der Porsche AG und den Wolga-Automobilwerken im Gange.** Mit 1,314 Mio. Stück stieg die sowjetische Autoproduktion 1979 um 0,2%. Während die Sozialimperialisten bisher hauptsächlich durch Dumpingpreise versuchten, auf westlichen Märkten Fuß zu fassen, versuchen sie nun verstärkt ihren Produktionsapparat umzuwälzen, um konkurrenzfähig zu produzieren. Von Mai 79 bis Februar 80 importierten sie für 50 Mio. $ Produktionsanlagen für die Automobilwerke, nach Carters Embargo hauptsächlich aus Japan und Westeuropa.



Das Automobilwerk an der Wolga: alle 22 Sekunden ein neuer „Lada“



Das Automobilwerk an der Wolga: alle 22 Sekunden ein neuer „Lada“

z.std. **Der Ehrenbergprozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg gegen Dirk Steenken, Mitglied der Regionalleitung Nord, ist mit einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu 20 DM beendet worden.** Damit ist das Gericht unter dem Strafmaß von 7 Monaten mit Bewährung geblieben, das die Staatsschutzkammer Oldenburg in dem vorangehenden Verfahren ausgesprochen hatte. Vor allem erfüllte das Gericht nicht den Auftrag des Bundesgerichtshofes, eine längere Freiheitsstrafe zu verhängen. Allerdings wurde eine Verurteilung wegen Verunglimpfung von Staatsorganen vorgenommen, wie der Bundesgerichtshof gefordert hatte, und damit das Parteienprivileg in der Wahrnehmung politischer Aufgaben beseitigt. – In der Begründung unterstellte das Gericht wie die Oldenburger Kammer, daß D. Steenken das Flugblatt herausgegeben hat, und leitete die Verurteilung im wesentlichen aus der Funktionärstätigkeit ab. Das Gericht sah sich nicht in der Lage zu entscheiden, ob „die Gesetze sachgerecht und vertretbar seien“. Sich direkt hinter die Gesetze von Ehrenberg stellen, konnte sich dieses Gericht so wenig wie andere. Die Verurteilung zu nur einer Geldstrafe begründet das Gericht mit einer „geringen Breitenwirkung des Flugblatts“ und damit, daß sich der Angeklagte bei seiner Kritik habe bestätigt fühlen können „durch die massive Kritik an den Ehrenbergmaßnahmen in Öffentlichkeit und Parlament.“

z.elf. **Nach den kürzlich veröffentlichten Gesamtabrechnungen der gesetzlichen Krankenversicherungen für 1978 mußten sich 5,8 Mio. in den Ortskrankenkassen Versicherten wesentlich häufiger einer Krankenhausbehandlung unterziehen als die 4,2 Mio. Versicherten in den Ersatzkassen.** Knapp die Hälfte der in den Ortskrankenkassen Versicherten, die ins Krankenhaus mußten, waren Rentner. Bei den Ersatzkassen waren das nur ein knappes Drittel. Die Ausgaben für Krankengeld für Krankheiten, die länger als 6 Wochen dauerten, waren bei den Ortskrankenkassen mit 5,3 Mrd. DM etwa viermal so hoch wie bei den Ersatzkassen, während die Ausgaben für ambulante Behandlung bei beiden Kassenarten etwa gleich waren. Krankenhausbehandlung vor allem für die alten Arbeiter, die Rentner, die ja in den Ortskrankenkassen versichert sind, machen mit 21 Mrd. DM fast ein Drittel der Ausgaben der Krankenkassen aus. H. Ehrenberg, der ja vor allem den Rentnern die notwendige Krankenhausbehandlung entziehen will, schlägt gegen die „unterschiedlichen Risikostrukturen der einzelnen Kassenarten“ einen „Finanzausgleich unter den einzelnen Kassenarten“ vor. Eine Senkung der Kassenbeiträge bedeutet das sicherlich nicht.

„Jugend forscht“ – Heranbildung von Forschernachwuchs – für wen?

z.jsc. Der diesjährige Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ findet unter der Schirmherrschaft von AEG-Telefunken in Westberlin statt. Die Teilnehmer des Bundeswettbewerbs sind aus den seit Ende des letzten Jahres laufenden Regional- und Landeswettbewerben hervorgegangen. Es sind dieses Jahr 83 Jugendliche übriggeblieben, deren 57 vorgelegte Arbeiten sich in 6 Fachgebiete (Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik, Technik) einteilen. Außerdem gibt es das Sonderpreisthema „Verbesserungen für die Arbeitswelt“, Preisstifter ist der Bundesminister für Arbeit. Weitere Sonderpreise gibt es zur „Einsparung von Primärenergie“ (Preisstifter: Bundesminister für Wirtschaft, Preishöhe: 2000 DM), und zum „Recycling“ (Verband Deutscher Papierfabriken, Preishöhe: 2000 DM), und zur „Verbesserung der Lebensbedingungen“ (Bundesministerium für Forschung und Technologie, Höhe: 1500 DM). Die Preise beim normalen Wettbewerb klettern von 60 DM beim Regionalwettbewerb über 300 DM beim Landeswettbewerb (jeweils der 1. Preis). Außerdem gewinnen die Bundessieger eine entwicklungspolitische Studienreise zu den Philippinen. Hinzu kommen weitere Sachpreise. Die Bundessieger können sich beim Studium eines Numerus Clausus-Fachs bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen als Härtefälle einordnen lassen. Mit den Preisen, den Aussichten auf eine Patentanmeldung oder der Übernahme einer 1jährigen Patenschaft für einen „Jugend forscht“-Teilnehmer durch die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung machen die Veranstalter den Jugendlichen die Teilnahme schmackhaft.

Nach der Preisverteilung am 12. 5. werden die Arbeiten in einer kurzen Ausstellung gezeigt. Die Arbeiten befassen sich, wie bisher bekannt wurde, u.a. mit einem Verfahren, mit dem aus Altreifen Eiweiß für die Tierfütterung gewonnen werden kann und mit einem Verfahren zur automatischen Erkennung von Sprache durch einen Computer.

Auffallend ist, daß die Sonderpreise ausschließlich für Ergebnisse der angewandten Forschung vergeben werden. Zum Sonderpreis „Einsparung von Primärenergie“ heißt es im „Leitfaden für Teilnehmer“ u.a.: „Natürlich bemüht sich die Bundesregierung mit allen Mitteln, die Energieversorgung sicher zu machen... Durch enge wirtschaftliche Beziehungen und verstärkte Zusammenarbeit mit möglichst vielen Rohstoffländern aus aller Welt wird die Abhängigkeit von politischen Ereignissen oder von einer besonderen Verknappungspolitik einzelner Länder vermindert...“. Die Fraunhof-Gesellschaft – „zentrale deutsche Trägerorganisation für angewandte Forschung“ – stellt für die Vergabe ihres Sonderpreises ausdrücklich folgendes Kriterium an die erste Stelle: „daß das Forschungsergebnis... eine direkte wirtschaftliche Verwertung durch ein Unternehmen erfahren könnte.“

Wirtschaftliche Verwertung soll heißen: Kapitalverwertung – das weiß wohl AEG-Rationalisierungsexperte Dürr, der die Hauptpreise verteilt, am besten.



Dem Kuratorium der Stiftung Jugend forscht e.V. gehören u.a. an: Hauff, Bundesminister für Forschung und John Jahn jun. von der Gruner + Jahr AG.

Sonderkongreß des VDK in Bonn
Gegen Sozialhilfecharakter der Kriegsopferrente – für bruttolohnbezogene Rente
z.hev. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VDK) hat auf einem Sonderkongreß zur Vorbereitung der Bundestagswahlen am 6. Mai in Bonn über die Forderungen der zehn selbständigen Landesverbände zur Rentenreform, der Kriegsopferver-
ne Gesamtsicherung von mindestens 75% der Rentenanwartschaften notwendig ist. Der VDK tritt dafür ein, daß in jedem Fall die auf selbsterworbenen Ansprüchen des hinterbliebenen Ehegatten beruhende Rente gezahlt wird.“ Heißt das 75% der *während der Ehe* erworbenen Ansprüche oder 75%
gensschongrenzen“ sollen angehoben werden. Im Kern sind das Forderungen gegen die Behandlung der Kriegsopfer als Sozialhilfeempfänger, die sich bei jeder kleinen Änderung ihrer finanziellen und gesundheitlichen Verhältnisse vor den Beamten und Ärzten der Versorgungsämter rechtfertigen und neu

Sonderkongreß des VDK in Bonn

Gegen Sozialhilfecharakter der Kriegsopferrente – für bruttolohnbezogene Rente

z.hev. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VDK) hat auf einem Sonderkongreß zur Vorbereitung der Bundestagswahlen am 6. Mai in Bonn über die Forderungen der zehn selbständigen Landesverbände zur Rentenreform, der Kriegsopferversorgung und zur Eingliederung Behinderter beraten. Eisern hält der Verband an der bruttolohnbezogenen Rente fest und ist auch gegen die Besteuerung der Rente und gegen einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Der Bundesverbandspräsident Staatssekretär a.D. Karl Weishäupl allerdings hat auf dem Kongreß jede dieser Forderungen äußerst gewunden vorgebracht, daß der Regierung genügend Spielraum bleibt, den 1,2 Mio. Mitglieder starken VDK doch noch auf ihre Linie zu bringen. Das war nicht immer so. Nach den letzten Bundestagswahlen wurde Bundesminister Ehrenberg beim VDK ausgepfiffen.

Der VDK befürwortet auch die Teilhaberente, und Weishäupl wie auch einige Landesverbände formulieren die Bedingungen für ihre Einführung so schwammig, daß auch hier die Regierungslinie die Oberhand behält: „Der VDK ist der Ansicht, daß bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie im Alter für den überlebenden Ehegatten eine Gesamtsicherung von mindestens 75% der Rentenanwartschaften notwendig ist. Der VDK tritt dafür ein, daß in jedem Fall die auf selbsterworbenen Ansprüchen des hinterbliebenen Ehegatten beruhende Rente gezahlt wird.“ Heißt das 75% der *während der Ehe* erworbenen Ansprüche oder 75% der *gesamten* Rentenansprüche?

Der Landesverband Hessen allerdings möchte die Kriegsopferrente an den Durchschnittslohn binden: ein erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter sollte mindestens die Rente bekommen, die dem durchschnittlichen Lohn aller Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten entspricht. Z.Zt. werden die Kriegsopferrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz durch Aufsplitterung in Grundrente, Berufsschadensausgleich und Schadensausgleich berechnet – für den Einzelnen nahezu undurchschaubar. Der VDK mußte seit Kriegsende rund 1 Milliarde Mark erst vor den Sozialgerichten erstreiten. Erholungskuren für Schwerbeschädigte und deren Hinterbliebene sollen – so fordert es der VDK – in Zukunft jährlich und durch einfaches ärztliches Attest möglich sein, Ersparnisse der Rentner und ihrer Angehörigen nicht mehr für die Bezahlung von Erholungsaufenthalten herhalten müssen, die „Vermögensschongrenzen“ sollen angehoben werden. Im Kern sind das Forderungen gegen die Behandlung der Kriegsopfer als Sozialhilfeempfänger, die sich bei jeder kleinen Änderung ihrer finanziellen und gesundheitlichen Verhältnisse vor den Beamten und Ärzten der Versorgungsämter rechtfertigen und neu begutachten lassen müssen.

Höchst chauvinistisch ist es, wie Weishäupl versucht, bei der Regierung die Forderungen des VDK zu plazieren: „Wer immer Leben und Gesundheit im Dienste der Allgemeinheit eingesetzt und dabei Schaden erleidet, muß die Sicherheit haben, daß der Staat seinen Einsatz ausreichend entschädigt.“ Gefährlich sei es angesichts der Weltlage, die „durch die alten deutschen Soldaten gebrachten und von den jungen deutschen Soldaten von neuem geforderten Opfer“ zu mißachten. Die versammelte politische Prominenz – Leber, Ehrenberg, Geißler, Verheugen – zollte freundlichen Beifall. Vor Ort aber suchen die VDK-Mitglieder besseren Kontakt zu den Gewerkschaften. Der Landesverband Hessen traf sich in Frankfurt mit Vertretern des DGB, um die Verankerung des gesetzlichen Zusatzurlaubs für Schwerbehinderte in den Tarifverträgen voranzutreiben und seine Bezahlung durchzusetzen.

z.rug. **Der Bundesrat hat am 21.4. das vom Bundestag beschlossene „Lärmschutzgesetz“ an den Vermittlungsausschuß überwiesen.** Danach sollen in „allgemeinen Wohngebieten“ die Lärmwerte tagsüber 65 Dezibel (A) und nachts 55 db (A) nicht überschreiten. Die Bundesratsmehrheit will an dem Gesetz im wesentlichen ändern: Erhöhung der zulässigen Werte um 3 db (A) und Erhöhung des Eigenanteils der Umbaumaßnahmen an Wohnhäusern von 25% auf 50%. Die Maßeinheit Dezibel ist eine logarithmische Funktion. 3 db (A) mehr entsprechen einer Verdoppelung des Lärmpegels von 1000 auf 2000 Autos pro Stunde. Die SPD spricht vom „in Umweltfragen sensibilisierten Bürger“. Dies sind die Arbeiter, die nach gesteigerter Ausbeutung in den Fabriken sich die Reproduktionsbedingungen nicht kaputt machen lassen wollen. Werden die „Lärmschutzmaßnahmen“ nicht gebaut, dann verschlechtern sich die Reproduktionsbedingungen weiter. Werden sie gebaut, dann auch nicht mit 25% Eigenanteil, die die Mieten in die Höhe treiben. Der Staat soll zahlen.

z.ebk. **Der 4. Strafverteidigertag vom 2.–4.5.80 in München zum Thema Strafvollzug fordert vollen Tariflohn für Strafgefangene, gewerkschaftliche Rechte, Krankenversicherung und freie Arztwahl auf Staatskosten und die Abschaffung von Trennscheibe und Sicherheitstrakt.** Einheitlich war die Kritik am derzeitigen Strafvollzug in der BRD. Während häufig die Forderung nach Therapie statt Strafe ein Ausweg erscheint, wandte sich der Strafverteidigertag gegen „Bestrebungen der Bundesregierung und gegen Gesetze, unter dem Motto ‚Therapie statt Strafe‘ Strafvollzug durch Behandlungsvollzug mit dem Ziel zu ersetzen, die Haltung des Straftäters durch lenkenden Eingriff zu verändern“. Bundestag und -rat lehnen diese Forderungen ab: Der Bundestag hat in 1. Lesung beschlossen, den Lohn von 5% des Durchschnittslohns aller Versicherten auf 10% zu setzen, also von 114,17 DM monatlich auf 228,34 DM. Der hat der Bundesrat widersprochen. Er will 7% zustimmen. Begründung: Zusätzlicher Finanzbedarf im „Sicherheitsbereich“, vor allem für den Bau von Sicherheitstrakten.

z.jüd. **„Die wirtschaftliche Bilanz des vergangenen Jahres ist ... im großen und ganzen positiv ausgefallen“,** meldet die Deutsche Bundesbank jetzt in ihrem Geschäftsbericht 1979. Das reale Bruttosozialprodukt sei um 4,5% gestiegen, „mit dem kräftigen Produktionsanstieg wurden im weiteren Verlauf des Jahres die Kapazitäten weithin voll ausgelastet“. Probleme gibt es mit der Leistungsbilanz, die „für 1980 ... nach den jüngsten Preisbeschlüssen der OPEC-Länder“ noch weiter ins Defizit geraten wird. Dementsprechend ist das als „Guthaben bei ausländischen Banken“ ausgewiesene Kapital um 20,5 Mrd. auf 51,8 Mrd. DM gegenüber 1978 gesunken. Allerdings ist der Europäische Währungsfonds (EWS) von 2,3 auf 28,5 Mrd. DM aufgestockt worden, so daß die Währungsreserve insgesamt auf 89,3 Mrd. DM gegenüber 85,8 Mrd. DM 1978 gestiegen ist. In diesen Währungsreserven ist der Handelsbilanzüberschuß des westdeutschen Kapitals angelegt. Der Vergleich mit 1970 – 32,7 Mrd. DM – zeigt, in welche Höhe der Über-

UdSSR lanciert „politische Lösung" ihrer Aggression

Umtriebe zur Anerkennung der Marionettenregimes in Phnom Penh und Kabul

z.anb. In Kampuchea steht das Ende der Trockenperiode unmittelbar bevor. Die vor fünf Monaten von den vietnamesischen Aggressoren angekündigte Großoffensive ist gescheitert. Rund 50000 umfaßt nach den Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea derzeit die Befreiungsarmee. Wie vor Beginn der Trockenperiode kontrolliert sie ein Fünftel des Landes, ebensoviel wie die Invasionstruppen, drei Fünftel sind nach wie vor umkämpftes Gebiet. Die Verteilung der Stützpunktgebiete hingegen hat sich verändert, sie verteilen sich jetzt über das ganze Land, somit hat sich die militärische Lage im Widerstandskrieg zugunsten der Befreiungskräfte gefestigt.

Am 14. Mai findet in Islamabad die nächste Außenministerkonferenz der Islamischen Staaten statt. Bei der letzten Konferenz im Januar diesen Jahres hatten die Außenminister sich auf eine Resolution geeinigt, in der der bedingungslose Abzug der sowjetischen Invasionstruppen aus Afghanistan gefordert wird. Obwohl das Marionettenregime Karmal nicht nach Islamabad eingeladen ist, hat es die Entsendung seines Außenministers angekündigt. Bei der Plenarsitzung des Abrüstungsausschusses der UNO in Genf am 9. April stellte der Vertreter Kubas den Antrag, das Heng-Samrin-Regime zur Tagung zuzulassen. Am selben Tag veröffentlichte die TASS in Genf eine „Erklärung" des Karmal-Regimes, die die oben genannte Resolution der Islamischen Konferenz zu Afghanistan als „null und nichtig" vom Tisch fegte.

Innerhalb der letzten zwei Monate hat die Sowjetunion unter Einbeziehung ihrer Vasallen in Vietnam und Kuba eine umfangreiche diplomatische Reisetätigkeit mit Schwerpunkt ASEAN aufgenommen. Den Anfang machte der sowjetische Vizeaußenminister Firyubin im Februar mit Gesprächen in Hanoi und Phnom Penh, dann Thailand, Singapur, Burma und Nepal. Zweck dieser Diplomatie ist, sowohl bezüglich Afghanistans wie Kampucheas „politische Lösungen" vorzuschlagen, deren Kern die Aufweichung der Front gegen die sowjetische Hegemonial- und Aggressionspolitik ist, dies vor allem in den ASEAN-Ländern unter schamloser Ausnutzung der ernsten Lage, der militärischen Drohung wie der wirtschaftlichen Bedrängnis, die z.B. für Länder wie Thailand durch das Flüchtlingsproblem als Folge der vietnamesischen Invasion entsteht. Während die Sowjetunion bezüglich Afghanistans „regionale Verhandlungen der Nachbarländer" Pakistan und Iran mit dem Karmal-Regime lanciert – gleichbedeutend mit der Anerkennung ihrer Besatzung –, häufen sich die Umtriebe ihrer vietnamesischen Vasallen gegenüber der ASEAN, eine „Initiative" zur „Lösung" der „Kampuchea-Frage" einzuleiten.

2,5 bis 3 Mio. Dollar kostet die Sowjetunion täglich die Fortsetzung der vietnamesischen Okkupation des Demokratischen Kampuchea. Etwas viel für die nicht erfolgte militärische Entscheidung. Die Regenzeit, das wissen die Sowjet-Strategen sehr wohl, wird Vietnams militärische Position gefährden. Es ist also Zeitgewinn vonnöten. Zeitgewinn, dessen Hauptinhalt die Vorbereitung des nächsten entscheidenden militärisch-strategischen Vorstoßes ist. Die Anerkennung Afghanistans und Kampucheas als besetzte sowjetische Einflußgebiete würde den Weg freiräumen für den Angriff auf die Straße von Malakka als der entscheidenden Verbindung zwischen Indischem und Pazifischem Ozean.

Es ist dies auch den USA nicht entgangen. Weit davon entfernt, in Südostasien sich als Garant der Sicherheit der ASEAN anbieten zu können, entdecken die Strategen Washingtons angesichts bedrohlichen Rückstands ihrer eigenen Machtposition gegenüber dem Rivalen in der Aufweichung der Front gegen die sowjetische Aggression eigene Interessenwahrung. Der in Hongkong erscheinenden Zeitung „Far Eastern Economic Review" zufolge entsandte Carter im Februar den beigeordneten Staatssekretär für Ostasien und den Pazifik, Richard Holbrooke, nach Thailand. „Unsere Quellen hier in Bangkok sagen, die amerikanischen Beamten unterstrichen die Wichtigkeit der westlichen Sicherheit und der amerikanischen Stärke im Indischen Ozean, vor allem angesichts der afghanischen Krise. (. . .) Die Amerikaner verteidigten die Politik der Normalisierung der Beziehungen mit Hanoi" (4.4.1980). Dies schloß ein Verhandlungen über die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes seitens der ASEAN, unter Umständen mit der Bedingung, der Marionettenclique durch Einbeziehung „neutraler Elemente" das Etikett einer „blockfreien und repräsentativen Regierung in Kampuchea" umzuhängen, wie sich Holbrooke Anfang April in seinem Bericht vor dem US-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten ausdrückte. Der damals, im Februar, noch amtierende thailändische Ministerpräsident Kriangsak „sagte den Amerikanern geradeheraus, daß jeder Versuch Washingtons, eine Verständigung mit Vietnam zu erreichen, zu diesem Zeitpunkt nur die gesamte regionale Diplomatie der ASEAN-Staaten untergrabe, statt die sowjetischen Positionen im Indischen Ozean zu schwächen" (s.o.).

Ganz entgegengesetzt zu einer Unterstützung der ASEAN verfolgt die hiesige Presse jetzt mit Akribie „Anzeichen von Einlenken" seitens einzelner Mitglieder der ASEAN – Spekulationen vor allem um den unlängst erfolgten Regierungswechsel in Thailand sind dabei Mittel, die „westliche Schutzmacht" ins Kalkül zu bringen – wie wenn *sie* Kriangsaks Abgang veranlaßt hat? Legt nicht gerade dessen Ablehnung der „neuen amerikanischen Linie" diese Annahme nahe . . .?

Die neue Regierung Thailands hat sich schon geäußert. Nicht nur zur Fortsetzung der bisherigen Außenpoli-

land, Singapur, Burma und Nepal. ne Interessenwahrung. Der in Hong-



Der Vizepremier der VR China Deng Xiaoping 1978 bei seinem Besuch in Bangkok mit dem thailändischen Ministerpräsidenten Kriangsak

sich schon geäußert. Nicht nur zur Fortsetzung der bisherigen Außenpoli-

tik, der Festigung der Zusammenarbeit der ASEAN. Am 10. April sagte der stellvertretende Außenminister Arun Panupong, er weise die Ansicht, Verhandlungen mit dem Heng-Samrin-Regime brächten eine Lösung, zurück: „Wir werden Fehler machen, wenn wir die Lage so sehen." (Beijing Rundschau, 29.4.80)

Der chinesische Außenminister Huang Hua wird in den kommenden Tagen Thailand und Malaysia besuchen. Beim Besuch des pakistanischen Präsidenten vorige Woche in Beijing wurde „völlige Übereinstimmung der Ansichten" erzielt. Die VR China wird ihre militärische Hilfe verstärken. Vordringlich direkt an die afghanischen und die kampucheanischen Befreiungskämpfer. Darin und in nichts anderem ist die Lösung zu suchen. Vorschläge, von welcher Seite auch immer, die dies leugnen, sind in ihrer Konsequenz die Anerkennung der sowjetischen Aggression. Sie fallen der Front gegen Imperialismus und Krieg in den Rücken.





„Pol-Pot-Soldat (mit Messer) nach der Tat, mit herausgeschnittener Leber", unterschreibt der „Spiegel" (18/80) diese Bilder. In Wahrheit zeigen sie die Soldateska Lon Nols und wurden nach telefonischer Auskunft des zuständigen Bildredakteurs bereits 1972 angekauft. Seine Antwort auf den Vorwurf der Fälschung: Sie bewiesen ja immerhin, „daß das in der Landschaft dort so vorkommt".

„Spiegel"-Redakteur Terzani bei den vietnamesischen Okkupanten in Kampuchea zu Gast

z.hku. 1975, kurz vor der vollständigen Befreiung, hatte „Spiegel"-Redakteur Terzani Phnom Penh verlassen. Jetzt ist er wieder in Kampuchea gewesen, 17 Tage mit vietnamesischen Papieren in den von Vietnam kontrollierten Gebieten. Von den ihm bekannten Menschen und Städten habe er nur Skelette wiedergefunden, schreibt er. Lebend traf er gute Bekannte aus Vietnam, Beamte der Besatzermacht. Sie kommen in seinem Report („Spiegel" Nr. 16 – 18) denn auch zu Wort, neben Mitgliedern der fünften Kolonne Vietnams, die jetzt den Marionettenapparat stellen, wie Heng Samrin; und Leuten, die sich in den Dienst der Besatzer gestellt haben und zumeist schon Lon Nol dienten: der Dolmetscher, ein Professor, eine Flötistin. Von den Arbeitern und Bauern erfährt Terzani nichts. Sein Fazit: „Die Vietnamesen sind nach Kampuchea als ‚Befreier' gekommen." Sie haben die Khmer vor der *Selbstausrottung* bewahrt.

Terzani schildert die großen Zerstörungen im Land, verlassene Dörfer und umherziehende Menschen. Die Malaria ist verbreitet, die Menschen sind unterernährt und eine Lösung der Ernährungsfrage wegen Mangel an

sind unterernährt und eine Lösung der Ernährungsfrage wegen Mangel an

Saatgut, Arbeitsmitteln und Bewässerung nicht in Sicht. Das sei Folge der Regierung Pol Pot, suggeriert Terzani; 1975 habe es noch ausreichend Wasserpumpen und Arbeitsvieh gegeben, heute nicht mehr. Pol Pot habe die Bewässerungsanlagen so verändert, daß die Deiche beim ersten Regen gebrochen seien; das vorbildliche Gesundheitswesen der alten Gesellschaft aus Haß auf westliche Wissenschaft zerstört. Es genügt, gegenüber diesen gemeinen Lügen daran zu erinnern, daß die Arbeiter und Bauern Kampucheas nach der Vertreibung der US-Imperialisten in kollektiver revolutionärer Anstrengung durch den Bau großer Bewässerungsanlagen den Reisanbau verdoppelt, die Ernährungs- und Bekleidungsfrage gelöst und auch die Malaria weitgehend ausgerottet hatten, als die vietnamesischen Aggressoren das Land überfielen.

Die Lüge, das Demokratische Kampuchea habe die Produktivkräfte des Landes zerstört, soll die weitergehende stützen: 3 Millionen Menschen, rechnet Terzani vor, habe Pol Pot ausgelöscht, um „den neuen Menschen zu schaffen". Die Zahl steigt mit der Dauer der vietnamesischen Aggression und Aushungerung des Landes. Von diesem *wirklichen* Völkermord und dem vorhergangenen vernichtenden Bombenkrieg der US-Imperialisten gegen das Land sieht und schreibt Terzani *nichts*. Dafür füllt er Seite auf Seite mit den Greuelgemälden, die die Besatzer in den Städten zur Schau stellen, um die Kampucheaner von der Existenz solcher Greuel zu „überzeugen", und schreibt dazu aus der sozialimperialistischen Presse ab: ganze Dörfer von 7000 Menschen werden von einer Handvoll Jugendlicher umgebracht; junge Ärzte schneiden Patienten in Stücke, statt zu operieren; usw, usf. Irgendwas wird schon hängen bleiben. Was speziell Terzanis Gewährsleute, früher Handlanger Lon Nols, heute der Vietnamesen, zu beklagen haben mögen, war die Begleichung von Rechnungen seitens der Volksmassen nach 1975 und war die Unterdrückung zahlreicher Putschversuche durch vietnamesische Agenten.

Einen blühenden Garten haben ausländische Besucher 1978 Kampuchea

Einen blühenden Garten haben ausländische Besucher 1978 Kampuchea genannt; mit Massakern läßt sich der jedenfalls nicht bauen. Und es müßte schon ein Volk von Irren sein, das sich in opferreichem Kampf vom US-Imperialismus befreit, um sich dann wie Lämmer hinschlachten zu lassen. Terzani *zieht* diesen Schluß: „Verhuscht, traumatisiert, in ihrem eigenen Land verloren – die Kampucheaner wirken wie Patienten, die einer psychologischen Massentherapie bedürfen." Das Volk sei „gelähmt, verzweifelt, gebrochen" – die entscheidende Kraft gegen imperialistischen Zugriff auf das Land hält Terzani für ausgeschaltet – eine Einladung sozusagen.

Die Stoßrichtung dieser „Spiegel"-Serie? Die Bundesregierung soll das Marionetten-Regime anerkennen und diesen Herbst in der UNO auf jeden Fall gegen die Wahrnehmung des UN-Sitzes durch das Demokratische Kampuchea stimmen. Dann könne man mit Vietnam, das zwar gegenwärtig die Beute habe, aber auch in Schwierigkeiten sei, ins Geschäft kommen.

---

schuß gestiegen ist. – Die Finanzbourgeoisie legt diesen Profit aus der Ausbeutung der Arbeitskraft in Westdeutschland als nationale Reserve in Dollars an, was ihnen aus der Zinszahlung einen Extraprofit aus der Ausbeutung der amerikanischen Arbeitskraft sichert. So sichert sich die Kapitalistenklasse zweifach Profit.

kbw.zk. **An das Zentrale Komitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. An das Staatspräsidium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens.** Mit großer Trauer haben wir vom Tod des Vorsitzenden des Zentralen Komitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und Präsidenten des Staatspräsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens, Genossen Josip Broz Tito, erfahren. Genosse Tito war der Führer der Arbeiterklasse, der Werktätigen, der Völker und der Nationalitäten Jugoslawiens im nationalen Befreiungskampf gegen den deutschen und italienischen Faschismus, beim Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien, bei der Verteidigung der Einheit und Unabhängigkeit des Landes gegen alle Versuche der äußeren Einmischung und Bedrohung. Genosse Tito war Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und hat die Einheit und Unabhängigkeit der Partei stets entschlossen verteidigt. – Der heroische Befreiungskampf der jugoslawischen Völker gegen den deutschen und italienischen Faschismus wird stets mit dem Namen des Genossen Tito verbunden bleiben. Die jugoslawischen Völker haben diesen Kampf gestützt, auf die eigene Kraft in voller Unabhängigkeit geführt. Auf dieser Grundlage haben sie sich mit dem Kampf der Völker der Welt gegen den Faschismus zusammengeschlossen. Die jugoslawische Befreiungsarmee hat während des antifaschistischen Krieges mehrere Divisionen der faschistischen Armeen Deutschlands und Italiens gebunden, bis sie sie schließlich vernichtet und das Land befreit hat. An der Niederschlagung des Faschismus haben die Völker Jugoslawiens unter Führung des Genossen Tito einen bedeutenden Anteil. – An dem Prinzip der Unabhängigkeit hat der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens unter der Führung des Genossen Tito beim Aufbau des Landes stets festgehalten. Auf dieser Grundlage wurden Industrie und Landwirtschaft aufgebaut und der Lebensstandard des Volkes gehoben. Genosse Tito hat stets die Tradition des bewaffneten Befreiungskampfes hochgehalten, und alle Völker, die zu den Waffen griffen, um ihre Unabhängigkeit gegen den Kolonialismus zu erkämpfen, alle Völker, die die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes gegen äußere Einmischung und Intervention verteidigen, konnten stets mit seiner festen Unterstützung rechnen. – Genosse Tito gehört zu den Gründern der Blockfreienbewegung und war einer ihrer hervorragenden Führer. Er hat stets mit seiner ganzen Kraft die Einheit der Blockfreien und ihre gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen fremder Vorherrschaft gerichteten Prinzipien verteidigt. Genosse Tito hat sich in der internationalen Arbeiterklasse, unter den proletarischen Revolutionären auf der ganzen Welt und bei allen Völkern ein hohes Ansehen erworben. Sein Tod ist für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt ein schwer zu ersetzender Verlust. – Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland spricht Ihnen, dem Zentralen Komitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, dem Staatspräsidium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens und dem mutigen jugoslawischen Volk sein tiefempfundenes Beileid aus. – *Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)*

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

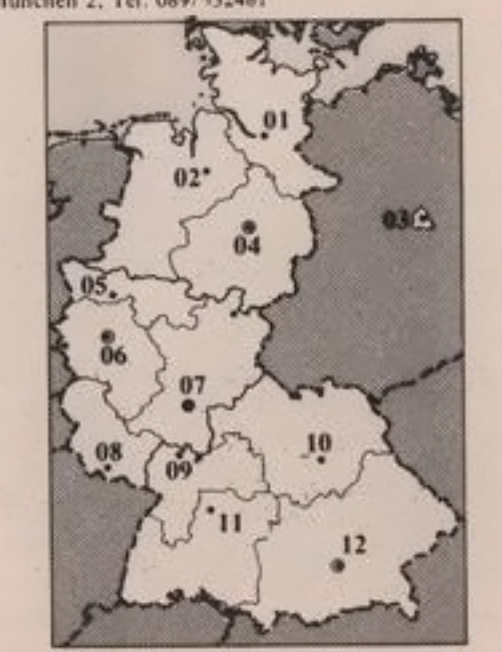
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

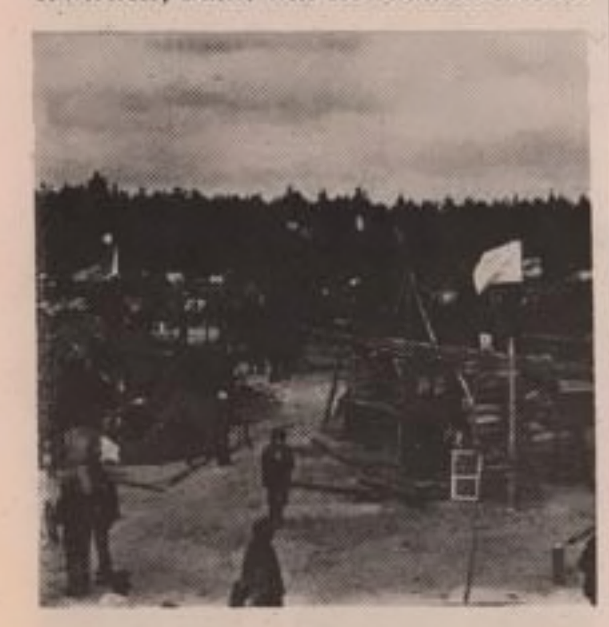
Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

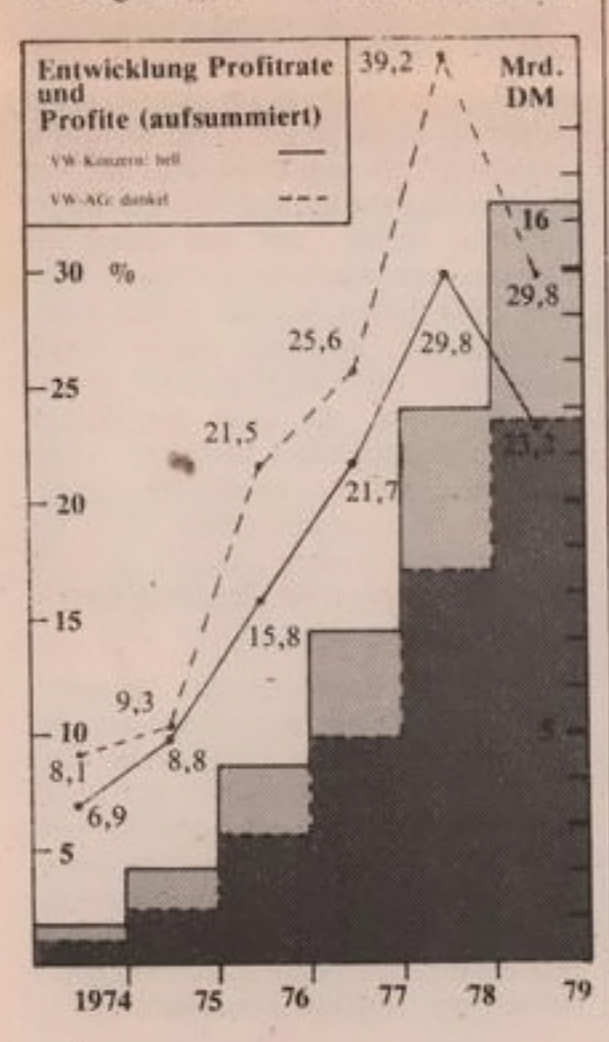
Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.rew. **Am Samstag, den 3.5., wurde die Tiefbohrstelle 1004 auf DWK-Gelände im Landkreis Lüchow-Dannenberg von ca. 4000 besetzt.** Ein Teil begann, ein provisorisches Dorf zu errichten. Während der Woche waren ständig 2–300 anwesend, unterstützt von einigen Bauern und Handwerkern aus der Gegend mit Lebensmitteln und Baumaterial und durch Anleitung. Ca. 40 Göttinger Theologiestudenten kündigten den Bau einer Kirche an. DWK am Dienstag: Mit der Besetzung werde versucht, „die von allen politischen Verantwortlichen geforderten sorgfältigen Untersuchungen des Gorlebener Salzstockes zu boykottieren." Die Gemeinde Trebel verweigert der DWK die Wegenutzung zum Bohrplatz. Die DWK will einen Grundabtretungsbeschluß erwirken, dann will sie räumen lassen.



r.haa. **Die 70ger-Bilanz des VW-Konzerns zeigt: Der Höhepunkt der Automobilkonjunktur ist uberschritten.** Schmückers „kontrollierte Expansion": Steigerung der Produktion um 6,6% nur durch erhöhte Auslandsproduktion. Rekordmarken bei Umsatzerlösen: 30,7 Mrd. DM (plus 14,9%), Sachanlagen: 6,6 Mrd. DM, „flüssigen" Geld- und Finanzanlagen: 6,7 Mrd.
sion": Steigerung der Produktion um 6,6% nur durch erhöhte Auslandsproduktion. Rekordmarken bei Umsatzerlösen: 30,7 Mrd. DM (plus 14,9%), Sachanlagen: 6,6 Mrd. DM, „flüssigen" Geld- und Finanzanlagen: 6,7 Mrd.
DM und Dividende Brutto/Netto 31,3/20% stehen geringere Profite: 4,3 Mrd. DM (1978: 4,6 Mrd. DM) gegenüber und ein Sinken der Profitrate bedingt durch 3,1 Mrd. DM Investitionen (bis 1982 weitere 10 Mrd. geplant). Erhöhung der 9 Vorstandsgehälter um 27,4% (7,9 Mio. DM/Jahr). VW-Werbe-Slogan: „VW – Mehr als Autos".



b.mos. **Die Arbeiter verzichten auf Streiks, die Kapitalisten auf Aussperrung, so CDU-Kandidat Kaltefleiter** angesichts der sich gegenüber den 60er Jahren verfünffachten jährlichen Streiktage. Bei Nichteinigung in Verhandlungen: „Beide Seiten zahlen die Kosten eines fiktiven Streiktages in einen Fonds (eine Nationalstiftung etwa für wissenschaftliche Forschung für Arbeitswelt), während tatsächlich weitergearbeitet wird." „Deutsche Arbeitsfront" modern: Die Kapitalisten setzen Lohnsenkungen durch und streichen weiter den Profit ein, die Arbeiterklasse verzichtet auf alle bisher erkämpften und noch zu erkämpfenden Rechte und stellt ihre Streikkassen der Bourgeoisie zur Verfügung. Wenn Kaltefleiter auch sonst nichts mehr wird, Vorsitzender in seinem eigenen Nationalfonds will er schaffen, um „wissenschaftliche" Methoden zur Steigerung der Ausbeutung zu entwickeln.

b.wes. **Am 7.4. erhielt Dr.Ing.Dr.Ing.-h.c. R.Hell durch Stoltenberg das Große Verdienstkreuz mit Stern.** (1967 Gr. Verdienstkreuz, 1968 Ullensteinring (A. Springer), 1973 Kieler Kulturpreis, 1977 Gutenbergpreis, 1979 Werner-von-Siemens-Ring). „Seine Erfindungen": u.a. Hell-Schreiber, Telebildautomat, Wetterkartenschreiber, Lichtsatzgerät Digiset. Hervorgehoben wurden seine Verdienste zur Rationalisierung und Leistungssteigerung für die graphische Industrie. „In den vergangenen 8 Jahren stieg die Produktion in der Druckindustrie um 84% (von 9,1 auf 16,7 Mrd. DM), bei um 15% verringerten Belegschaften (208000 auf 176000) und in einer um 24% verringerten Produktionszeit (IG Druck und Papier, 9.4.79). Hell selbst beutet über 2000 Arbeiter aus, ca. 40% Frauen.



b.hek. **An der SPD-Kundgebung „Hamburg für den Frieden" am 7.Mai beteiligten sich 1500 Menschen.** Gebührende Distanz zu den USA diene den Sicherheitsinteressen Europas, erklärte K.-H. Wolff vom Juso-Bundesvorstand und sprach sich gegen öffentliche Vereidigungen aus, die nur Provokation seien. Jegliche militärischen Angriffe auf den Iran sollten unterlassen, einer Ausweitung der NATO nicht zugestimmt werden. Auch Bundestagskandidat Duve sprach sich gegen öffentliche Vereidigungen aus, forderte den Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und Verhandlungen zur Verhinderung der Mittelstreckenraketen. Journalist A. Eggebrecht erklärte, früher wäre vielleicht ein blockfreies
fentliche Vereidigungen aus, forderte den Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und Verhandlungen zur Verhinderung der Mittelstreckenraketen. Journalist A. Eggebrecht erklärte, früher wäre vielleicht ein blockfreies
Deutschland möglich gewesen und erinnerte an den Vorschlag Stalins. Die Bedingungen der Aktionseinheit für einen demokratischen Friedensvertrag sind günstig.

b.sih. **Etwa 200 Lehramtsstudenten der CAU Kiel mußten sich in den letzten Wochen den Staatsexamensprüfungen im Begleitstudium Philosophie und Pädagogik unterziehen.** Beim Philosophieprüfer Schmitz sind von 22 Studenten 8 durchgefallen. Aus etlichen Prüfungen ist bekannt, daß die Staatsprüfer sich in die Prüfungen einmischten und über die festgelegten Themengebiete hinaus fragten, daß sie die Zensuren drückten und vor allem in der Pädagogik Gesinnungsfragen stellten wie „Was halten sie von der Gesamtschule?" oder „Wie ist überhaupt Ihr Erziehungskonzept?". Auf einem Treffen von ca. 20 Prüflingen wurde beschlossen, gegen diese Schikanen eine Veranstaltung am 22.5.80 vorzubereiten. 80 Studenten des Pädagogikseminars fordern die Veröffentlichung sämtlicher Prüfungsergebnisse. Im Fachbereichskonvent Philosophie wurde demgemäß beantragt: Veröffentlichung der Ergebnisse, Zulassung weiterer Prüfer und Entzug der Prüfungsberechtigung für Professor Schmitz, der ein besonders widerlicher Schinder ist.

b.clm. Flensburg. **Egon Bahr, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 1 hat die Beteiligung an der Podiumsdiskussion der Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung in Flensburg abgelehnt.** Thema der Veranstaltung ist: „Was gefährdet den Frieden?" Egon Bahr läßt sonst keine Gelegenheit aus, von Abrüstung und Entspannung zu reden, um auch Leute, die gegen die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung sind, an die SPD zu binden. Daß das auf dieser Veranstaltung nicht reichen wird, hat er wohl geahnt. Klarheit wird die Debatte auch ohne ihn bringen.

b.mee. **Hundert nordfriesische Bauern aus Süderlügum forderten auf einer Bezirksbauernversammlung eine sofortige Demonstration zur Erhöhung der Agrarpreise.** Auf Sitzungen der Bezirksbauernverbände Emmelsbüll, Neukirchen und Dagebüll (Nordfriesland) erklärten die Bauernverbandsvertreter, daß die Geduld der Bauern am Ende sei. Nach dem Telegramm des Flensburger Bauernverbandes vor zwei Wochen an Ertl ist dies die nächste Maßnahme der Bauern, und zwar eine schärfere, um die EG Verhandlungskommission unter Druck zu setzen. Gegenwärtig sind die Schweine- und Bullenpreise so niedrig, daß die Bauern nicht einmal ihren Einsatz wieder herausbekommen. Die Ferkel, die im Januar 125 DM gekostet haben, die für 150 DM Futter aufgefressen haben, die 8 DM Zinsen sowie 15 DM an Strom, Wasser, Reparaturen, Spritzmittel, Stroh usw. gekostet haben, die also insgesamt 298 DM Erzeugungskosten verursacht haben, müssen jetzt im Mai als fertige Mastschweine für 275 DM (100 kg schwer) verkauft werden. Keinem Kapitalisten würde es einfallen, mit Verlust zu produzieren. Die Bauern sollen es. Die Bauern wollen endlich eine hohe Preiserhöhung für ihre Produkte sehen und daß der 2,5% Vorschlag vom Tisch kommt. Der Protest der Südtonderner Bauern richtet sich vor allem auch gegen die Verzögerungstaktik des EG Ministerrats, der durch die langen Verhandlungen einen Weg sucht, zu niedrigen Preisabsprachen zu kommen.

b.kol.Hamburg. **Betriebsversammlung HWW: Vor über 1000 Belegschaftsmitgliedern kündigt Geschäftsführer Dr. Heck das Einfrieren des Stellenplans auf den Stand 1979 an.** Der Betriebsrat will das nicht hinnehmen! Der vom BR vorgestellte neue Tätigkeitskatalog wurde von den Badebetrieben kritisiert: für die unteren Lohngruppen ist kaum etwas erreicht worden, bei den Leitern der Bäder (Meister) wurde durch neue Eingruppierung Spaltung hineingetragen. Die Eingruppierung der Handwerker wurde verbessert. Durch Automatisierung (Optimierung) des Wasserwerkes Bergedorf wurde dort der Schichtdienst abgeschafft. Dies wird auf Dauer auf alle Wasserwerke Anwendung finden. Der BR hat durchgesetzt, daß alle Arbeitsplätze erhalten bleiben; sie können aber im Rahmen der HWW verschoben werden.

b.loh. **Am 7.5. fand die 2. Tarifverhandlung der Brauereien Hamburg und Schleswig-Holstein statt.** Die Tarifkommission der NGG ist in der Prozentforderung von 9,8 auf 9,0% zurückgegangen. Nach wie vor steht die Forderung nach Relationsverbesserungen, mit denen die unteren Lohngruppen stärker angehoben werden und eine Vereinheitlichung mit den anderen Tarifgebieten erreicht werden soll. Die Kapitalisten boten 6,0% und Verbesserungen für die Gruppen 5 und 6 um bis zu 0,7%. Sie versuchen, die Anhebung der unteren Lohngruppen zu durchkreuzen. Bei der Bavaria und St. Pauli-Brauerei sind in den Gruppen 1 - 4 fast 60% der Beschäftigten und in 5 und 6 ca. 9%. in Gruppe 6 sind z.B. die Vorarbeiter, die durch das Angebot geködert werden sollen. Das Angebot von 6% würde auf die Ecklohngruppe 4 ca. 127 DM ausmachen. Das ist zu wenig, um den schlechten Abschluß von 4,8% letztes Jahr sowie die Preissteigerungen auszugleichen. Die Vertrauensleute in der Bavaria haben mit einer Unterschriftensammlung begonnen, um der Tarifkommission den Rücken zu stärken.

b.kal. **Nach HEW und HGW erhöhen jetzt auch die 3 Großbanken und die Hamburger Sparkasse die Gebühren für Girokonten.** Noch mehr als bisher sollen die Arbeiter dafür bezahlen, daß die Kapitalisten das Geld der Arbeiter als Kapital konzentrieren. Die Haspa erhöht ab 1.6. die Grundgebühr von 1 DM auf 2 DM, jede Buchung kostet 35 Pf., 3 Buchungen im Monat sind frei. Die Dresdner Bank, die bisher keine Grundgebühr erhob, verlangt jetzt 2 DM pro Monat, jede Barauszahlung kostet 75 Pf. Die Commerzbank verlangt ab 1.5. ebenfalls 2 DM Grundgebühr, für die Barauszahlung 50 Pf.

r.gör. **In der Brot- und Backwarenindustrie in Niedersachsen/Bremen hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) eine Lohnforderung von 9 Prozent aufgestellt.** Zwei Tarifverhandlungen mußten abgebrochen werden, weil die Kapitalisten kein

Studenten in Hannover fordern Verhandlungsangebot von Präsident Seidel

r.hem. Seit Verabschiedung des NHG versucht Wissenschaftsminister Pestel, den Studenten in Niedersachsen Wahlen und Vertretungsorgane aufzuzwingen, die nach seinem Bild gemacht sind.

In Braunschweig konnten sich die Studenten bis jetzt im wesentlichen durchsetzen. Der Präsident der TU Braunschweig mußte einer Wahlordnung zustimmen, die nach dem Prinzip „Fachschaftsräte in die Kammer" funktioniert, d.h. bis auf 6 Sitze des Studentenparlaments werden alle von in den Fachschaften gewählten Vertretern besetzt.

An der Fachhochschule Elektrotechnik und Maschinenbau Hannover hat die Vollversammlung beschlossen, trotz Verbots Neuwahlen zum Studentenparlament nach eigener Wahlordnung durchzuführen. Der AStA der Fachhochschule führt dort die Geschäfte und wird auch von Professoren und Präsident de facto als Vertretungsorgan anerkannt, obwohl Pestel ihn als „illegal" bezeichnet.

An der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden finden in der nächsten Woche Verhandlungen mit dem Kanzler und Rektor und den Standortasten um die Satzung statt.

Inwieweit sich Pestel an den niedersächsischen Hochschulen durchsetzen kann, wird sich wesentlich an der Universität Hannover entscheiden. Dort führen die Studenten seit zwei Jahren zähe Auseinandersetzungen um die Wahlen. An der „Pestel"-Wahl beteiligten sich aufgrund eines Boykottaufrufs der Studentenvertreter nur 350 (2%) der Studenten. 6500 Studenten haben jetzt die Auflösung des „Pestel"-parlaments in einem Begehren gefordert. 4700 Unterschriften wären nur nötig gewesen. Gleichzeitig verlangen sie eine Wahlordnung nach dem Prinzip „Fachschaftsräte in die Kammer".

Noch immer stellt sich Präsident Seidel hin, als habe er mit dem ganzen nichts zu tun und sei es lediglich sein Anliegen, zwischen den Studenten zu vermitteln. Gleichzeitig droht er in der Presse mit Zwangsmaßnahmen gegen die Studentenvertreter, die seit Monaten die AStA-Räume besetzt halten. Das Begehren erkennt er bisher nicht an. Erst müsse der Ältestenrat, ein Organ des 2%-AStAs darüber entscheiden.

Am Dienstag finden erneute Verhandlungen mit dem Präsidenten statt. Auf der Senatssitzung, der Uni-VV und Go-ins wurde dem Präsidialamt deutlich gemacht, daß bis dahin eine Entscheidung auf dem Tisch liegen muß. Gleichzeitig hat die studentische Kammer und die Uni-VV ein Verhandlungsangebot für eine neue Wahlordnung vom Präsidenten gefordert. Eine Neuwahl muß laut Satzung spätestens am 23. Mai ausgeschrieben werden, wenn noch im Sommersemester gewählt werden soll. Daß Seidel die alte Wahlordnung nicht noch einmal nehmen kann, ist ihm klar. Er würde damit genauso untergehen wie das erste Mal. Zudem hat das „Pestel"-Studentenparlament ungeschickterweise Paragraphen hineingenommen, die selbst dem NHG widersprechen und einem Ermächtigungsgesetz gleich kommen. Wahlen sollen nur noch gültig sein bei einer Wahlbeteiligung von 50%. Seidel ist also unter Zugzwang. Gegenüber der Presse hat er erklärt, ihm schwebe eine Einigung bei 50:50 vor, d.h. 50% der Kammervertreter werden über uniweite Listenverbindungen gewählt, 50% der Sitze werden von Fachschaftsvertretern besetzt. Die Fachschaftsräte beharren aber auf dem Prinzip, daß Fachschaftsvertreter in die Kammer kommen. Dieses Wahlprinzip hat sich herausgebildet, weil die Fachschaftsräte die wichtigsten Organe sind, die gegen Prüfungs- und Studienverschärfungen vorgehen. Der AStA muß sich auf die Fachschaftsvertreter stützen und andererseits die Fachschaftsräte den AStA kontrollieren können. Dies war bei uniweiter Listenwahl schwerer möglich, da meistens nur politische Gruppen kandidierten.

Über einen Kompromiß zu verhandeln, sind die Vertretungsorgane seit längerem bereit. Das Angebot von 50:50 kommt dabei aber nicht in Frage, da das sich als nützlich erwiesene Wahlprinzip erheblich eingeschränkt würde.

HAW: Kampf um Regelung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung bei Konti-Schicht

HAW: Kampf um Regelung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung bei Konti-Schicht

r.güt. Seit 1970 gilt in der chemischen Industrie die 40-Stundenwoche, mit Ausnahme der Kontischicht, bei der weiterhin 42 Stunden gearbeitet wurde. Erst 10 Jahre später, ab Juni 1980, konnte die IG-Chemie durchsetzen, daß auch bei Kontischicht tariflich die 41-Stundenwoche und ab Beginn des Lohntarifvertrages 1982 die 40-Stundenwoche gilt.

Mit der Kontischicht werden nahezu alle Grenzen des Normalarbeitstages durchbrochen. Rund um die Uhr und Tag für Tag können die Kapitalisten die Arbeitskraft ausbeuten. Keine Minute im Jahr steht ihre Maschinerie still. Ein Moloch in der Einsaugung menschlicher Arbeitskraft ist die Kontischicht. Unten abgedruckter Schichtplan der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) gibt davon einen Eindruck.

Die 40-Stundenwoche reißt in diesen Rhythmus eine Lücke, weil die Schichten nicht mehr nahtlos aneinander passen, wie es bei der 42-Stundenwoche der Fall ist. In den Verhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung hatten die Kapitalisten deswegen eine Klausel verlangt, nach denen die einseitige Anordnung von Überstunden, ohne Einwilligung des Betriebsrates, ermöglicht werden sollte. Die IG-Chemie hat das abgelehnt. Ein Manko ist aber, daß der Manteltarif es zuläßt, daß der Lohnausgleich schrittweise abgebaut wird.

Die Betriebsräte in den Kontischichten verhandeln jetzt neue Schichtpläne auf der Basis der 40-Stundenwoche. Der VK und der Betriebsrat bei den Hamburger Aluminiumwerken, bei denen 50% der Belegschaft Kontischicht arbeiten, haben für die Verhandlungen mit der Betriebsführung folgende Forderungen festgelegt:

– Die Arbeitszeitverkürzung soll durch zusätzliche Freischichten abgegolten werden. Es sollen Neueinstellungen vorgenommen werden.

– Arbeiter, die das 55.Lebensjahr erreicht haben, sollen bei vollem Lohnausgleich auf Tagschicht versetzt werden.

– Bei Wegfall des Lohnausgleichs soll die Schichtzulage erhöht werden.

Seit Anfang April wird verhandelt. Durchgesetzt hat der Betriebsrat die zusätzlichen Freischichten. Scharf abgelehnt hat er den Versuch, eine Überstundenklausel in die Betriebsvereinbarung einzubauen. Für die Gießerei haben die HAW-Kapitalisten Neueinstellungen zugestimmt. Für die Ofenhallen lehnen sie die Einstellungen ab und bekunden offen die Absicht, den Arbeitstag zu verdichten, um von den Arbeitern erkämpfte Pausen zu beseitigen. Der VK hat schon beraten, daß darauf mit einer Aktion „langsam arbeiten" reagiert werden kann.

Die anderen Forderungen hat die Betriebsführung bislang abgelehnt. Der VK hat beschlossen, die Durchsetzung dieser Forderungen nach Abschluß der neuen Schichtpläne zu erörtern.

Kontischichtplan bei den Hamburger Aluminiumwerken

Mai 1980	Mo 12	Di 13	Mi 14	Do 15	Fr 16	Sa 17	So 18	Mo 19	Di 20	Mi 21	Do 22	Fr 23	Sa 24	So 25	Mo 26	Di 27	Mi 28	Do 1 29	Fr 2 30	Sa 3 31	So 4	Mo 5	Di 6	Mi 7	Do 8	Fr 9	Sa 10	So 11
Schicht A	F	F	F	F	●	●	●	N	N	N	N	N	N	N	●	●	S	S	S	S	S	S	S	●	●	F	F	F
Schicht B	N	N	N	N	N	N	N	●	●	S	S	S	S	S	S	S	●	●	F	F	F	F	F	F	F	●	●	●
Schicht C	●	●	S	S	S	S	S	S	S	●	●	F	F	F	F	F	F	F	●	●	●	N	N	N	N	N	N	N
Schicht D	S	S	●	●	F	F	F	F	F	F	F	●	●	●	N	N	N	N	N	N	N	●	●	S	S	S	S	S

● = Freischicht F = Frühschicht S = Spätschicht N = Nachtschicht = gesetzlicher Feiertag

Konti-Schicht ist ein 4-Schichtsystem. 3 Schichten arbeiten, 1 Schicht hat frei. An allen gesetzlichen Feiertagen wird gearbeitet. Im Jahr werden 160 Stunden mehr gearbeitet. Verkürzung auf 40 Stunden bringt 13 Freischichten im Jahr zusätzlich, z.B. es entfällt die letzte Frühschicht.

Wachsende Bewegung gegen den imperialistischen Krieg



7 – 8000 demonstrierten am 8. Mai in Westberlin. Aufgerufen hatten vor allem Alternative Liste und Grüne. Die SEW beteiligte sich in letzter Minute ebenfalls.

r.doz. Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges fanden in der vergangenen Woche in Hannover und Westberlin jeweils sogenannte Friedensdemonstrationen statt.

In Westberlin hatten Alternative Liste und Grüne unter Forderungen aufgerufen wie: ,,Wir fordern von der Bundesregierung und dem Berliner Abgeordnetenhaus, daß sie unmißverständlich erklären: keine Beteiligung und auch keine versteckte Hilfeleistung bei militärischen Aktionen. Keine Beteiligung an der Hochschaukelei zum Krieg gegen den Iran: keinen Wirt-

bei militärischen Aktionen. Keine Beteiligung an der Hochschaukelei zum Krieg gegen den Iran: keinen Wirt-schaftsboykott, keine Blockade, keine militärischen Einsätze.''

Die Demonstration fand demnach hauptseitig unter einer Stoßrichtung statt, die man unterstützen konnte, so daß auch verschiedene Gewerkschaftsgruppen, z.B. aus der IGM-Jugend und der GEW, geschlossen an ihr teilnahmen.

Zu der Demonstration in Hannover hatte die DKP im gesamten norddeutschen Raum mobilisiert. In ihrem Aufruf hieß es unter anderem: ,,Unser Land kann bei einem Zurück zum Kalten Krieg nichts gewinnen. Frieden und Sicherheit für unser Volk hängen letztlich davon ab, daß der Entspannungsprozeß fortgeführt wird. Das verbessert die Möglichkeiten für Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und für die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, die hunderttausende Arbeitsplätze sichert. Für die Sicherung und den Ausbau der Entspannung – für Abrüstung in Ost und West.''

Wieso kann ,,unser Land'' bei einem Zurück zum Kalten Krieg nichts gewinnen? Zum Beispiel die Herrschaft über die produktiv arbeitenden ,,Brüder und Schwestern drüben''? Die Londoner Times schrieb nicht umsonst schon 1966 über die Pläne der westdeutschen Imperialisten: ,,Das Verteidigungsministerium plant eine Armee, die nur in den russischen Steppen ihre volle Wirksamkeit haben würde. Die Bundeswehr wird eine Ausrü-

Armee, die nur in den russischen Steppen ihre volle Wirksamkeit haben würde. Die Bundeswehr wird eine Ausrü-stung für den Vormarsch auf Berlin oder Breslau oder darüber hinaus erhalten.''

Allerdings, so einseitig sehen die westdeutschen Imperialisten die Sache auch wieder nicht. Die Bundesregierung hat den Kampfverband der Bundesmarine in den Indischen Ozean geschickt. Angeblich zur Ausbildung. Jetzt sind sie zusammengestoßen, offenbar bei einem Seemanöver. In Belgrad hat Schmidt mit der indischen Ministerpräsidentin und der pakistanischen Delegation konferiert. Sie erhoffen sich einen fetten Schnitt bei einem möglichen Krieg, der vor allem von den beiden Supermächten vorbereitet wird. Dagegen muß sich vor allem die Gewerkschaftsbewegung rüsten.





8000 waren zur Demonstration in Hannover dem Aufruf der DKP aus ganz Niedersachsen, Hamburg und Bremen gefolgt. Wie die Bilder zeigen, wurde ihre Politik aus den Reihen der Demonstranten selber bekämpft.

Hafengeburtstag – Für die Hafenarbeiter kein Grund zum Feiern

b.pet. Nach dem 2. imperialistischen Krieg war der Hamburger Hafen zu ca. 80% zerstört. Die Siegermächte wollten die restlichen Anlagen demontieren, das jedoch haben die Arbeiter und Volksmassen verhindert. Sie gingen daran, den Hafen wieder aufzubauen. Da jedoch die Kapitalisten und ihr Staat noch das Eigentum an Grund und Boden hatten, setzten sie, geschützt von den Besatzungsmächten, die kapitalistische Produktionsweise wieder in Gang. Bis 1950 war ca. 70% des Umschlags von vor dem Krieg wieder erreicht. Aus den Steuern der Lohnabhängigen investierte der Senat Jahr für Jahr Millionen im Hamburger Hafen, von 1948 bis 1979 insgesamt ca. 1,6 Mrd. DM. Davon ließ er für die Nutzung durch die Kapitalisten Kais, Schuppen, Lagerhäuser bauen, die Elbe vertiefen, Waltershof und Teile von Altenwerder und Moorburg aufkaufen und die Arbeiter, Bauern, Fischer und kleinen Händler aus den Gebieten vertreiben, Land aufspülen, die westliche Autobahnumgehung und die Köhlbrandbrücke bauen. Die Kapitalisten ließen sich aus dem den Arbeitern abgepreßten Mehrwert die Umschlagsanlagen bauen.

Arbeiter und Güterumschlag im Hamburger Hafen

	1970	1974	1978
Arbeiter in tsd.	11,3	9,9	11,9
Massengutumschlag in Mio. t	32,9	36,6	37,9
Stück- und Sackgut in Mio. t	13,9	15,4	15,8
Container in tsd. 20-Fuß-Einheiten	69	238	462

Quelle: Stat. Jahrbücher Hamburg und Geschäftsberichte GHB

Wurde früher nur Sack-, Stück- und Massengut umgeschlagen, so mußten gegen Ende der 60er Jahre die Kapitalisten, um gegen die Konkurrenz bestehen zu können, den Containerumschlag und den Roll on – Roll off – Verkehr einführen. Seitdem haben sie den Arbeitstag der Hafenarbeiter verdichtet, was sich darin ausdrückt, daß der Umschlag ständig gestiegen, aber die Zahl der Arbeiter gleich geblieben ist. Bei den Verhandlungen über den jetzigen Rahmentarif konnten die Kapitalisten sich mit ihrer Forderung nach der Kontischicht nicht durchsetzen. Sie sind also weiter auf die freie Entscheidung der Arbeiter für Schichten angewiesen. Wobei diese freie Entscheidung durch den niedrigen Schichtlohn und die hohen Steuerabzüge eingeengt wird. So haben allein die Arbeiter von EURO-KAI, bei einem durchschnittlichen Bruttomonatslohn von ca. 4200 DM (das entspricht ca. 40 Schichten pro Monat), im Jahre 1979 ca. 7,5 Mill. DM an Steuern gezahlt. In etwa die gleiche Summe an Steuern hat EURO-KAI in 16 Jahren und zwar von 1962 bis 1977 an Steuern auf Einkommen, Vermögen und Ertrag gezahlt, nämlich 7,1 Mill. DM. Es gibt also für die Hafenarbeiter keinen Grund, mit den Kapitalisten den Hafengeburtstag zu feiern.



Kollegen der Stauerei Tiedemann auf der DGB-Demonstration am 1. Mai

Müttergenesungswerk – Seit 30 Jahren

Müttergenesungswerk – Seit 30 Jahren ,,Reparatur'' der Frau, finanziert durch Spenden

b.brr. ,,Gesunde Mütter – fröhliche Kinder'' – unter diesem Motto steht die diesjährige Sammlung für das Müttergenesungswerk. Gleichzeitig wird das 30jährige Bestehen gefeiert. Bundes- und Landespolitiker rufen zur Spende auf, für Schleswig-Holstein hat Stoltenberg die Schirmherrschaft für die Sammlung übernommen.

1950 hatten die Verbände Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, DPWV, Frauenwerk der Nordelbischen Kirche und das DRK auf Initiative von Elly Heuss-Knapp die Stiftung ,,Deutsches Müttergenesungswerk'' gegründet. Heute unterhält das Müttergenesungswerk (MGW) 10 Mütterkurheime in Schleswig-Holstein mit 400 Plätzen für Mütter und 160 Plätzen für Begleitkinder in Mutter-Kind-Kuren.

1950 wurde die erste Kur mit 23 Müttern durchgeführt – alle Kriegswitwen und Flüchtlinge mit mehr als vier Kindern. Der Zweck der Kur wurde damals schlicht und einfach mit ,,Reparatur'' der Frau umschrieben. ,,Wenn es damals um Mütter ging, die durch Krieg, Hunger und andere Entbehrungen am Ende ihrer Kräfte waren, so stehen heute die Mütter unter andersartigen Belastungen. Sie bedürfen oft dringend einer gesundheitlichen und psychologischen Hilfe, denn Erziehungs- und Familienprobleme haben immer mehr zugenommen,'' so Veronica Carstens, Vorsitzende der Stiftung. ,,... der Kuraufenthalt soll den Müttern zur allgemeinen Bewältigung des Alltags Hilfen geben'' (Stoltenberg), sie lt. KN ,,emanzipieren'' von dem täglichen Einerlei der Kochtöpfe, der Kinder und der Unterdrückung durch den Mann.

Als wenn es darum ginge. Tatsächlich werden immer mehr Frauen in die Lohnarbeit gezwungen. In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der weibl. Erwerbstätigen von 1972 368000 auf 391000 1977 erhöht. Das ruiniert ihre Gesundheit, weil natürlich die Familie weiter versorgt werden muß. Auf dieser Grundlage entstehen schon eheliche und familiäre Probleme, Erschöpfungszustände. Die Wiederherstellung der Frauen für die Profitproduktion soll dann noch durch Spenden der Volksmassen aufgebracht werden. 413000 DM wurden 1977 für das MGW gesammelt.

,,Schnell und unbürokratisch'' soll geholfen werden. Die Frau beantragt bei einem der fünf Verbände eine vierwöchige Kur, die heute ca. 1500 DM kostet. Sie muß dann zu ihrem Hausarzt, der ein vertrauliches Gutachten erstellt. Neben allg. medizinischen Daten muß er Auskunft geben über die Gruppenfähigkeit der Patientin, ihre psychische Verfassung, ankreuzen, ob psychosoziale Beratung empfohlen wird. Diagnostiziert er ,,gemütskrank'', muß die Frau zur Sonderkur. Das Gutachten geht an die Krankenkasse. Hat die Frau das Glück z.B. im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu wohnen und bei der AOK versichert zu sein, bleiben ihr alle weiteren Wege erspart, denn diese Kasse übernimmt die vollen Kosten. Die AOK Kiel dagegen nur 12 DM pro Tag. Beide können sich aber vorbehalten, die Frau noch zum Vertrauensarzt zu schicken. Weitere 10% der Kosten übernimmt das MGW. Um den Restbetrag abzudecken, bleibt nur noch das Sozialamt. Für eine Familie mit 2 Kindern, 3-Zimmerwohnung für 500 DM, liegt die Einkommensgrenze bei 1854 DM netto. Arbeiten beide, werden sie schon nichts mehr bekommen.

Schwergewicht der Kur liegt in der Ehe- und Familienberatung, Fragen der Kindererziehung. Nicht auf Grundlage des Zwangs der Mitarbeit der Frau, weil der Lohn des Mannes nicht reicht und das Kindergeld zu gering ist, werden dort die Probleme in Beratungsgesprächen behandelt, sondern als individuelle Fehlverhalten des Mannes oder der Frau. Die Frauen ,,...können dann mit neuem Mut und neuer Lebensfreude gesünder ...'' (Stoltenberg) wieder in die Profitproduktion zurückkehren. An den ursächlichen Bedingungen hat sich nichts geändert. Nur die nachgehende Kurbetreuung durch staatl. Stellen ist hinzugekommen. Die ist gesichert. Dankbar soll die Mutter dem Staat sein für eine Kur, wo sie hinterher immer noch unter staatlicher Aufsicht steht.

---

akzeptables Angebot vorlegten. Mit ihrem letzten Angebot von 6 Prozent liegen sie noch hinter der bisher erreichten Durchschnittsmarke von rund 7 Prozent. Aber das wäre auch zu wenig. Die Effektivstundenlöhne liegen sowohl bei Männern wie bei Frauen um mindestens 1 DM unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie. Das wären im Monat 180 Mark. Der Unterschied in den Monatslöhnen ist in Wirklichkeit bloß deswegen geringer, weil die Arbeitszeit besonders ausgedehnt ist. Sie liegt in der niedersächsischen Brotindustrie mit 44,8 Wochenstunden noch über dem Bundesdurchschnitt von 44,5 Wochenstunden (Oktober 1979). Offenbar wollen die Kapitalisten an der Lohnfront gleichzeitig Druck auf die parallel stattfindenden Tarifverhandlungen über die Einführung der 5-Tagewoche für das Bäckerhandwerk machen. Die Gewerkschaft will jetzt Kampfmaßnahmen einleiten.

b.myk. **Am 30.4. verteilten Hamburger Krankengymnastikpraktikanten vor 5 Krankenhäusern Flugblätter und sammelten Unterschriften** für folgende Forderungen: ,,Der tarifliche Urlaub darf nicht als Fehlzeit angerechnet werden!'' ,,Der Praktikantenvertrag muß die Ausbildung bis zur staatlichen Anerkennung garantieren!'' Ca. 1800 Unterschriften wurden gesammelt.



b.uwb. **Die Gemeinde Maasbüll (Kreis Schleswig-Flensburg) erfuhr über die Stillegung des Personenverkehrs mit der DB ab und nach Maasbüll über das neue Kursbuch.** Sie verurteilte diese Entscheidung und dieses Vorgehen scharf und will über das Planfeststellungsverfahren über ein eventl. Brückenbauwerk als Ersatz für eine Schranke in Maasbüll die DB von diesem Plan abbringen. Eine Zählung an drei Tagen ergab 43-57-27 Personen ab/an Maasbüll.

Veranstaltungskalender

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien''

Kiel-West, 12.5. – 16.5.80, 20 Uhr, Goethe-Schule, Westring

Lenin: ,,Staat und Revolution''

Plön, 12.5. – 16.5., jeweils 20.00 Uhr, Veranstaltungsort zu erfragen unter 04342/4830

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 16.5.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Veranstaltung der Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung in Flensburg Was gefährdet den Frieden?

Flensburg, 16.5.80, 20.00 Uhr, Deutsches Haus

Ehrenbergprozess gegen Susanne Lambrecht – Ehrenberg fühlt sich durch Karikatur beleidigt

Hamburg, 19.5.80, 13.00 Uhr, Amtsgericht Altona, Max-Brauer Allee 91, Sitzungsraum 201

Öffentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Flensburg, 22.5.80, 20.00 Uhr, Appenrader Hof

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark

Sportkurs Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Zeichenkurs

Hamburg, 16.5.80, 18 Uhr, Thema: Renaissance in Deutschland, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a

Entschlossene Aktion des DGB gegen Faschisten

b.wos. Am 4.5.80 folgten 3500 Gewerkschafter dem Aufruf des DGB in Hamburg, eine Versammlung von Faschisten zu verhindern. Unabhängig vom Gerichtsurteil über das Verbot der Veranstaltung der Faschisten, wurde deren Auftreten verhindert, auch im „Europäischen Hof" wurden sie vertrieben.



Arbeiter von Physio Medica nehmen den Kampf auf für die Anerkennung der Tarifverträge

b.car. Physio Medica ist ein Kleinbetrieb in Uelzen mit rund 40 Arbeitern. Sie stellen medizinisch-technische Apparate her. Der Betrieb entspricht von der Entwicklung der Produktivkräfte her einer Manufaktur. Es wird kaum arbeitsteilig und maschinell gearbeitet. Die Arbeit erfordert Kenntnisse und Erfahrung im Metallhandwerk. Hauptsächlich sind Facharbeiter beschäftigt. Ihnen zahlt der Kapitalist Meinass mindestens den Tariflohn. In Niedersachsen sind das in LG VII 10,51 DM. Mit diesem niedrigen Tariflohn liegt der Facharbeiter um ca. 400 DM unter dem Durchschnittslohn. Da das Geld nicht reicht, kämpfen die Arbeiter ständig um Lohnerhöhungen. Dabei haben sie einen Stundenlohn zwischen 11 und 13 DM durchgesetzt. Die Höhe des Lohns haben die Arbeiter einzeln mit dem Kapitalisten ausgehandelt, was er zur Spaltung nutzt. Gewerkschaftlich erkämpfte Rechte, selbst das Betriebsverfassungsgesetz,
beiter ständig um Lohnerhöhungen. Dabei haben sie einen Stundenlohn zwischen 11 und 13 DM durchgesetzt. Die Höhe des Lohns haben die Arbeiter einzeln mit dem Kapitalisten ausgehandelt, was er zur Spaltung nutzt. Gewerkschaftlich erkämpfte Rechte, selbst das Betriebsverfassungsgesetz,
gelten für ihn nicht. Bei Einstellungen und Kündigungen hört er den Betriebsrat nicht an, die Probezeiten setzt er mal kurz, mal lang an. Er verweigert dem Betriebsrat jegliche Arbeitsmaterialien, läßt Gewerkschaftsplakate abreißen und hat damit gedroht, den IG Metallsekretär Musmann nich mehr in den Betrieb zu lassen. Sein jüngster Angriff gegen die Belegschaft ist die Kündigungsdrohung gegen den Betriebsratsvorsitzenden. Dieser hat eine Kollegin darauf aufmerksam gemacht, daß er zu ihrer Kündigung nicht gehört worden ist. Mit Unterstützung der IG Metall hat die Kollegin einen Arbeitsgerichtsprozeß gewonnen und Meinass mußte 2500 DM Abfindung zahlen.

Nach der Kündigungsdrohung haben die Arbeiter sofort eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Neben 25% der Belegschaft war auch der Gewerkschaftssekretär anwesend. Die Arbeiter waren sich einig, daß sie es nicht zulassen, daß der Betriebsratsvorsitzende entlassen wird. Sie haben beschlossen, jegliche Spaltungsversuche von Meinass zurückzuschlagen und die Einheit in der ganzen Belegschaft herzustellen. Als Ziel haben sie sich gesetzt, Meinass zur Anerkennung der Tarifverträge zu zwingen. Dann könnte er nicht mehr für die gleiche Arbeit 3 verschiedene Löhne zahlen, und zu Weihnachten die Masse der Belegschaft mit 50 bis 100





DM abspeisen. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen jetzt genau die Tarifverträge studieren und im Betrieb propagieren. Dabei wollen sie weitere Kollegen für die Gewerkschaft gewinnen. Muhsmann unterstützt die Durchsetzung der Forderung. In 14 Tagen soll die nächste Mitgliederversammlung stattfinden, um die Taktik zu beraten und Kampfschritte festzulegen.

Zehn Jahre Norderstedt: Die Stadtgründer haben ihr Ziel nicht erreicht

b.hel. Mit viel Tschinderassabumm feiert die Bourgeoisie in dieser Woche den zehnten Gründungstag der Stadt Norderstedt. Dafür trommeln eine ganze Woche lang Polizei- und Militärkapellen und wird Schleswig-Holsteins größte Verbraucherausstellung „Unser Leben 80" durchgeführt. Was feiert die Bourgeoisie? Sie jubelt, daß es ihr gelungen ist, mit Norderstedt ein kommunales Gebilde zu schaffen, in dem Kapitalisten ideale Bedingungen vorfinden sich anzusiedeln. Kapitalisten, die hier ihre Fabriken bauen, haben verkehrsmäßig alle Vorteile des Hamburger Raumes. Norderstedt wurde extra dem Kreise Segeberg zugeschlagen, damit die Zonenrandförderung greift. Der Zusammenschluß der ursprünglichen vier Gemeinden ermöglichte die Gründung einer Erschließungsgesellschaft, die billig den Bauern das Land abkauft, es mit Steuergeldern erschließt und zu Vorzugspreisen an Kapitalisten verkaufen kann. Zudem wurde die neue Stadt Einzugsgebiet für billige Arbeitskräfte aus dem ländlichen Kreis Segeberg. Löhne im Metallbereich z.B. liegen bis zu 2 DM niedriger als in Hamburg. „Goldgräberstadt" wurde Norderstedt bald genannt, weil besonders die Baukapitalisten, allen voran Plambeck, der als CDU-Abgeordneter im Bauausschuß der Stadt selbst saß, sich goldene Nasen verdienten. Bei diesem Entwicklungskonzept der „jungen, aufstrebenden Stadt im Grünen" wurde der Magistrat der Stadt und die lokalen Bourgeois von den Volksmassen zu keinem Zeitpunkt in Frieden gelassen. In wenigen Jahren bildete sich in Norderstedt die größte Mieterinitiative in der BRD heraus. Zu horrend waren die Mieten gestiegen. Ständig wurden Proteste laut gegen den Fluglärm der Einflugschneise des Hamburger Flugplatzes, die mitten über die Stadt verläuft. Jahrelang dauerte der Kleinkrieg gegen die Chemiefirma GRACE, bis sie aufhörte, völlig hemmungslos ihre Abgase in die umliegende Wohngegend abzulassen.

Ungetrübt ist der Jubel der Stadtgründer nicht. Denn ihr Ziel haben sie nicht erreicht: Norderstedt sollte ja den Brückenkopf bilden von Hamburg aus zum Großflughafen Kaltenkirchen.

Die Bourgeoisie schreit gerade jetzt wieder nach diesem für sie auch militärisch so wichtigen Flugplatz. Aber der Kampf der Bauern dieser Gegend hat bewirkt, daß dort, wo bereits vor sieben Jahren die Düsen-Clipper donnern sollten, auch in diesem Frühjahr wieder die Kühe grasen und Trecker Pflüge ziehen.

Seit 2 Jahren Widerstand der Belegschaft gegen geplantes Kontrollsystem bei Gruner & Jahr

b.mah. „Zum Schutz der G&J-Mitarbeiter sowie zum Schutz der Hamburger Verlags- und Redaktionsgebäude und ihrer Einrichtungen sollen neue Hausausweise und Kameras für die Überwachung der Außenbereiche eingeführt werden." (Aus Vorschlag der Geschäftsleitung (GL) von G&J für eine Betriebsvereinbarung (BV) über ein neues Zugangskontrollsystem.) Die Belegschaft und der Betriebsrat wehren sich seit 2 Jahren energisch dagegen. Bis heute ist nicht bekannt, um welches System es sich handelt, alle Informationen unterliegen der Schweigepflicht.

Klar ist jedoch folgendes: Die BV spricht von ‚Lesegeräten', ‚Protokolldruckern', ‚Speichern' ‚Steuereinheiten'. Es ist offensichtlich eine elektronische Datenverarbeitungsanlage. Solche Systeme werden nach Untersuchung des Betriebsrates (BR) auf dem Markt angeboten: als Hausausweisersatz, Stechuhrersatz, ausbaufähig nach dem Baukastenprinzip zur kompletten Arbeitsüberwachung. Schließlich können sie durch Anschluß an bestehende EDV zum sogenannten Personalinformationssystem ausgebaut werden. Damit können dann sämtliche Daten jedes Kollegen am Bildschirm abgerufen werden: Personaldaten aus der abgespeicherten Personalakte, Fehlzeiten, Krankheiten etc. aus der Lohnabrechnung, Arbeitszeiten, Verlassen des Arbeitsplatzes, Arbeitsleistung am Bildschirm, Geldabhebung über die G&J-Kasse, Kantinenrechnungen, Abrechnungen von Dienstreisen, Telefonbenutzung, Buchbestellungen über den G&J-Bestelldienst etc., also jeden Lebensbereich der Lohnabhängigen auszuspionieren, was Vorgesetzten Mittel in die Hand gibt, um zu spalten, Druck auszuüben oder einfach einzuschüchtern.

Nach der BV sollen angeblich außer der Zutrittsberechtigung keine weiteren Kontrollen durchgeführt werden. Der Betriebsrat soll kontrollieren können, in dem er jederzeit die Speicherinhalte ausdrucken läßt. Dazu ist er aber nicht in der Lage. Bezüglich der Videobänder, die mithilfe der Kameras im und am Haus erstellt werden, ist die Sache noch frecher: der BR hat das Recht zu prüfen, wann und zu welchem Zweck sie entnommen worden sind (hinterher).

Die Taktik der GL ist uns bereits bekannt. Hat sie erst mal die Zusage, das Gerät aufzustellen, dann macht sie, was sie will, und läßt den BR dagegen klagen. Bis der Instanzenweg durch ist, sind die Geräte meist abgeschrieben und veraltet. Da der BR nicht zustimmte, wurde nun vom Arbeitsgericht eine Einigungsstelle (4 BR, 4 GL, 1 Richter) bestellt, die Anfang Juni entscheidet. Selbst einen taktischen Kompromiß des BR (elektronische Kontrolle ja, aber keine Speicherung personenbezogener Daten), der auf der Betriebsversammlung von ca. 400 Kollegen bei 1 Gegenstimme und wenigen Enthaltungen verabschiedet wurde, lehnte die GL ab. Auf der nächsten Einigungsstellensitzung erschienen ca. 50 Kollegen, um dem Arbeitsrichter eine Resolution vorzutragen, er solle nicht gegen den Willen der Belegschaft entscheiden. Der Richter wollte sich nicht äußern. Mittlerweile wurden fast 900 Unterschriften gesammelt, die jede weitere Kontrolle ablehnen.

Lohnrunde Wohnungswirtschaft

Besondere Anhebung der unteren Lohngruppen – Kein Abschluß unter Metall!

b.jkr. Am 17.4. hat die Große Tarifkommission der HBV für die Kollegen der Wohnungswirtschaft erstmals eine Mischforderung, 200 DM mindestens 9,5%, aufgestellt. Dies ist auf die Ergebnisse einer im ganzen Bundesgebiet durchgeführten Fragebogenaktion aller HBV-Mitglieder zurückzuführen, die durchgängig Mindestbeträge zwischen 180 und 200 DM + % gefordert hatten. Die Fachgruppe Wohnungswirtschaft, HBV Hamburg, einigte sich auf die Forderung 200 DM/9%.

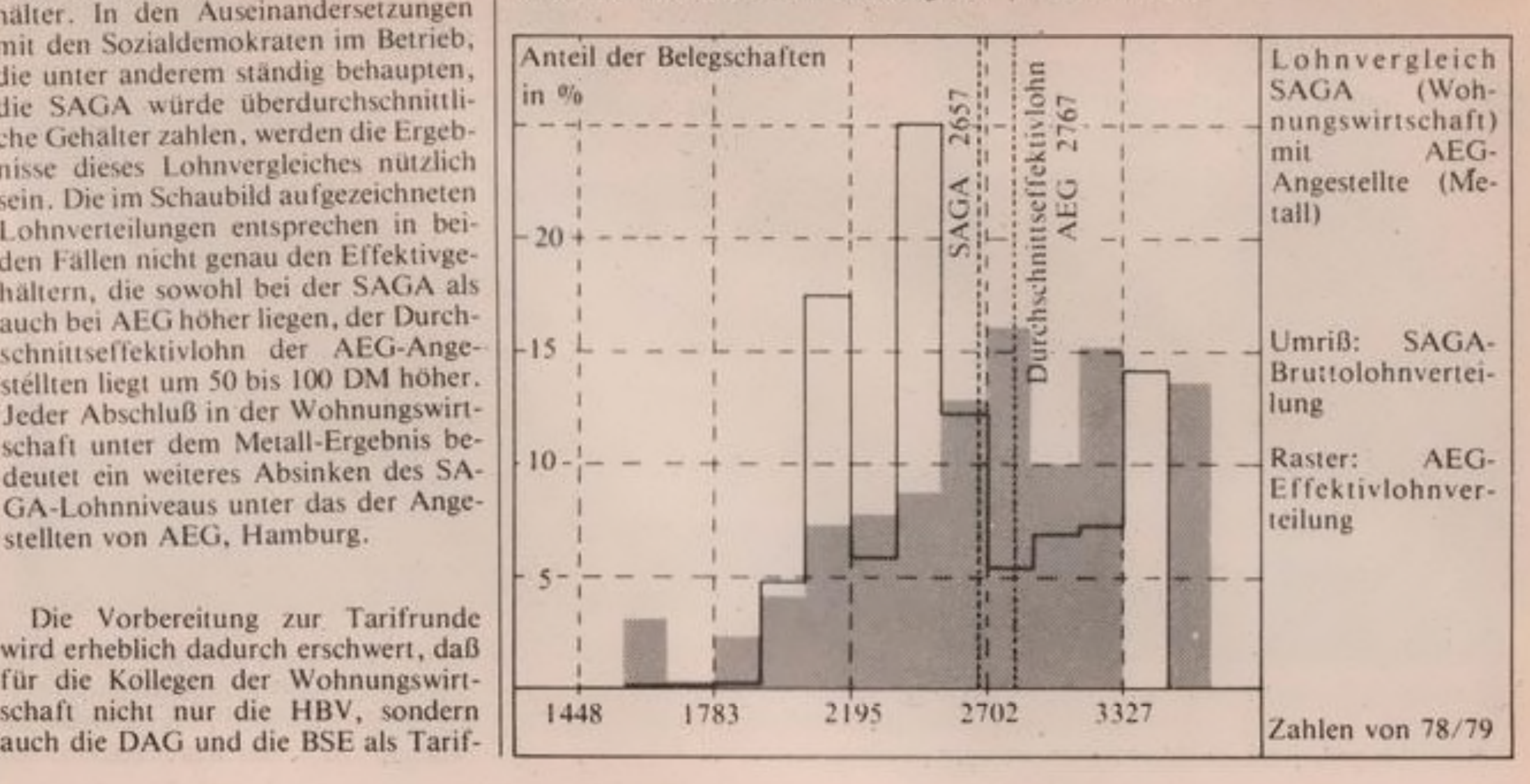
Im nebenstehenden Schaubild wird deutlich, daß diese Forderung mehr als gerechtfertigt ist. Sieht man doch, daß die Gehälter der AEG-Angestellten um einiges *höher* liegen als die vom „sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen SAGA" gezahlten Gehälter. In den Auseinandersetzungen
im nebenstehenden Schaubild wird deutlich, daß diese Forderung mehr als gerechtfertigt ist. Sieht man doch, daß die Gehälter der AEG-Angestellten um einiges *höher* liegen als die vom „sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen SAGA" gezahlten Gehälter. In den Auseinandersetzungen
mit den Sozialdemokraten im Betrieb, die unter anderem ständig behaupten, die SAGA würde überdurchschnittliche Gehälter zahlen, werden die Ergebnisse dieses Lohnvergleiches nützlich sein. Die im Schaubild aufgezeichneten Lohnverteilungen entsprechen in beiden Fällen nicht genau den Effektivgehältern, die sowohl bei der SAGA als auch bei AEG höher liegen, der Durchschnittseffektivlohn der AEG-Angestellten liegt um 50 bis 100 DM höher. Jeder Abschluß in der Wohnungswirtschaft unter dem Metall-Ergebnis bedeutet ein weiteres Absinken des SAGA-Lohnniveaus unter das der Angestellten von AEG, Hamburg.

Die Vorbereitung zur Tarifrunde wird erheblich dadurch erschwert, daß für die Kollegen der Wohnungswirtschaft nicht nur die HBV, sondern auch die DAG und die BSE als Tarifparteien verhandeln. BSE und DAG haben sich auch in diesem Jahr strikt gegen eine Mindestforderung in Mark und Pfennig ausgesprochen, so daß jetzt mit einer 9%-Forderung in die Verhandlungen am 13.5.80 eingestiegen wird. Die HBV wird darüberhinaus ihr Schwergewicht auf eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen legen, sowie auf eine Streichung der „Regelung zur Vergütung der Auszubildenden", das bedeutet, keinen Unterschied in der Bezahlung von Lehrlingen vor und nach dem 18. Lebensjahr.

Nach einer Absprache zwischen HBV, BSE und DAG ist immer abwechselnd eine andere Partei der Tarifgemeinschaft federführend in den Verhandlungen. In diesem Jahr ist die DAG dran, was die Durchsetzung der
bensjahr.

Nach einer Absprache zwischen HBV, BSE und DAG ist immer abwechselnd eine andere Partei der Tarifgemeinschaft federführend in den Verhandlungen. In diesem Jahr ist die DAG dran, was die Durchsetzung der
Interessen der Kollegen nach einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen erschweren wird. Aufgrund dieser schwierigen Lage hat bisher weder die HBV noch die BSE und DAG eine Forderung veröffentlicht, aufgrund dessen die Unterstützung organisiert werden könnte.

Der Kollege Henke, Hauptvorstand der HBV, hat auf der Betriebsversammlung der SAGA am 11.4. alle Kollegen zur *aktiven Unterstützung* im anstehenden Lohnkampf aufgerufen. Es wird für die Verhandlungen nützlich sein, im Betrieb für die Stärkung der richtigen HBV-Forderung, besonders für die Absicherung der unteren Lohngruppen, einzutreten, so, wie diese Forderung schon am 1. Mai mitgetragen wurde.
Es wird für die Verhandlungen nützlich sein, im Betrieb für die Stärkung der richtigen HBV-Forderung, besonders für die Absicherung der unteren Lohngruppen, einzutreten, so, wie diese Forderung schon am 1. Mai mitgetragen wurde.



GDED-Jugend Husum gegen Stufenausbildung als „Junggehilfen"

b.wik. Am 1.September will die Bundesbahn 20 Auszubildende für den „Junggehilfenberuf" in Kiel, Neumünster und Eutin einstellen, mit Einstellungsalter von höchstens 17 Jahren. Die Ausbildung dauert 2 Jahre und soll nach Aussage des Vorstehers des Betriebsamtes Kiel, Oberamtsrat Christoph „mit allen praktischen Arbeiten des Bundesbahnbetriebs vertraut machen". Allerdings: übernommen in ein festes Arbeitsverhältnis werden nur Jugendliche, die sich „bewähren". Die Ausbildung erfolgt nach einem festen Ausbildungs- und Dienstplan. Die Kieler Nachrichten schreiben dazu am 26.3.80: „Der Arbeitsplatzmangel für Schulabgänger, vor allem der Verdrängungsprozeß zum Nachteil von Haupt- und Sonderschulabgängern, wird immer wieder beklagt, die Deutsche Bundesbahn aber hat Mängel an Nachwuchskräften...Sonderschüler haben Chancen". Gegen die Ausbildung zum Junggehilfen hat die GDED-Jugend in Husum auf der 1.Mai-Demonstration ein Flugblatt verteilt. „Die Ausbildungsrealität sieht trotz Beschäftigungsplan (von dem bekanntlich abgewichen wird) so aus, daß die Junggehilfen als ‚mobile Einsatztruppe' überall dort verwendet werden, wo normalerweise zusätzliche Arbeiter eingestellt werden müßten".

Für die Ausgebildeten als Junggehilfen bedeutet diese „Ausbildung" noch nicht einmal eine Stufenausbildung, denn sie stehen nach der Ausbildung genauso auf dem Arbeitsmarkt da wie vorher, als unausgebildete Arbeitskraft, haben keinerlei Anspruch auf Facharbeiterlohn bei der Bundesbahn. Das vordergründig „soziale" Interesse der DB entlarvt sich hier als reines Interesse an „Billigst-Arbeitskräften". Die GDED-Jugend fordert: Weg mit dem Junggehilfen. Schaffung eines neuen qualifizierten Ausbildungsberufes: Eisenbahnfacharbeiter. Diese Forderungen hat die GDED-Jugend auf der Mai-Demonstration mitgetragen.



Schleswiger Jugendliche arbeiten am Gleisbau/Bahnbetriebswerk Kappeln

Deichbau – vordringliche Aufgabe an der Westküste

Die Landesregierung setzt die Sicherheit der Marschbevölkerung aufs Spiel

b.mee. „Schon vor der Sturmflut 1962 waren wir davon überzeugt, daß das bestehende Maß der Sicherheit unserer Seedeiche einer kommenden großen Flut gegenüber sich nicht als ausreichend erweisen werde“, stellte der Gesamtausschuß der Küstenschützer Nord- und Ostsee 1965 in Hamburg fest. Das bewußt einkalkulierte Risiko zerstörte damals 280 km Seedeiche, ließ Land der Bauern überfluten, Menschen und Vieh ertranken. Jede neue Sturmflut löst von Regierungsseite eine Welle von Versicherungen und Planungen aus, die „mehr Sicherheit“ versprechen. 1963 ist es der „Generalplan Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz in Schleswig-Holstein“. Er sieht die entgültige Sicherung der gefährdeten Deiche in 15 Jahren mit 70 Mio. DM/Jahr vor. Alle Deiche sollen auf eine neue Höhe gebracht und beidseits mit einer leichten Schräge versehen werden, um so die Rückfluteigenschaften beim Aufprall der Wellen zu verbessern. Das Eidersperrwerk wird 1973 fertiggestellt und dem Volk als Jahrhundertbauwerk in Sachen Küstenschutz dargestellt. Tatsache ist aber, daß die schwachen Anschlußdeiche des südlichen Eiderstedt seitdem noch mehr gefährdet sind, weil sich die Wassermassen früher stauen. Bis heute ist an diesen Deichen nichts geschehen.

Vom Generalplan 1963 sind erst 60% erledigt, als nach 13 Jahren die nächste Sturmflut kommt. In Nordfriesland sind Deiche in der Hattstedter Marsch, vor Westerhever, bei St. Peter, vor dem Groothusenkoog zerstört – Deiche, die als besonders gefährdet bekannt und seit 1962 zur Verstärkung oder Vordeichung vorgesehen sind. Die Sturmflutschäden aber zählen als Eigenrisiko der Küstenbewohner. Auf 470 Mio. DM wird der private Schaden in Schleswig-Holstein von Versicherungen geschätzt. 29,2 Mio.DM zahlt das Land als „Soforthilfe“, 6,1 Mio. als Darlehen und 0,23 Mio. als Zinszuschüsse. Insgesamt keine 10% des tatsächlich angerichteten Schadens.

des tatsächlich angerichteten Schadens.

Die Landesregierung reagiert 1977 mit einem neuen Generalplan. Erneut wird der Marschbevölkerung versprochen, die Hattstedter Marsch, das südliche Eiderstedt, den Porrenkoog vor Husum, vor Westerhever und die Tonderner Marsch mit höheren Deichen bzw. Vordeichen zu versehen. Vor allem die Eiderstedter Deiche und die in der Hattstedter Marsch waren 1976 zum Teil gebrochen bzw. standen kurz davor. Um ein Haar wäre das Wasser bis an die B5 hin nach Bredstedt gelaufen. Diesmal will der Generalplan bis 1986 alle Deiche fertiggestellt haben. Mit der Nordstrander Bucht sollte 1979 angefangen werden. 1980 ist außer dem Porrenkoog und vor Westerhever noch nichts geschehen. Den ebenfalls versprochenen Sicherungsdamm Nordstrand-Pellworm hat die Landesregierung jetzt auf ganz später verschoben. Die Landesregierung versteckt sich jetzt hinter Differenzen zwischen Umweltschützern und Eindeichern. Genüßlich werden diese Differenzen geschürt, so daß für jeden Sturmflutschaden als auch für jede Ruinierung der Umwelt ein Schuldiger im Volk gefunden werden kann. Bei dem bisherigen Fallenlassen des Deichbaus vor der Tonderner Marsch beruft sich die Landesregierung auf 52000 Einsprüche, wovon nur 2% aus Nordfriesland stammen. Auf dänischer Seite wird der Deich bereits gebaut, so daß der Deich auf deutscher Seite jetzt doppelt gefährdet ist. Es hat sich nichts daran geändert, daß die Landesregierung bewußt das Risiko der Überflutung kalkuliert.

Die Naturschützer werfen der Landesregierung vor, bei der Eindeichung gehe es ihr hauptsächlich um Landgewinnung. Bei Hitler und auch noch vor 25 Jahren hat das gestimmt. Bei der Eindeichung des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koogs 1958 wurde landlosen Bauern mit der Übergabe von 20 ha Erbpachthöfen (von vornherein war klar, daß sie ihre Schulden nie wieder loswürden) die Freiheit durch Bodenbesitz versprochen. Diese Ideologie verbreitet die Bourgeoisie nicht mehr, denn sie läßt sich nicht vereinbaren durch die jahrzehntelange Praxis, kleine Bauern zu ruinieren. Mithilfe des Programm Nord hat sich die Agrarstruktur so rasch konzentriert, daß Neulandgewinnung zur Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe nicht mehr notwendig war. Die Neulandgewinnung ist keine Triebkraft der Landesregierung zur Eindeichung mehr. Deshalb kann nur der Druck der Marschbevölkerung zum Deichen veranlassen.

Nordfriesland um 1240
gerastert: 1966
Tondern
Leck
Ophusen
Husum
Lunden



Die Karte Nordfriesland um 1240 zeigt im Vergleich zu heute, wieviel Land in einem halben Jahrhundert durch Sturmfluten und Erosion zerstört wurde. Die gerasterte Fläche (re) – hochwassergefährdete Niederungen – entspricht ziemlich genau dem Landanteil, der seit dem Jahr 897 (erste Eindeichung des Poppenbüll-Johannes- und Iversbüllkooges) durch Eindeichung dazugewonnen wurde. Die Verstärkung der gepunkteten Deiche ist seit 20 jahren geplant – als Vordeichung oder Deichverstärkung. Weder das eine noch das andere wurde bisher gemacht. Vor einer Sturmflut bieten diese Deiche keinen Schutz mehr.

Deichwesen und Kommunalverfassung

Daß die Halbinsel Eiderstedt den Sturmfluten nicht zum Opfer fiel, ist nur der gründlichen Vordeichung geschuldet, die im 12. bis 15. Jahrhundert die Kommunen in Autonomie vornahmen. Die Kirchspiele übten als Deichverbände bis 1500 direkt die Kontrolle und den Bau neuer Deiche aus. „Für die Sicherung der Marschen, die den Eiderstedtern Wohnung und Nahrung boten, wurden große Anstrengungen unternommen, so daß das Deichwesen zum wichtigsten Zweig der Kommunalverwaltung wurde.“ (Quelle: (Deichwesen und Kommunalverfassung, Neithart Neitzel). Nach der „2. großen Mandränke“ 1634 versuchte Herzog Adolf, über die feudale „Nothilfeverordnung“ die Selbsthilfe der Kommunen abzuschaffen. Ein Deichgraf sollte ab 1625 die adolfsche Staatsaufsicht stärken, aber „die Anziehungskraft der autonomen Stellung der Landschaft war so stark, daß auch das neugeschaffene Amt des Deichgrafen ihr verfiel.“ (ebenda). Während den Kommunen das Vorland bis 1609 als Eigentum als selbstverständlich zustand, wurde es danach von den Landesherren teilweise enteignet, und sie hatten nun für den Erwerb hohe Summen zu zahlen. Im 17. und 18. Jahrhundert mußten sie für jede Neueindeichung erst immense Summen für den Kauf vom Vorland ausgeben, sodaß im 20. Jahrhundert nur noch auf staatliche Initiative eingedeicht wurde. Heute ist der Deichbau den Kommunen entzogen, einem „selbstverwalteten“ Verband übertragen, der dem Marschenamt Husum untersteht und nicht allein finanzieren kann.

Verschlechterung des Gesundheitsstandes in Neumünster durch die großen Ausbeuter

b.stk. 1976 wurden 6495 Neumünsteraner stationär im Friedrich-Ebert-Krankenhaus aufgenommen. Das sind 7,4% der Einwohner. 1978 waren es 7507 oder 9,2% der Einwohner. Die absolute Zunahme beträgt 15,6%. Die höchsten Zunahmen fallen auf die Mitglieder der Ersatzkassen mit 35%, der Betriebskrankenkassen mit 30% und der AOK mit 18,9%. Dagegen hat die Zahl der Selbstzahler um 7,2% abgenommen. Die Steigerung ist also auf die Zunahme von schweren Erkrankungen hauptsächlich bei den Arbeitern zurückzuführen.

Im selben Zeitraum ist der Umsatz pro Arbeiterstunde in der Industrie Neumünsters um 26% auf 60,37 DM gestiegen, der durchschnittliche Stundenlohn um 33% auf 14,46 DM. Es scheint, daß die Ausbeutungsrate gesunken ist und die Zunahme der Krankheiten damit nichts zu tun hat. Sieht man sich jedoch die größten Ausbeuter an, ergibt sich ein anderes: *Sauer Getriebe* (900 Beschäftigte) hat seinen Umsatz seit 1970 verzwanzigfacht und ist berüchtigt für mörderischen Akkord. *AEG* 2000 Beschäftigte hat jetzt Sonntagsschichten eingeführt. Die gibt es bei *Nordfaser* (1400 Beschäftigte) seit Jahren, außerdem 12-Stunden-Schichten und Kontischicht. Der Umsatz bei *VAW* (450 Beschäftigte) ist allein im letzten Jahr um 25% gestiegen, Schichtarbeit, 3-Schichtbetrieb in zwei Abteilungen, in einer zusätzlich Akkord und Samstags-, Sonntagsschichten.

Der Unternehmensverband gibt den durchschnittlichen Krankenstand in den Betrieben mit 5% für 1979 an. Aber bei VAW beträgt er beispielsweise 11%, in einzelnen Abteilungen sogar über 20%. Vor allem die schweren Erkrankungen nehmen zu. Allein in einer Abteilung sind in den letzten 2 Jahren 5 Arbeiter länger als ein halbes Jahr krank gewesen. An erster Stelle liegen dabei Magenerkrankungen und Erkrankungen der Gelenke.

Schleswig-Holsteins Sozialminister Braun hat bei einem Besuch im Friedrich-Ebert-Krankenhaus erklärt, die hohe Belegung zeige, wie beliebt das Krankenhaus in der Bevölkerung sei. Daß muß man als Drohung verstehen, die Gesundheitsversorgung weiter zu verschlechtern. Auf der Demonstration am 1. Mai wurde von Beschäftigten des FEK ein Transparent gegen die Kostendämpfung getragen und von der NGG eins für das Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit.

Die Stadt Flensburg soll das Berufsschulzentrum zügig und vollständig bauen

b.row. Ende 1978 führte die Schülerzeitung „Direkter“ eine Unterschriftensammlung für ein neues Berufsschulzentrum in Flensburg durch. Die Situation an der Schule war katastrophal. Die Forderungen waren: „Sofortiger Beginn einer ernsthaften und schnellen Planung für ein neues Berufsschulzentrum der GBS durch Stadt und Land! Die Vorstellungen der Schule sollen dabei berücksichtigt werden! Unverzügliche Bereitstellung der Planungs- und Baukosten noch im Haushalt 1979! Schneller Baubeginn! Sofortmaßnahmen zur Linderung der Raumnot an der GBS!“

Raumnot an der GBS!“

Schüler und Lehrer führten in der Stadt Informationsstände durch, und es wurden über 3000 Unterschriften gesammelt. Die Stadt war gezwungen, konkrete Schritte einzuleiten. Der Bau des Berufsschulzentrums und einer neuen Realschule sind im Bebauungsplan Nr. 120 von der Ratsversammlung verabschiedet worden. Bisher wurde davon ausgegangen, daß 1981 mit dem Bau begonnen werden sollte. Am 6.Mai äußerte Stadtbaurat Burhorn: „Zunächst geht es jedoch nur um den Neubau der Realschule“. „Den ersten Bauabschnitt für das Berufsschulzentrum will man 83/84 in Angriff nehmen“, so das Flensburger Tageblatt. Für die Realschule werden seit Ende 79 Arbeiten zur Vorbereitung der Baufläche durchgeführt.

Die Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen werden bis 83/84 steigen und ab dann erst wieder sinken (siehe Tabelle). Die Zahl der Schüler an der Gewerblichen Berufsschule Flensburg stieg von 78 auf 79 von 3816 auf 4138 Schüler, im Teilzeitbereich von 3168 auf 3495. Die Zahl der Außenstellen (Schulgebäude neben dem Hauptgebäude) von 15 auf 20. Der Unterrichtsausfall liegt im Teilzeitbereich bei 8,7%, ein großer Teil der Schüler erhält nicht einmal 8 Stunden Berufs-

bei 8,7%, ein großer Teil der Schüler erhält nicht einmal 8 Stunden Berufs-

schulunterricht die Woche. In den nächsten Jahren wird sich die Situation voraussichtlich noch weiter verschärfen.

In der Frage um das Berufsschulzentrum wird es darum gehen, ob sich die Berufsschüler und ihre Gewerkschaften in ihrem Interesse nach einer qualifizierten Ausbildung weiter zusammenschließen. Mit der Weiterführung des Kampfes nach zwei mal sechs Stunden Berufsschulunterricht und für ein BGJ mit Lehrvertrag kann der zügige und vollständige Bau des Berufsschulzentrums durchgesetzt werden.

Schulentlassungen 1974 bis 1985 in Schleswig-Holstein

Entlass.Jahr	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79
Schüler	28514	27101	27399	31821	35355	37634
Entlass.Jahr	1979/80	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84	1984/85
Schüler	38232	38152	37955	37347	35721	33152

(Ohne Gymnasien und Fachhochschulen)

Widerstand der Gemeinde Alt Duvenstedt gegen eine zentrale Mülldeponie

b.stb. Auf dem Gelände der Gemeinde Alt Duvenstedt zwischen Rendsburg und Owschlag will Landrat Bellmann die zentrale Müllkippe des Kreises Rendsburg-Eckernförde durchsetzen. Für 15 Jahre mindestens. Und schnell soll es gehen. Die „Übergangsdeponie“, die vor fünf Jahren ebenfalls auf dem Gelände der Gemeinde Alt Duvenstedt eröffnet worden ist, wird dann auch bald voll sein. Sie sollte angeblich auf fünf Jahre begrenzt sein, grenzt aber unmittelbar an das Gelände der geplanten Mülldeponie. Sie wird also erweitert, nicht geschlossen.

„Die Einwohner von Alt Duvenstedt sind geschlossen gegen die Deponie“, hat Bürgermeister Schröder (CDU) gesagt. Die Aktionsgemeinschaft gegen die Mülldeponie hat binnen weniger Wochen von über 70% der Einwohner (2 - 3 Tsd.) Unterschriften gesammelt. Es soll aber für die Kapitalisten und die Müllabfuhrkapitalisten eine zentral gelegene Müllkippe für den ganzen Kreis errichtet werden, neben der Autobahn, nahe an B 77, 202 und 203, ausschließlich unter Kontrolle der Kreisverwaltung.

Der Coup gegen die Gemeinde war schon eingeleitet. Minister Flessner hatte 60 ha aus dem Naturschutzgebiet ausgegliedert, ohne sie zu informieren. Ebenso liefen die Landkäufe des Betreibers Vollmer. Jetzt wird Druck gemacht: „Standort-Infragestellung bringt Gefahr des Müllberges vor der Tür“ (LZ,30.4.). Die Duvenstedter Bevölkerung ist nach wie vor dagegen. Noch mehr umherfliegender Schmutz, noch mehr Verkehr in der Ortsdurchfahrt, Zerstörung von noch mehr Gelände auf Jahre hinaus sind augenfällig. Die Akten über die alte Rendsburger Deponie auf Duvenstedter Gelände werden ihr vorenthalten. Jedenfalls ist dort wenig zu ernten. Das Planfeststellungsverfahren läuft demnächst an.

Dazu beantragte die SPD im Kreistag: der Kreistag soll zuletzt entscheiden. Nutzlos. Die Gemeinde muß entscheiden.





Ausweitung des Arbeitsdienstes der freiwilligen Feuerwehren

b.hos. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellte am 1.4. in einer großen Anfrage an den Hamburger Senat fest, daß den 1972 umgewandelten Einheiten des ehemaligen Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) in Freiwillige Feuerwehren (FF) „...keine angemessene Aufgabe im Rahmen des Brandschutzes zugewiesen“ wird. Neben 65 kommunalen FFen, die schon seit Jahrzehnten in den Randgebieten Hamburgs existieren, wurden 1972 30 weitere FF gebildet, die auf die restlichen Stadtgebiete aufgeteilt wurden. Die CDU will wissen: Wie ist die Einsatzbereitschaft, wieviele Einsätze und welcher Art, wieviele der Freiwilligen Feuerwehrleute sind wirklich freiwillig da,

wieviele statt Bundeswehr, wie ist das technische Gerät? Die Anfrage geht in die gleiche Richtung wie die kürzlich vom Deutschen Städtetag erstellte Studie, die auf den langjährigen Kampf der Berufsfeuerwehrleute gegen den 56-stündigen wöchentlichen Verschleiß ihrer Arbeitskraft in Nacht- und Wechselschicht und der anwachsenden Zahl von Einsätzen mit dem Vorschlag nach Steigerung des Einsatzes Freiwilliger Feuerwehren antwortet. Der Hamburger Senat hat in diese Richtung bereits praktische Schritte unternommen. Um die neuen FFen, antwortete er, „...noch mehr am praktischen Einsatzgeschehen zu beteiligen, ist im März 1980 angeordnet worden, daß sie von vorbestimmten Feuerwachen zu längerdauernden Einsätzen, unabhängig von der Alarmstufe, herangezogen werden können.“ 75% der ca. 3000

Freiwilligen Feuerwehrleute haben sich auf zehn Jahre nach dem Katastrophenschutzgesetz zur FF – statt Bundeswehr – verpflichtet. Ihrer vollständig unentgeltlichen Arbeitskraft will sich der Hamburger Senat reichlicher bedienen. Weitere Überlegungen gehen offensichtlich in Richtung Kasernierung. „Grundsätzlich werden diese Einheiten für den Katastrophenfall vorbehalten. Deswegen ist ihre Unterbringung in regionalen Katastrophenschutzzentren geboten. Die Zuweisung eines bestimmten Einsatzgebietes dient lediglich der praktischen Fortbildung und Übung durch Teilnahme an Einsätzen auch außerhalb von Katastrophensituationen.“

Lohnabschluß Privates Verkehrsgewerbe: 1,28 DM mehr / es wäre mehr drin gewesen

r.anh. Die Gewerkschaft ÖTV hat für die Arbeiter des Privaten Verkehrsgewerbes am 5.Mai folgendes Verhandlungsergebnis mit den Kapitalisten erzielt (gültig für die Tarifgebiete Weser-Ems): Erhöhung der Kraftfahrerlöhne im Omnibusverkehr, Güternahverkehr und Güterfernverkehr bei 1-Mann-Besetzung von 7,42 DM auf 8,70 DM, beim Güterfernverkehr mit 2-Mann-Besetzung von 7,42 DM auf 8,10 DM mit einem garantierten Mindestlohn von 2000 DM monatlich. Berufskraftfahrer erhalten eine Zulage von 0,20 DM zum Tariflohn, die Angestelltengehälter werden um 6,2%, mindestens aber 110 DM erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden um 45 DM erhöht. Schließlich wird eine Weihnachtsgeldzahlung von 150 DM im ersten Betriebszugehörigkeitsjahr und 300 DM nach dem zweiten Jahr vorgenommen. Diese Zahlung hat es bisher noch nicht gegeben.

Die Beschäftigten im Privaten Verkehrsgewerbe hatten in den letzten Wochen in verschiedenen Städten Niedersachsens Aktionen und Warnstreiks für die Durchsetzung der Forderung der ÖTV nach 1,85 DM vorab mehr und danach 8,5% mehr durchgeführt. Ihr Interesse war es, endlich einen gewissen Schutz gegen den Zwang zur maßlosen Überarbeit zu erwirken, was bloß durch die Anhebung des Grundlohns in Richtung Ecklohn Metallindustrie als ersten Schritt geht. Die ÖTV hat die Arbeitszeit in ihrer Aktion „rollendes Büro" untersucht. Sie stellt fest: „Nur drei Prozent der Fahrer überschreiten die höchstzulässige Arbeitszeit von 60 Std. in der Woche nicht. 17% der Fahrer arbeiten 70 Std., 49% der Fahrer arbeiten 80 Std., 17% der Fahrer arbeiten 90 Std., 14% der Fahrer arbeiten 100 Stunden in der Woche."

Die jetzt abgeschlossene Regelung bringt zwar runde 17% mehr Lohn durch die Anhebung der Stundenlöhne. Ein Berufskraftfahrer verdient bei 60 Std. Arbeit die Woche mit Einrechnung des Weihnachtsgeldes jetzt 2339 DM brutto, bleibt aber weit unter dem Ecklohn Metallindustrie. Er käme bei einem Normalarbeitstag von 40 Std. gerade auf 1500 DM brutto. Der Zwang zu Überstunden und die schnelle Ruinierung der Arbeitskraft der Fahrer wird durch den Abschluß der ÖTV kaum eingeschränkt. Die Kraft zur Durchsetzung der erhobenen Forderung war aber da und die Kapitalisten waren auch schon getroffen. Insofern ist das Ergebnis nicht das, was erreichbar gewesen wäre.

Podiumsdiskussion der GEW in Hannover gegen Schulgesetznovelle und Disziplinierung

r.kar. Die GEW hat in Hannover am 7.5. zu einer Podiumsdiskussion zur Schulgesetznovelle eingeladen. Es waren vertreten: ein Schülervertreter, Rolf Wernstedt (SPD), Wolfgang Schulze (DGB), Horst Horrmann (CDU), Dieter Galas (GEW). Der zweite Beratungsdurchgang der Schulgesetznovelle im Kultusausschuß soll Ende Mai abgeschlossen sein, damit die Novelle am 1.8.80 in Kraft treten kann. Die Unterwerfung der Lehrer unter die Schulaufsicht muß von dem direkten Vorgesetzten, dem Schulleiter besser durchgeführt werden können; deshalb die Erweiterung der Kompetenz des Schulleiters zuungunsten der Gesamtkonferenz. Entschied bisher die Gesamtkonferenz, daß Schülergruppen für Veranstaltungen Räume der Schule zur Verfügung stehen, so
der Schule zur Verfügung stehen, so
hat nach der Novelle der Schulleiter zu entscheiden. In § 30, Abs.2 der Novelle wird explizit festgehalten: „Der Schulleiter kann in Erfüllung seiner Aufgaben allen an der Schule tätigen Personen Weisungen erteilen." (Landtagsdrucksache 9/1085). Die Weisung, Vertretungsstunden zu geben, Fünfen zu verteilen, sich nicht an einem Streik zu beteiligen. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion haben die Schulgesetznovelle zurückgewiesen, ebenso die Änderung des Personalvertretungsrechts. Die Lehrerbezirkspersonalräte sollen bei der Einstellung von ⅔- und 13-Stundenlehrern ganz ausgeschaltet werden. Zu oft haben die GEW-Personalräte diesen Einstellung nicht zugestimmt und unbefristete Einstellung gefordert.

Die Landesregierung will die Lehrer noch mehr drücken. Denn eine Lehrerschaft, die das Beamtenrecht durchbricht, gegen die Schulgesetznovelle demonstriert, keine Fünfen mehr verteilt und für die 40-Stundenwoche streikt, die taugt nicht mehr für eine kapitalistengerechte Ausbildung der Schüler. So reiht sich die vom Kultusministerium angedrohte Disziplinierung der 3800 niedersächsischen Lehrer, die am 13.11.79 in einem zweistündigen Streik für die Durchsetzung der 40-Stundenwoche gekämpft haben, nahtlos ein. Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 3./4.5.80 war zu entnehmen, daß der Dienstherr diesen Lehrern eine Geldbuße von 100 DM und den sieben GEW-Vorstandsmitgliedern eine Geldbuße in Höhe eines Monatsgehalts auferlegen will.

Die ca. 70 Teilnehmer der Podiumsdiskussion sprachen sich in einer Reso-
diskussion sprachen sich in einer Reso-
lution für die Einstellung sämtlicher Versuche der Disziplinierung aus. In der Resolution heißt es weiter: „Die vom Dienstherrn beabsichtigten Gehaltskürzungen sind ein Angriff auf die gewerkschaftliche Tätigkeit, der nicht hingenommen werden darf." Horst Horrmann hat sich von der Resolution distanziert und sich für die Disziplinierung auf Grundlage des Beamtenrechts ausgesprochen. Mit dieser einen Gegenstimme hat die Versammlung beschlossen, die Resolution an den Landesvorstand der GEW, die Bezirksregierung und das Kultusministerium zu senden. Die Betriebsgruppe des Annastifts hat auf ihrer Sitzung am 8.5. ebenfalls eine Resolution gegen die angedrohte Disziplinierung der Lehrer verabschiedet. Die GEW wird Beschwerde gegen diese Disziplinarverfügung einlegen, das ist richtig, es wird aber nicht ausreichen, um den Angriff zurückzuschlagen.





Das linke Bild zeigt die Forderung gegen die Fahrpreiserhöhungen auf der 1.-Mai-Demonstration mit dem Transparent der DGB-Jugend. Das rechte Bild zeigt die Demonstration vom 10.5.

Im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen sollte an der gewonnenen Einheit festgehalten werden

r.acm. Im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Münster waren die Gewerkschaften zum 1. Mai in die Führung gegangen. Bis hinein in die Ortsvorstände war die Beschlußfassung gegangen, so daß Wildemann, Vorsitzender des DGB, am 1. Mai zur Demonstration für den 10. Mai aufrufen konnte. Innerhalb der letzten Woche hat die SPD in einem Wahlkampfblatt erkärt, sie sei jetzt nicht mehr für die Fahrpreiserhöhungen und ziehe ihre Zustimmung zurück.

Hinter dieser Entwicklung stand die breite Auseinandersetzung in den Gewerkschaften gegen die Fahrpreiserhöhungen im Zusammenhang zum Lohn, Reproduktionskosten und Steuern. Das drückt sich in den abgegebenen Erklärungen und Resolutionen aus.

Trotz dieser Entwicklung konnte die Demonstration am Samstag nur mit ca. 100-120 Teilnehmern durchgeführt werden. Ein Großteil der Kräfte, die in Beschlüssen und Erklärungen sich gegen die Fahrpreiserhöhungen wandten, gerade aus den Gewerkschaften, waren auf der Demonstration nicht dabei. Der DGB und Einzelgewerkschaften hatten in den letzten beiden Tagen ihre Unterstützung der Demonstration zurückgenommen, weil „der KBW in der Aktionseinheit mitmacht". Bekannt war dies allerdings schon seit Wochen und dies hatte bislang nicht gehindert, den Kampf gegen die Fahrpreise zu führen. Mit der Zurücknahme der Unterstützung der Demonstration wurden auch Flugblattverteilung z.B. im Bereich der Post eingestellt und die Beschäftigten zurückgehalten, bzw. verhindert, daß Delegationen mit Transparenten auf der Demonstration anwesend sind.

Natürlich steht die Frage: Will der DGB den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht führen, weil der KBW diesen Kampf unterstützt? Wird die günstige Lage, daß selbst schon die Reihen der SPD in Bezug auf die Fahrpreiserhöhungen schwanken, nicht verschenkt, wenn man hetzt, die gewerkschaftliche Front zurückzieht? Diese Lageentwicklung würde dem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen erheblich schaden, und er würde die Chance, daß der DGB die Führung von Volkskämpfen tatsächlich einnimmt, ziemlich verstreichen lassen. Das wird man sich im DGB und in den Einzelgewerkschaften überlegen müssen.

Dabei sind die Chancen, die Fahrpreiserhöhungen zurückzuschlagen, günstig. Noch innerhalb dieser Woche tagt der Rat der Stadt und wird mit den Forderungen der gewerkschaftlichen Bewegung und bestehender Aktionseinheit konfrontiert werden müssen. Dies wird zum weiteren Fällen der SPD-Zustimmung zu den Erhöhungen beitragen können, womit der Rest ziemlich scharf unter Druck kommen würde. Der Druck ist schon so weit, daß sich die Stadtwerke geweigert haben gegenüber der „Münsterschen Zeitung", die Frage der Fahrpreiserhöhungen in einer Telefon-Anruf-Aktion in der Redaktion der Zeitung mitzumachen. „Ist uns zu brisant" wurde der Zeitung mitgeteilt, worauf sie kommentierte: „Gekniffen".

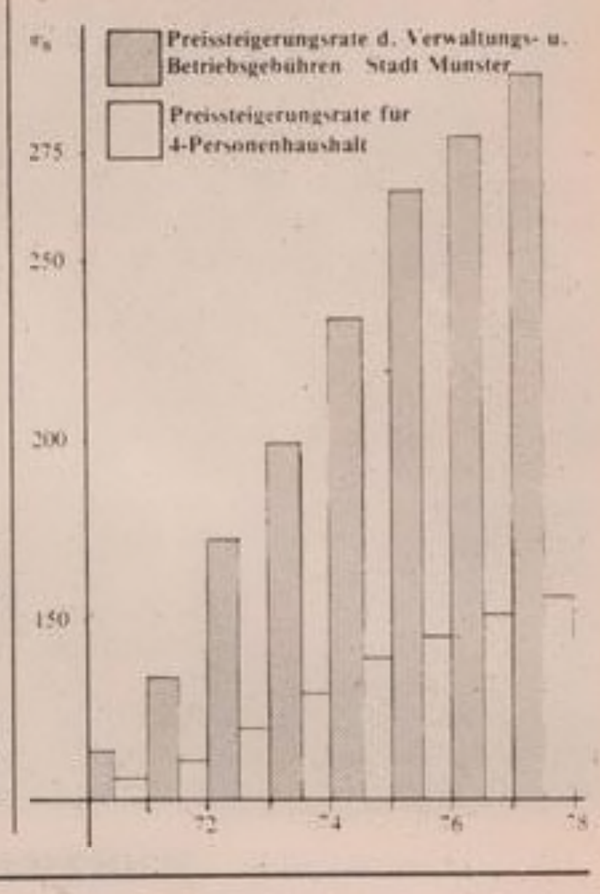
Man kann die Bourgeoisie in Münster erwischen, wenn man den Kampf weiter führt und wenn die gewonnene Einheit weiter genutzt wird, um die Ziele „Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen" durchzusetzen. Diese Front besteht und es wäre schlecht und schädlich, wenn die Vorstände der Gewerkschaften sie jetzt einreißen würde.

Die Aktionseinheit wird am 22. durch eine Veranstaltung zu Fragen des Haushaltes der Stadtwerke, der Stadt und der Kommunalen Verfassung und des Drucks von Bund und Land auf die Gemeinden den Kampf weiter ideologisch untermauern. Das wird auch für die weitere Beschlußfassung in den Gewerkschaften und Schulen im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen nützlich sein.

Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft gegen Fahrpreiserhöhungen: „... Wir, der Amtsgruppenvorstand Münster, fordern den Rat auf, den Beschluß zurückzunehmen... Folgende Gründe haben wir dafür: 1. Die Gewerkschaften als Vertreter der Lohnabhängigen haben schon immer ein Interesse daran gehabt, daß den Lohnabhängigen durch die Anfahrt zum Arbeitsplatz keine Kosten entstehen. ... 2. Wenn man sich die Haushalte der Stadtwerke Münster ansieht, sticht folgendes ins Auge: Es werden keine großen Gewinne ausgewiesen. Man sieht aber, daß die Stadtwerke z.B. das Stammkapital seit 1967 von 20 Mio. DM auf 64 Mio. DM 1978 erhöht haben. Die Rücklagen von 5 Mio. DM auf 25 Mio. DM. Die jährlichen Abgaben der Stadtwerke an die Stadt, genannt Konzessionsabgaben, sind von 5 Mio. DM auf 14,5 Mio. DM erhöht worden..."

Erklärung Schülervertretung Hansaschule Münster an den Stadtrat: „... 1245 Berufsschüler der Hansaschule bzw. 45% wohnen in Münster und sind großenteils, v.a. im Winter, darauf angewiesen, mit den städt. Bussen zur Schule zu fahren. Das gleiche trifft für die 73% Berufschüler zu, die ihren Arbeitsplatz in Münster haben. Da die Ausbildungsvergütungen in der Regel nicht sehr hoch sind, schlägt die Fahrpreiserhöhung bei Lehrlingen quasi doppelt zu Buch..."

Des weiteren haben sich gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen: **GEW-Stadtvorstand, IG Druck Ortsverwaltung, Ortsjugendausschuß der IG Metall, Asta der Universität, Stadtjugendring Münster, Kinderkrabbelstube Nienberge e.V., Bezirksseminar für das Lehramt am Gymnasium Münster II, Bezirksvorstand der Vereinigung der Lehramtsanwärter in NRW.**



Aktionstag gegen Girgensohns Prüfungsordnungsentwurf

r.wof. Am 9.5. haben die Lehramtsanwärter im Regierungsbezirk Detmold einen Aktionstag durchgeführt gegen den Entwurf des NRW-Kultusministers Girgensohn für die Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der 2. Staatsprüfung der Lehramtsreferendare (OVP). Grundlage für die OVP ist das Lehrerausbildungsgesetz vom Herbst letzten Jahres, in dem das Referendariat um ein halbes Jahr verlängert worden ist. Erstens legt der OVP-Entwurf fest, daß künftig nur noch ein Einstellungstermin pro Jahr durchgeführt werden soll. Wartezeiten bis 18 Monate entstehen dadurch, was erhebliche Steigerung der Konkurrenz bedeutet. Auf derselben Linie liegt es, daß die Lehramtsanwärter in der OVP zu vier Vertretungsstunden pro Woche verpflichtet werden, und zwar für alle Fächer, je nach Bedarf. – Zweitens wird durch die OVP die Zahl der Prüfungen im 2. Staatsexamen erhöht, wobei eine zentrale Klausur eingeführt wird. Die Noten sollen auf zwei Stellen hinter dem Komma berechnet werden, so daß bereits mit 4,01 die Prüfung als nicht bestanden gilt. Abschaffung des Notensystems zugunsten der Kategorien „bestanden" und „nicht bestanden" fordern die Lehramtsanwärter. Ihre Landessprecherkonferenz hat den Entwurf bereits Ende Februar zurückgewiesen. Die Aktionen in Gütersloh, Herford, Detmold und Bielefeld stießen auf großes Interesse.

Lehrer diszipliniert wegen Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung

z.uls. Im Rahmen der GEW-Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung hatten im November 1979 etwa 400 Westberliner Lehrer Klassensätze unkorrigierter Schülerarbeiten zum Schulsenat gebracht mit der Aufforderung an den Senator, sie selber zu korrigieren. Am 5. 3. 1980 haben die beteiligten Lehrer einen Brief erhalten, in dem es heißt: „Durch Ihre streikähnliche Maßnahme haben Sie gegen die Beamtenpflicht aus §18 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes verstoßen, bei Ihrer Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen. Ferner haben Sie durch dieses Verhalten der Integrität Ihrer Amtsführung eine Einbuße zugefügt... Die Widerrechtlichkeit streikähnlicher Aktionen ist evident, denn es leuchtet jedem vernünftigen und vorurteilsfreien Betrachter... ein, daß der Versuch, die Regierung und den Gesetzgeber durch schleppende Erfüllung von Amtspflichten zur Erreichung günstigerer Dienstbedingungen zu drängen, mit der Funktionsfähigkeit eines Berufsbeamtenverhältnisses schlechterdings nicht vereinbart werden kann." Der Brief soll ein Jahr in der Personalakte bleiben. Eine Beratung von 50 Lehrern am 8. 5. ergab, daß der Westberliner GEW-Vorsitzende Schmidt sich an Schulsenator Rasch wenden soll, mit der Aufforderung, die Mißbilligungen aus den Personalakten zu entfernen.

Hohe Abbrecherquote bei den Bremer Referendaren

r.mak. Aus den Seminaren häufen sich Meldungen, daß Referendare in Bremen ihre Ausbildung abgebrochen haben. Nach den Osterferien sind einige Referendare nicht mehr erschienen, z.T. ohne daß ein Kollege die Gründe kennt. Die Referendare im Arbeitskreis der GEW am Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis (WIS) haben beschlossen, eine Umfrage in den Seminaren durchzuführen, um Gründe und Umfang der Abbrecher zu untersuchen. Offensichtlich ist, daß mit der neuen Prüfungsordnung, wonach Schulleiter und Fachleiter den Referendar begutachten und prüfen, die Zange immer fester zugedrückt wird. Die drohende Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Ausbildung ohne jedweden Anspruch auf Arbeitslosengeld läßt die Referendare diese Strapaze als etwas Sinnloses erscheinen. Im WIS-Bericht 1978 ist dann zu lesen, daß bei der „Arbeitsfähigkeit, Beweglichkeit, kommunikativer Kompetenz und Intelligenz" Defizite zu vermerken sind (WIS-Bericht, S. 3). Auseinandersetzungen darüber, wie man diese verschärfte Unterdrückung und Auslese mindern kann, sollen in den Seminaren geführt werden, z.B. keine Hospitationen ohne Beisein eines 2. Referendars. WIS-Leiter Quante wird vom APR aufgefordert Abmeldungen der Referendare sofort an den APR weiterzugeben.

Einstellung aller Lehrer, nach wie vor dringende Forderung

r.ron. In Niedersachsen gibt es z.Zt. ca. 2200 Hochschulabgänger mit 1. Lehrerstaatsexamen, die auf einen Referendarplatz warten; außerdem 1165 arbeitslose Lehrer, die vollausgebildet sind. Die folgende Tabelle gibt die geplante Entwicklung auf Grundlage der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Niedersachsen an:

	25.8.80	1981	1982	1983
Neue Stellen	790	500	300	–
Ersatzbedarf	365	700	700	700
Summe	1155	1200	1000	700
neue Lehrer	1750	3700	3700	3700
ohne Stelle	595	2500	2700	3000
Arbeitslose (summiert)	1760	4260	6960	9960

Der größte Teil der Arbeitslosen sind Grund- und Hauptschullehrer (z.Zt. 850). Aber auch bei den Gymnasiallehrern (z.Zt. 140) ist in bestimmten Fächern (vor allem Gemeinschaftskunde) geplant, nicht alle einzustellen. – Auf der anderen Seite steht diesen Zahlen nach wie vor Unterrichtsausfall gegenüber. Die Landesregierung errechnete aufgrund eigener Richtwerte für Oktober 1979, daß im Durchschnitt 7,2% des eigentlich vorgesehenen Unterrichts nicht erteilt werden konnten, weil dafür keine Lehrerstellen vorhanden waren. Dieser Ausfall entspricht 4190 Lehrerstellen. Dringender denn je muß die Forderung nach Einstellung aller Lehrer von den Gewerkschaften erhoben werden.

HH Senat legt „umweltpolitisches Konzept“ vor

Umweltpolizei / Steuern für Umweltindustrie / Öko-Datenbank

r.hew. Der Hamburger Senat hat am 29.4. durch seinen Umwelt-Senator Curilla ein umfangreiches „Umweltpolitisches Konzept“ für Hamburg vorstellen lassen. Die Rede ist von hundert aufgeführten Einzelmaßnahmen. Soweit bisher bekannt, handelt es sich dabei um eine Reihe von Messungen, Überprüfungen, Eintragungen, vom Senat als „langfristiger Aufbau einer ökologischen Datenbank“ angekündigt. Zum anderen werden zahlreiche schon angelaufene Projekte wie Kläranlagen, Stadtsanierung usw. zusammengestellt, die in Zukunft „vermehrt“, „verstärkt“ betrieben bzw. „fortgeführt“ werden sollen. Eigentlich also nichts umwerfendes, womit hier „unterstrichen“ werden soll, „welch' große Bedeutung er (der Senat) dem Umweltschutz zumißt.“ Doch der Senat hat hier eine gewisse Selbstdarstellung dringend nötig.

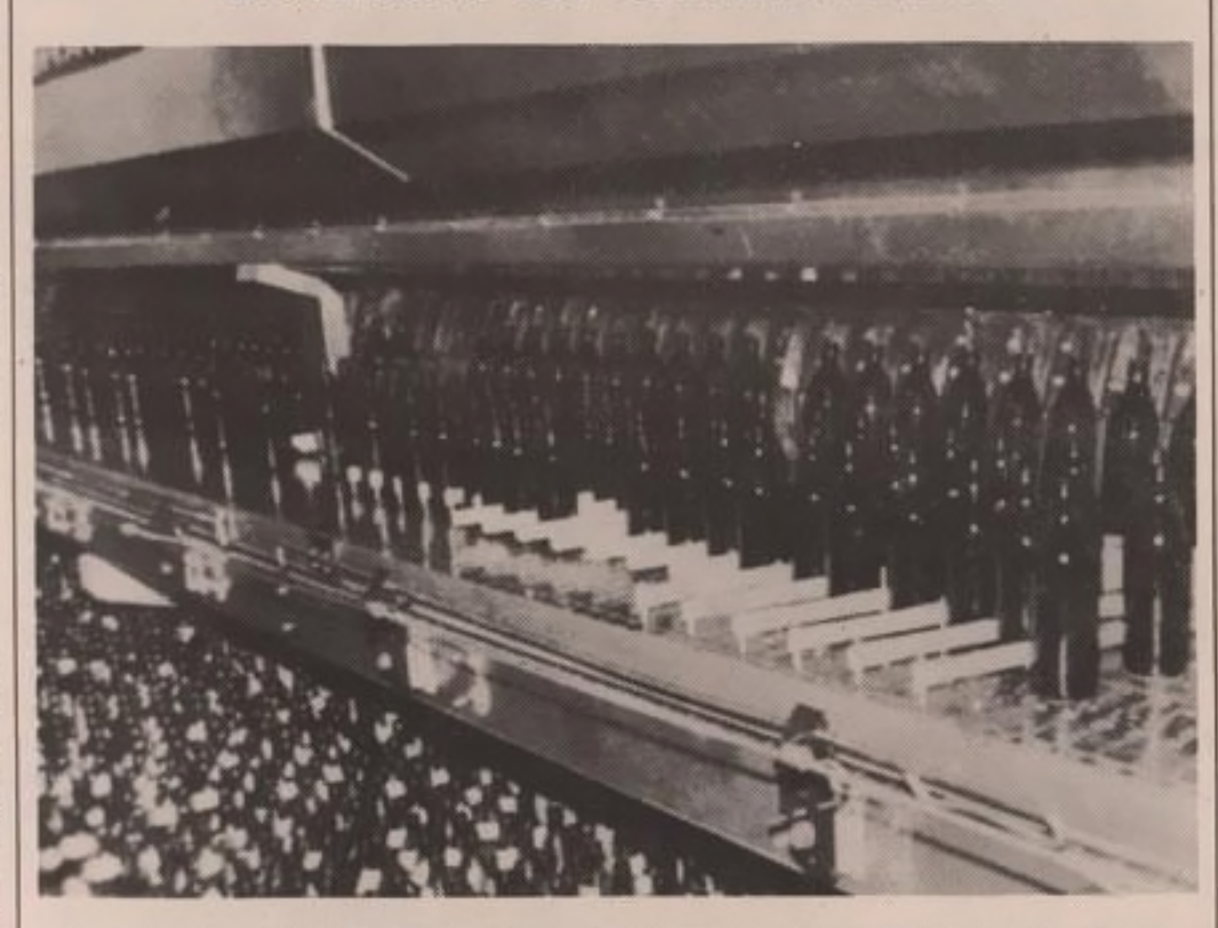
In letzter Zeit ist in Hamburg immer deutlicher zutage getreten, wie die Kapitalisten durch ihre am Profit ausgerichtete Produktion die natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung zugrunde richten, und der Senat hat jedesmal schlecht dabei ausgesehen. Im Fall der Firma Stolzenberg erhob die Eidelstädter Bevölkerung die Forderung nach restloser Aufklärung über den Tatbestand, forderte die Beteiligung am parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß, ordentliche Unterbringung während der Evakuierung, sowie Unkostenentschädigung. Der Senat dagegen warf zunächst noch den betroffenen Eltern Verletzung der Aufsichtspflicht vor; der Tatbestand wurde verdunkelt; untersucht wurde von einem Staatsrat, die Arbeiten wurden von Polizei und Bundeswehr geleitet; den Anwohnern wurden Dampferfahrten nach Helgoland angeboten, entschädigt wurden nur die anliegenden Betriebe in Höhe von 1 Mio. DM. Im Fall Boehringer wurden zunächst alle Untersuchungsergebnisse verharmlost, geforderte Untersuchungen der Belegschaft und der Anwohner nicht durchgeführt, bis im AK Bergedorf für die Gesundheitsbehörde heimlich Gewebeproben entnommen wurden; ein Ermittlungsverfahren gegen die Beschäftigten des AK Bergedorf wurde eingeleitet, weil dies enthüllt wurde. Die Forderungen der Moorfleeter Bauern sind bis heute noch nicht erfüllt, Boehringer wurde großzügig entgegengekommen. Bei all dem war der Senat heftigen Angriffen der Bevölkerung ausgesetzt. Es mußte also im Umweltschutz etwas geschehen. Mit einem Programm ist daher jetzt die Umwelt-Behörde immerhin rund 1½ Jahre nach ihrer Einrichtung nach vorn geschickt worden.

Zur Durchführung dieses Programms will der Senat für 1980 und 1981 20 Millionen DM aufwenden, darunter Mittel für 100 neue Planstellen in der Umweltschutzbehörde – von BILD als Umweltschutz-Polizisten vorgestellt. Der *vorbeugende* Programmteil enthält bekanntes: sparsamer mit Rohstoffen und Energie umgehen; mehr langlebige Konsumgüter anstelle von Wegwerfprodukten; Aufstellen von mehr Altglascontainern. Die Linie: „Das Volk muß seine Konsumgewohnheiten ändern“ ist ausbaufähig und wird den Umweltschutz-Polizisten ein reiches Betätigungsfeld bieten: Auflagen für Autofahrer, Plastiktütenbenutzer, Benutzer elektrischer Küchengeräte, gegen das „Überheizen“ von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden usw.

Die Kapitalisten brauchen sich vor Curillas Behörde nicht ernstlich zu fürchten. Zwar sollen 8000 genehmigungspflichtige Betriebe überwacht werden. Curilla: „Der Umweltschutz steht jetzt gleichberechtigt neben der Wirtschaft.“ Doch müssen Auflagen, die aufgrund von Inspektionen fällig werden (die Betriebsräte und Gewerkschaften sollen hier keine Rechte erhalten), „nach dem Stand der Technik erfüllbar und für das Unternehmen wirtschaftlich vertretbar“ sein. Hält ein Kapitalist Auflagen für „wirtschaftlich nicht vertretbar“, d.h. senken diese seine Profitrate unter ein „vertretbares“ Maß, so muß er dies gegenüber der Behörde belegen, was ihm nicht schwer fallen dürfte, er muß auf seine Verantwortung für die Arbeitsplätze hinweisen und erhält für nachträglich einzubauende Anlagen Sanierungszuschüsse. Für diesen Zweck werden von der Umweltbehörde bis 1983 16 Mio. DM bereitgehalten.

Sollten sich nun dennoch Kapitalisten durch Emissions-Kontrollen usw. in ihrer Freiheit beeinträchtigt fühlen und den Standort Hamburg deshalb für unattraktiv halten – die Behörde hat für diesen Fall schon Ersatz ins Auge gefaßt: „Entwicklung, Produktion und Einsatz von Umwelttechnologien sichern zusätzlich Arbeitsplätze.“ „Wir schaffen hier einen Markt für Firmen, die Klärwerke, Filter, Meßgeräte bauen. Und die wünsche ich mir für Hamburg.“ Das Argument ist in diesem Zusammenhang neu für die Hamburger Sozialdemokraten, aber nicht seinem Inhalt nach. Denn auch für die Produktion von Filtern, Meßgeräten usw. in Hamburg ist Voraussetzung, daß überdurchschnittliche Profite winken. Es handelt sich also um die Subventionierung solcher Kapitalisten und die Ankündigung noch umfangreicherer Steuer- und Gebührenplünderung.

Lärmschwerhörigkeit als Berufskrankheit trifft die Arbeiter der Getränkeindustrie



z.fhe. 1978 wurden 45484 Berufskrankheiten angezeigt, 1976 waren es 43197. Davon waren 18121 (1976: 13789) Lärmschwerhörigkeit, erstmals entschädigt wurden 3286 (1976: 2452) Arbeiter. Der Fabriklärm soll 85 dB (A) nicht übersteigen. In der BRD gibt es ca. 6000 Abfüllbetriebe, an deren Maschinerie die Arbeiter teilweise nur Kontroll- und Steuerungsaufgaben haben. Die Erhöhung der Produktivität geht auf das Trommelfell der Arbeiter: Hochleistungsfüller haben Kapazitäten von stündlich 70000 Flaschen zu 0,33 l. Der Lärm liegt stets über 90 dB (A) und steigt beim Füllen von 1 l-Colaflaschen auf 98 dB (A). Mehr Lärmschutzeinrichtungen an Maschinen sowie andere Formung und dickere Wandung der Flaschen könnten ihn senken, beides kostet die Kapitalisten zuviel Geld.

Panama erhöht die Exportsteuer auf Bananen

z.jüd. Mit Wirkung vom 25. April dieses Jahres erhöht Panama die Exportsteuer auf Bananen um 50 Prozent. Neben raffiniertem Erdöl sind Bananen der wichtigste Exportartikel Panamas. Durch die jährlich über 30 Mio. exportierten Kartons (zu je knapp 20 kg) sollen 6 Mio. $ mehr in den Staatshaushalt fließen, der insgesamt mit 2,7 Mrd. $ verschuldet ist. – Die stark negative Handelsbilanz hat sich trotz Steigerung der Exportmasse weiter verschlechtert: Das Defizit hat sich 1978 gegenüber dem Vorjahr um weitere 13,2% auf 597,9 Mio. $ erhöht; der gesamte Export erreicht derzeit überhaupt nur 246,9 Mio. $. Der Grund liegt aber nicht in gesunkener Masse an exportierten Waren, sondern in der durch die USA erzwungenen Abwertung der panamesischen Währung: 1976 kostete ein Karton Bananen noch ca. 2,20 $, 1978 nur noch 2,04 $. – Nach den USA steht die BRD an 2. Stelle im Export Panamas; 90% der Exporte in die BRD sind Bananen. Die westdeutschen Importe gingen im Zeitraum Januar bis September 1979 um 20% auf 94,8 Mio. DM zurück, der Export – Wasserfahrzeuge, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Maschinen und feinmechanische Geräte – stieg um 14% auf 176,6 Mio. DM. – Mit der Erhöhung der Exportsteuer macht die panamesische Regierung einen Schritt im Aufbau der Unabhängigkeit des Landes.

Lateinamerikanische Staaten vereinheitlichen Düngemittelhandel

z.gkr. 12 lateinamerikanische Staaten gründeten am 28.4. in Panama City eine supranationale Handelsgesellschaft für Düngemittel: Bolivien, Costa Rica, Kuba, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Panama, Peru, El Salvador und Venezuela. Bis 1985 sollen 70% der von diesen Ländern benötigten Düngemittel von dieser Gesellschaft verkauft werden. Der Verbrauch dieser Länder an Düngemitteln stieg von 1,162 Mio. t Nitrogen- und Phosphatdünger 1970 auf 1,595 Mio. t 1975 und 2,042 Mio. t 1978. Nach wie vor aber bleibt er weit hinter dem Bedarf zurück, nur ein geringer Teil der Fläche wird gedüngt. In Peru ging die Agrarproduktion 1978 vor allem wegen Mangel an Düngemittel um

lem wegen Mangel an Düngemittel um

3,4% zurück. Gegenüber dem Verbrauch betrug die Produktion 1970 nur 0,657 Mio. t, 1975 0,903 Mio. t und schließlich 1978 1,207 Mio. t. Die Gründung der Handelsgesellschaft soll der dadurch entstehenden wachsenden Abhängigkeit von den Imperialisten als Lieferanten der Düngemittel und bisher in aller Regel auch Importeure entgegenwirken, die Zusammenfassung der Länder stärkt ihre Position gegenüber den Imperialisten. Gleichzeitig bedeutet dies eine Sicherung der Versorgung mit Düngemitteln. Nach den Vorstellungen der beteiligten Länder soll daneben die Arbeitskraft, materielle und finanzielle Ressourcen und Technologie besser genutzt werden.

Australische Schlachthofarbeiter gegen Niedriglohn und Prämien

z.mat.Sydney. Die Ersetzung der Produktionsprämie durch eine feste Zulage von 60 Dollar pro Woche fordern die australischen Schlachthofarbeiter. Ein Viertel ihres Lohns, der mit 200 bis 300 Dollar noch unter dem Durchschnitt anderer Branchen liegt, ist Prämienanteil. Nachdem eine seit 18 Monaten anhaltende Dürre Anfang des Jahres zu verstärktem Viehauftrieb geführt hatte, zeichnet sich mit dem Ende der Dürre jetzt ein scharfer Rückgang des Viehauftriebs und damit Verlust der Prämien ab. Da mehrere Kapitalisten bereits zu Lohnerhöhungen von 12 Dollar bereit waren, mußte die staatliche Lohnkommission eine vorläufige Erhöhung von 9 Dollar bis zum Abschluß des neuen Tarifs verfügen. Gleichzeitig stehen über 100 Beschäftigte des Schlachthofs Gosford, die meisten von ihnen Frauen, im Kampf gegen Niedriglöhne. Sie lösen das Fleisch von den Knochen und verpacken es, wofür sie nach Zeitlohn bezahlt werden. Als die Arbeit im Januar rapide zunahm, traten sie am 9.1. in den Streik und forderten einen Zuschlag von 31,5% für alle Arbeit, die die festgelegte Mindestleistung übersteigt. Nach 15 Wochen erhielten sie die Unterstützung der übrigen Arbeiter des Schlachthofs, die sich dem Streik anschlossen, und der Gewerkschaft der Hafenarbeiter, die erfolgreich den Export von Fleisch aus Gosford verhinderten.

Die Konzentration im Nahrungsmittelhandel wird beschleunigt

Wenige Nahrungsmittelkonzerne versuchen sich den größten Teil vom Mehrprodukt der Bauern anzueignen

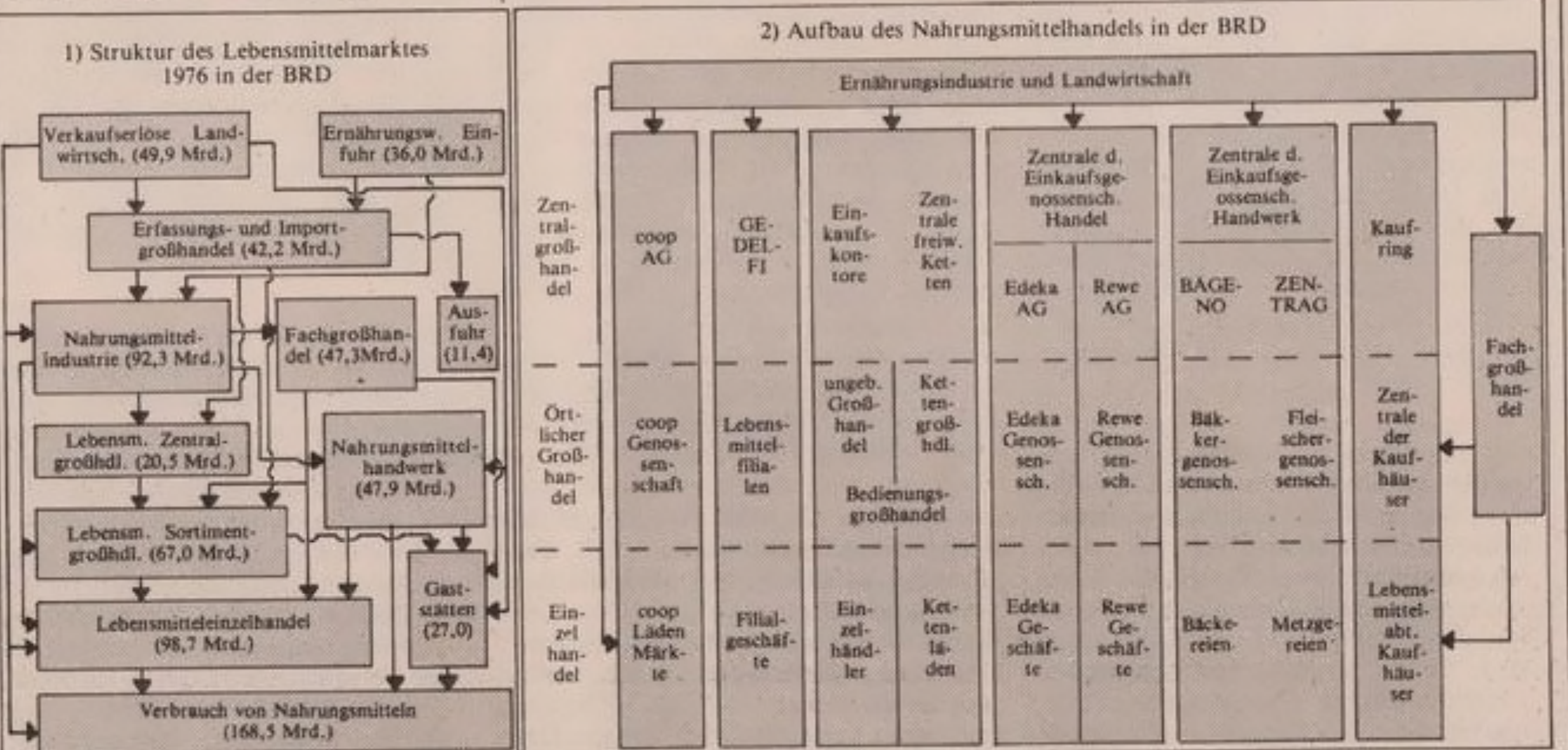
z.brb. Der Nahrungsmittelvertrieb in der BRD erfolgt auf wenigen Verteilerwegen (Schaubild 1). Abnehmer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind in der Hauptseite die Nahrungsmittelindustrie und der sog. Erfassungsgroßhandel, daneben das Nahrungsmittelhandwerk, wie Metzger, und private Verbraucher. Zum Erfassungsgroßhandel gehören insbesondere die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die als Aufkäufer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Lieferanten für die Nahrungsmittelindustrie stellen, soweit die Bauern bei den Firmen nicht direkt unter Vertrag stehen. Oft sind diese Genossenschaften selbst die Weiterverarbeitungsbetriebe, wie der viertgrößte Nahrungsmittelkapitalist, die Süddeutsche Zucker AG, Mannheim. Sie ist aus den Genossenschaften hervorgegangen, auf sie entfällt auch noch der größte Teil des gestreuten Kapitalbesitzes, und über 25% gehören der Süddeutschen Zuckerverwertungsgenossenschaft, doch die Deutsche Bank hält ebenfalls über 25% des Aktienkapitals. So wurden die Vereinigungen der Bauern zum Abbau der Konkurrenz zum Instrument der Kapitalisten, die bäuerliche Produktion besser ihren Verwertungsbedürfnissen zu unterwerfen.

In den letzten Jahren haben die Lebensmittelkapitalisten auch einen weiteren Zusammenschluß der Bauern, die Erzeugergemeinschaften, in dieser Weise genutzt. Seit 1974 hat die Bundesregierung über das Marktstrukturgesetz den Aufbau dieser Erzeugergemeinschaften finanziell gefördert und die Bedingungen geschaffen, sie zum Aufkäufer großer Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu machen. Statt daß jene den Bauern bessere Verkaufsbedingungen bieten, können die Nahrungsmittelkapitalisten über Verträge mit den Erzeugergemeinschaften den Bauern nicht nur die zu liefernden Mengen und Preise diktieren, sondern legen auch Qualität und Arten fest. Die Erzeugergemeinschaften sind zu staatlich anerkannten Gesellschaften geworden, die z.B. bei Schlachtgeflügel 70 – 80% des Marktes beherrschen, bei Frühkartoffeln etwa 50% und bei Schlachtschweinen, Getreide und Wein ebenfalls große Marktanteile in ihrer Hand zusammenfassen und damit die Konzentration in der Nahrungsmittelverteilung weiter beschleunigen.

Mit der Konzentration im Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse einher geht die Konzentration sowohl in der Nahrungsmittelindustrie als auch im -handel. Im Handel ist dafür das wesentliche Kennzeichen die Herausbildung des sog. Zentralgroßhandels in den 60er Jahren (Schaubild 2). Über den Zentralgroßhandel wickeln die Handelskapitale den gesamten Einkauf ab und führen die Verwaltung. So erreichen sie fast Monopolstellung gegenüber den Erzeugern, können damit die Erzeugerpreise drücken und ihre Lieferbedingungen diktieren. Über regionale Lagerung und Verteilung der Waren können die Betriebskosten entscheidend gesenkt werden bei gleichzeitiger schneller Versorgung der Einzelhandelsfilialen. Die Zahl der Arbeitskräfte wurde ebenfalls enorm reduziert, was einzelnen Konzernen ermöglichte, enorme Extraprofite zu erzielen. Auf diesem Weg wurden von 1964 – 74 über 7000 Großhandelsunternehmen ruiniert und die Gesamtzahl um 20% gesenkt. Im Einzelhandel sind die Auswirkungen noch krasser: Von 1960 bis 1977 wurde die Zahl der Einzelhändler auf die Hälfte reduziert, während der Umsatz um das Dreifache gesteigert wurde.

Die drei größten Handelsgesellschaften – coop, Rewe, Edeka – kontrollieren etwa die Hälfte des gesamten Umsatzes im Großhandel und über ein Viertel im Einzelhandel. Entstanden sind sie aus den genossenschaftlichen Zusammenschlüssen der Einzelhändler zur Verbesserung ihrer Konkurrenzbedingungen und haben auch auf regionaler Ebene noch die rechtliche Form von Genossenschaften. Im Einzelhandelsbereich sind sie jedoch zu reinen Filialunternehmen geworden, die z.B. bei Edeka Mindestumsätze gewährleisten müssen, um nicht geschlossen zu werden. Zentral wurden sie bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt, bei denen die regionalen Genossenschaften noch die Aktionäre stellen.

Neben diesen Handelskapitalisten sind nur andere Großkapitalisten in der Lage, die für die Errichtung der Lager und der großflächigen Verkaufsmärkte notwendigen Kapitalien aufzubringen. So beteiligte sich z.B. die VEBA im Nahrungsmitteleinzelhandel über ihre Töchter, die Hugo-Stinnes-AG und Raab Karcher, Tochter der zu 90% VEBA gehörenden Gelsenberg AG. Sie bauten die „divi“- und „SB-Kauf“-Märkte auf, die mittlerweile einen Anteil von ca. 10% des Umsatzes im Einzelhandel halten und damit zu den größten Einzelhändlern zählen. Regionale Handelsgesellschaften, wie die im Frankfurter Raum tätige Latscha KG, die noch 1974 einen Umsatz von fast 750 Mio. DM aufwies, können in dieser Konkurrenz nicht bestehen, Latscha mußte bereits 1977 ihre Selbstbedienungsläden an die „Wertkauf“-Gruppe übergeben.



Quellen: 1) Grosskopf W.: Die Marktstruktur im Ernährungssektor, Münster 1978, S. 71. 2) Greipl E.: Untersuchung zur Konzentrationsentwicklung in der Nahrungsmitteldistribution in Deutschland, München 1976, S. 50.

Chemiemonopole Hoechst, Bayer und BASF erzielen Höchstprofite

z.wig. Die drei großen Chemiemonopole Hoechst, BASF und Bayer standen 1978 an der Spitze der umsatzstärksten Konzerne mit Hauptsitz in der BRD. Hoechst (Welt) stand hinter VEBA, Siemens, Volkswagen und Daimler an 5. Stelle, dahinter Thyssen und auf Platz 7 und 8 BASF (Welt) und Bayer (Welt). Weltweit konnte Hoechst den Umsatz von 1978 auf 1979 um 11,9% auf 27,1 Milliarden DM, BASF um 20,5% auf 28 Milliarden DM und Bayer um 13,9% auf 26 Milliarden DM steigern.

Hoechst und Bayer haben jetzt die Ergebnisse des ersten Quartals 1980 veröffentlicht. Hoechst erzielte weltweit einen Umsatzzuwachs um 23,8% und Bayer um 23,4%. Der Tenor der Bilanzpressekonferenzen: Das Ergebnis wird auch 1980 wieder recht gut. Steigerung des Gewinns vor Steuern: Bayer (AG) um 34,6% auf 276 Mio. DM, Hoechst (AG) um 62,7% auf 314 Mio. DM. Prognose: Frühestens im 2. Halbjahr werde sich die Konjunktur abschwächen. Im Folgenden ein Überblick über die letzten Jahre seit 1970.

Beschäftigte in der chemischen Industrie und in den inländischen Werken der Chemiemonopole*

Jahr	Besch. ges. in 1000	%	Hoechst Gesamt	%	Bayer Gesamt	%	BASF Gesamt	%	Monopole Gesamt	%
1978	566	100	100714	17,8	102800	18,2	87229	15,4	290743	51,4

* Werke, an denen die Monopole mit 50% und mehr beteiligt sind

Beschäftigte in der chemischen Industrie und bei den Chemiemonopolen

Jahr	Besch. ges. in 1000	%	Hoechst AG Gesamt	%	Bayer AG Gesamt	%	BASF AG Gesamt	%	Monopole Gesamt	%
1970	596	100	62994	10,6	62248	10,4	51368	8,6	176628	29,6
1971	589	100	60044	10,2	61225	10,4	49590	8,4	170859	29,0
1972	580	100	63824	11,0	61231	10,6	50464	8,7	175519	30,3
1973	587	100	65284	11,1	63692	10,9	52230	8,9	181206	30,9
1974	600	100	67434	11,2	65658	10,9	54065	9,0	187157	31,2
1975	547	100	65725	12,0	64370	11,8	52707	9,6	182802	33,4
1976	561	100	64860	11,6	64336	11,5	52962	9,4	182158	32,5
1977	569	100	63430	11,1	63145	11,1	52932	9,3	179497	31,5
1978	566	100	62101	11,0	62408	11,0	52318	9,2	176827	31,2

Quelle: Statistische Jahrbücher, Geschäftsberichte

Beschäftigte der Chemiemonopole (Welt)

Jahr	Hoechst (Welt)	Bayer (Welt)	BASF (Welt)
1970	139460	135800	96085
1971	142110	138300	93022
1972	146320	136900	104054
1973	155450	143400	107539
1974	178710	169200	110989
1975	182470	169400	111445
1976	182980	171200	112686
1977	180907	170400	113798
1978	179546	179000	115408

Quelle: Geschäftsberichte

Umsatz der Chemiemonopole 1970 – 1979 in Millionen DM
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Jahr	Hoechst AG Gesamt	%	Hoechst Welt Gesamt	%	BASF AG Gesamt	%	BASF Welt Gesamt	%	Bayer AG Gesamt	%	Bayer Welt Gesamt	%
1970	(–)	(–)	11592	18,9	4860	7,6	11517	(–)	5864	6,6	10373	8,4
1971	7435	(–)	12717	9,7	5200	7,0	12139	5,4	5899	0,6	11144	7,4
1972	7773	4,5	13345	5,2	5921	13,9	13643	12,4	6447	9,3	12086	8,5
1973	7371	–5,2	15345	14,1	6905	16,6	15950	16,9	7461	15,7	13940	15,3
1974	9656	31,0	20201	31,7	10157	47,1	21947	37,6	9441	26,5	18879	35,4
1975	8433	–12,7	20776	2,8	8394	–17,4	20015	–8,8	7955	–15,7	17734	–6,1
1976	9653	14,5	23485	13,0	9798	16,7	23157	15,7	9655	21,4	20880	17,7
1977	9456	–2,0	23298	–0,8	9632	–1,7	23181	0,1	9931	2,9	21392	2,5
1978	9390	0,7	24191	3,8	9680	0,5	23254	0,3	9972	0,4	22836	6,8
1979	10704	14,0	27100	12,0	12100	25,4	28000	20,5	11415	14,5	26002	13,9

Quelle: Geschäftsberichte

1977	9456	–2,0	23298	–0,8	9632	–1,7	23181	0,1	9931	2,9	21392	2,5
1978	9390	0,7	24191	3,8	9680	0,5	23254	0,3	9972	0,4	22836	6,8
1979	10704	14,0	27100	12,0	12100	25,4	28000	20,5	11415	14,5	26002	13,9

Quelle: Geschäftsberichte

Lohnsumme der Chemiemonopole in Millionen DM und Lohnsumme pro Beschäftigten in DM (1974 – 1978)

Jahr	Hoechst AG Lohnsumme	Hoechst AG Lohns./Besch.	Bayer AG Lohnsumme	Bayer AG Lohns./Besch.	BASF AG Lohnsumme	BASF AG Lohns./Besch.
1974	1930	28620	2087	31786	1738	32146
1975	1974	34799	2126	33028	1779	33753
1976	2186	33703	2337	36325	2013	38008
1977	2279	34352	2493	39481	2071	39126
1978	2356	37938	2595	41581	2164	41362

Quelle: Geschäftsberichte

IGM-Vorstand zur Tarifpolitik

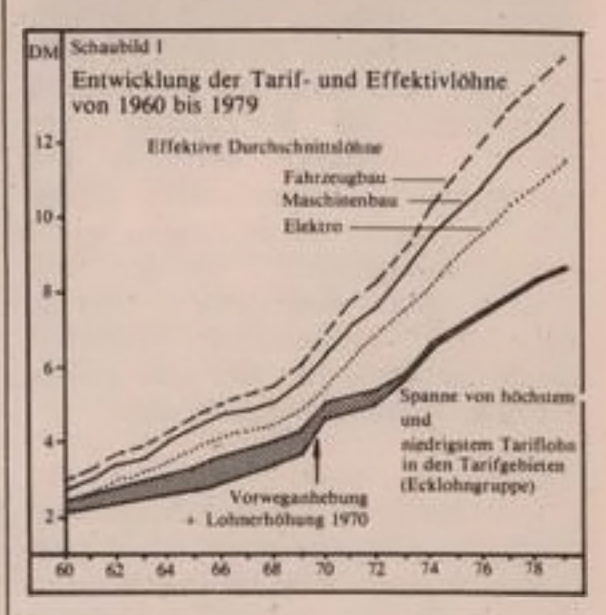
Effektivlohn muß tariflich abgesichert werden

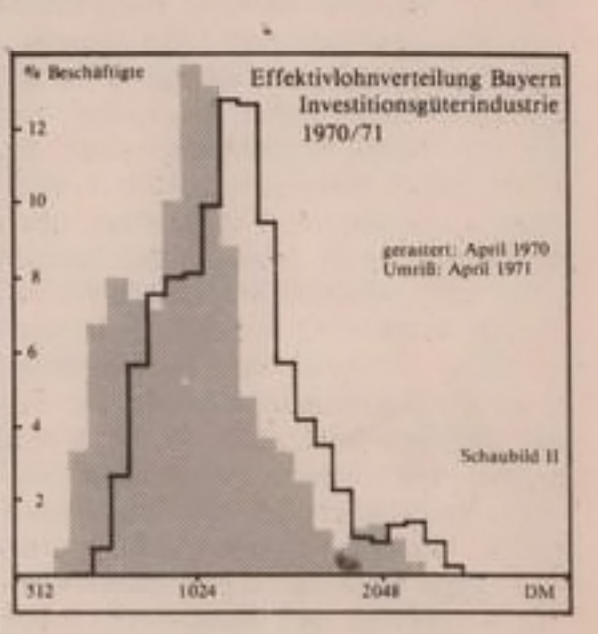
z.wom. Anfang der 70er Jahre ist es der IG Metall gelungen, ein paar der drückenden Probleme aus der Welt zu schaffen. Dazu gehört der Abbau der erheblichen regionalen Tariflohnunterschiede sowie die Abschaffung von Ortsklassen und Altersstaffelung bei den Löhnen. Andere Probleme wie das Auseinanderklaffen von Effektiv- und Tariflöhnen, die Abspaltung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten wurden angepackt. In den Unterschieden der regionalen Lohnstruktur drückt sich heute wesentlich die unterschiedliche Branchenstruktur der Metallindustrie aus, z.B. ob es viele Betriebe der Elektroindustrie mit hohem Frauenanteil und Niedriglöhnen gibt, während früher die regionalen Tarifunterschiede krasser wirkten.

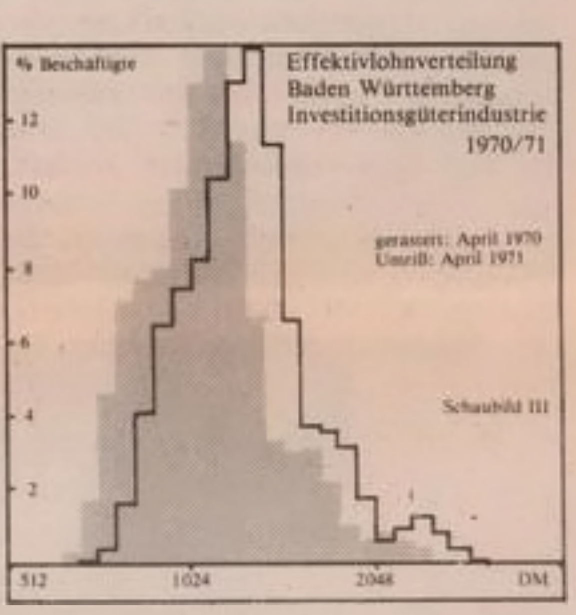
In den letzten Jahren haben die Kapitalisten, begünstigt durch die niedrigen Prozentabschlüsse, die Kluft zwischen Tarif- und Effektivlöhnen ständig weiter aufgerissen. So sind sie in der erfreulichen Lage, die diesjährige 6,8%-Erhöhung in den meisten Fällen nicht effektiv auszahlen zu müssen, sondern mit übertariflichen Zulagen zu verrechnen, so daß effektiv nur 6% oder noch weniger bleiben. Den höchsten Lohn- und Gehaltsklassen können sie dagegen mehr als 6,8% zahlen – als Antreiberprämie –, ohne daß die gesamte Lohn- und Gehaltssumme um mehr als 6,8% steigen muß. Die Möglichkeiten der Betriebsräte und Vertrauensleute dagegen sind beschränkt, besonders in den Betrieben, wo die Löhne besonders niedrig und die gewerkschaftliche Kampfkraft gering entwickelt ist. Jetzt, wo die Inflationsrate schon bei 6% steht, ist für viele in den unteren Lohngruppen trotz Lohnerhöhung die Senkung des Reallohns schon bald spürbar. Das Ziel der letzten Lohnbewegung, die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bedeutend anzuheben, wird ins Gegenteil verkehrt, zumal der Mindestbetrag als Sperre dagegen nicht durchgesetzt ist.

Das Problem sieht auch der IGM-Vorstand, der auf seiner jüngsten Klausurtagung feststellte: „Da aber die Inflationsrate 1980 wieder ziemlich hoch ausfallen dürfte, ist wahrscheinlich, daß im nächsten Jahr wiederum eine soziale Komponente oder aber eine strukturelle Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert wird." Leider erfährt man davon nicht aus der Gewerkschaftspresse, sondern aus dem Handelsblatt. Sogar Franz Steinkühler liegt mal richtig, wenn er aufgrund des Auseinanderklaffens von Tarif- und Effektivlöhnen von der Gefahr spricht, „bei jeder Lohnrunde mit dem Ergebnis vorübergehend ins Leere zu laufen." Mit einer kräftigen Vorweganhebung bei der nächsten Tarifforderung könnte die Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn vermindert werden. Bei einer Vorweganhebung in Festgeld wäre der Lohnstandard der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gesichert.









Lohnbewegung Metall 1970: Vorweganhebung, Abbau regionaler Unterschiede

„Die von einzelnen Tarifkommissionen beschlossenen Forderungen reichten bei Lohn und Gehalt von 12,5 vH bis zu 18 vH. Daneben wurden aber noch weitere unterschiedliche Forderungen erhoben – so z.B. nach Leistungszulagen, einer Vorweganhebung von Löhnen und Gehältern, mit der die Differenz zwischen Tariflohn und Tarifgehalt sowie den tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern verringert werden sollte. Auch die Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, die Verbesserung der Altersgruppenabschläge und die Beseitigung der Ortsklassenabschläge war im Forderungskatalog enthalten …" (Geschäftsbericht 68 – 70 des IGM-Vorstandes)

Tarifbezirk	Eckl. 1.9.69 in Pfg.	Vorweg-anheb.70 in Pfg.	Eckl. 1.10.70 in Pfg.	Erhöh. gesamt in %
Schlesw.-Holst.	404	46	495	22,5

Tarifbezirk	Eckl. 1.9.69 in Pfg.	Vorweg-anheb.70 in Pfg.	Eckl. 1.10.70 in Pfg.	Erhöh. gesamt in %
Schlesw.-Holst.	404	46	495	22,5
Hamburg	413	37	504	22,0
NW-Nieders.	387	51	485	25,3
Unterweser	413	37	504	22,0
NRW	438	16	504	15,0
Hessen	417	19	480	15,1
NoWü-NoBa	436	10	503	15,4
Bayern	401	41	498	24,2
Saarland	413	19	480	16,2

„… Außer den prozentualen Erhöhungen der Löhne und Gehälter wurden verschieden hohe Vorweganhebungen und unterschiedliche, tariflich abgesicherte Leistungszulagen vereinbart. In der Eisen- und Stahlindustrie konnten wir erstmals ein volles 13. Monatsgehalt durchsetzen. Außerdem wurden in fast allen Tarifverträgen Strukturverbesserungen durchgeführt, von denen besonders jüngere Arbeiter, Angestellte und Frauen betroffen sind …" (Otto Brenner in: Metall 23/70)

„*Bayrische Metallindustrie: Gefälle überwunden* … Der künftige Ecklohn wird nach einer Vorweganhebung von 4,01 DM auf 4,42 DM nunmehr 4,98 DM betragen. Die anrechenbare Vorweganhebung um rund 10% dient der Angleichung an den Bundesdurchschnitt … Die vorgenommene Angleichung der untersten Lohngruppen an die Normallöhne ist ein Schritt zu ihrer gänzlichen Beseitigung … Im norddeutschen Tarifbereich ging es darüber hinaus um das Ziel, alle Tarife möglichst nahe an die günstigeren Tarife der Stadtstaaten Bremen und Hamburg heranzuführen. Das gesteckte deutschen Tarifbereich ging es darüber hinaus um das Ziel, alle Tarife möglichst nahe an die günstigeren Tarife der Stadtstaaten Bremen und Hamburg heranzuführen. Das gesteckte Ziel wurde weitgehend erreicht …" (Metall 23/70)

„… *die höchsten tariflichen Erhöhungen der Nachkriegszeit.* Dies gilt nicht nur für die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, die zwischen 10% und 13,5% lagen … Andererseits wurden die tariflichen Ausgangslöhne, die sogenannten Ecklöhne, zwischen den verschiedenen Tarifgebieten weiter angenähert …" (Gesamtmetall Geschäftsbericht 1971 – 1972)

Die Vorweganhebung, die 1970 mit Kampfaktionen von rund 500000 Arbeitern und Angestellten durchgesetzt wurde, hatte verschiedene positive Wirkungen: Die Spreizung zwischen

Die Vorweganhebung, die 1970 mit Kampfaktionen von rund 500000 Arbeitern und Angestellten durchgesetzt wurde, hatte verschiedene positive Wirkungen: Die Spreizung zwischen

Tarif- und Effektivlohn wurde verringert, der Spaltungsspielraum der Kapitalisten damit erheblich eingeschränkt. (I) Die Lohnerhöhung muß jetzt auf einen höher abgesicherten Lohn ausgezahlt werden. In Bayern, wo eine Vorweganhebung von 41 Pfg. in Festgeld erzielt wurde, konnte so mit der Lohnerhöhung von 12,7% ein Aufrücken der unteren Lohngruppen erreicht werden. Regionale schroffe Unterschiede wurden gemildert. (II, III)



z.ans.Rom. **Mit dem Verbot aller 1.Mai-Feierlichkeiten für gewerkschaftliche Organisationen, mit Absperrung der Zufahrtswege nach Sao Bernardo und Greiftrupps in den Hauptverkehrsstraßen gedachte die brasilianische Militärregierung Figueiredo, den Kampfeswillen der Arbeiter zu brechen.** Umsonst. Am 1. Mai demonstrierten 200000 Arbeiter in dem Industriedreieck von Sao Paulo. Die Regierung verschärfte daraufhin in der letzten Woche ihre Angriffe auf die seit dem 1. April für mehr Lohn und Kündigungsschutz streikenden Metallarbeiter von Sao Bernardo. Bei Einsätzen mit Gummiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern wurden über 50 Arbeiter verletzt, viele verhaftet. Unter dem enormen Druck durch die Militärdiktatur beschlossen die Arbeiter in Santo André, wo kleine und mittlere Betriebe vorherrschen, Streikabbruch für den 6. Mai. In Sao Bernardo streiken weiterhin 90% der Arbeiter. Der Produktionsausfall der dort konzentrierten imperialistischen Automobilindustrie beträgt über 50000 Autos. – Seit dem 22. April streiken in Belo-Horizonte 60000 Lehrer.

z.elb. **Seit dem 2.3. streiken die Arbeiter der kanadischen Asbestos Corporation, dem größten Förderer und Verarbeiter von Asbest der Welt, für höheren Lohn und höhere Rente.** Die Rentenversicherung in Kanada ist zum großen Teil betrieblich organisiert. Am 19.4. demonstrierten die Arbeiter in Thetford Mines, Quebec, unterstützt von einer großen Delegation der ebenfalls streikenden Reynolds-Arbeiter; am 24.4. demonstrierten sie zur Verwaltung der Asbestos Corporation. Asbestos läßt als einziger aller kanadischen Asbest-Kapitalisten einen Teil der Asbestfasern in einer Fabrik in Westdeutschland, der Asbestos Corporation in Nordenham, weiterverarbeiten. In einer Solidaritätsresolution bat ein Gewerkschaftsvertreter in Nordenham die kanadischen Arbeiter um Mitteilung über die Art der Asbestos-Fasern, damit die Arbeiter in Nordenham die Arbeit mit diesen Fasern verweigern können: „Wir wollen nicht eure Fasern verarbeiten, während ihr streikt. Ich hoffe, ihr habt mit eurem Streik Erfolg." – Kanada ist weltgrößter Exporteur von Asbest; 95% der Produktion von 1,54 Mio. t (1976) werden exportiert, v.a. in die USA, BRD, Großbritannien und Frankreich. 80% der Gesamtproduktion wird in den elf Minen Quebecs gefördert.

z.mat. **Mehr als 4000 Arbeiter in 20 Betrieben Südkoreas waren am 25. und 26. April im Streik.** Nachdem die Regierung im letzten Jahr für 102 von 148 Waren die Preiskontrollen aufgehoben hatte, hat sich der Preisanstieg, der in den Jahren vorher bei 15 bis 30% gelegen hatte, gewaltig beschleunigt. Der Streik der Arbeiter der Dongwon-Kohlebergwerke, der – wie in KVZ 19 berichtet – am 23.4. erfolgreich beendet worden war, hat die Arbeiter mehrerer Branchen ermutigt, entschlossen den Kampf gegen die Senkung des Reallohns aufzunehmen. Die über 1000 Arbeiter der Eisengießerei von Inchon forderten mit einem Sitzstreik Lohnerhöhungen und den Rücktritt des Direktors. In der Hauptstadt Seoul fordern über 600 Arbeiter des Stahlwerks Ilsin 40% Lohnerhöhung und die Anhebung der Prämien auf das vierfache, über 500 Arbeiter eines optischen Betriebes eine Lohnerhöhung von 30% und 500 Arbeiter eines Textilbetriebes 53 – 62%.

z.mif. **Der Streik der irischen Krankenschwestern in der Psychiatrie findet wachsende Unterstützung beim Krankenhauspersonal.** Das Lohnangebot, gestaffelt zwischen Schwesternschülerinnen und Oberschwestern von 16 bis 25%, das den Krankenschwestern in einer Urabstimmung mit äußerst knappem Ausgang hatte aufgezwungen werden können, haben die Psychiatrieschwestern abgelehnt. Im Streik stehen 5000 Psychiatrieschwestern und 2500 allgemeine Krankenschwestern, organisiert vor allem in der irischen Transportarbeitergewerkschaft ITGWU. Am 5. Mai haben in Galway 300 und in Limerick über 600 Schwestern für höheren Grundlohn und höhere Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit demonstriert. Die 12000 in der INO organisierten Krankenschwestern haben für 24. Mai eine außerordentliche Delegiertenkonferenz ihrer Gewerkschaft durchgesetzt, um an diesem Kampf teilnehmen zu können.

z.rua. **Portugal ist von einer Streikwelle erfaßt, an der rund 250000 Arbeiter beteiligt sind.** Der Gewerkschaftsdachverband hat die Forderung nach 30% Lohnerhöhung im Kampf um neue Tarifverträge aufgestellt. Verhandlungen über neue Tarifverträge stehen vor allem an in der Druck- und Chemieindustrie sowie im öffentlichen Dienst. 1979 betrug die offizielle Preissteigerungsrate 25%; 1980 wird mit 35% gerechnet. Die Kapitalisten bieten 15 – 20% mehr Lohn an. Die 7500 Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft Petrogal, deren Löhne seit drei Jahren nicht erhöht wurden, streikten vom 16. – 18.4. und traten am 28.4. erneut in einen dreitägigen Streik. Am 29.4. streikten 50000 Bankangestellte 24 Stunden lang. In verschiedenen Metallbetrieben, darunter dem Tochterwerk des SEL-Konzerns, wurden Warnstreiks durchgeführt. Am 29.4. begannen die Arbeiter des staatlichen Uran-

Bergbau: Wachsender Verschleiß der Arbeitskraft und tödliche Unfälle

z.wig. Ein Betriebsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG, der den Kapitalisten vorwarf, sie verstießen gegen das Arbeitsschutzgesetz, legte die Zahl der Überstunden 1979 vor: Sie sind um 40% gestiegen. Die gestiegene Förderleistung der Ruhrkohle AG sei ausschließlich auf Mehrarbeit und Intensivierung der Arbeit zurückzuführen. Der Bezirksleiter der IG Bergbau und Energie Saar berichtete, daß im Monat 33 bis 35 Schichten gefahren würden, während früher 27 bis 28 die Regel waren. Die Bundesregierung hat die Ziele für die Steinkohleförderung auf 95 Mio. Tonnen bis 1990 festgelegt. Die Bergbaukapitalisten wollen die Ausdehnung der Produktion zu einem großen Teil durch weitere Intensivierung der Arbeit erreichen, was immer öfter zur Durchbrechung der bestehenden Schutzbestimmungen und schweren und tödlichen Unfällen führt. Dazu folgende Meldungen aus Spezialnachrichtendienste 03 der KVZ, Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft – Stahl.

Dortmund. Laut statistischem Bericht des Landesoberbergamtes teilen sich die Unfälle 1978 nach Unfallursachen wie folgt: 37,1% aller Unfälle untertage passieren bei der Bedienung von Maschinerie, von den tödlichen 53,95%. Mit der Intensivierung der Arbeit hat ebenfalls die Zahl der Grubenbrände zugenommen. Sie sind von 33 in 1970 auf 56 in 78 gestiegen. Über ihre Entstehungsursache besagt die Statistik, daß höchstens ⅓ bis ¼ auf Selbstentzündung zurückzuführen ist, überwiegend haben sie ihre Ursache in Heißlaufen und mangelnder Wartung der Maschinerie.

Castrop-Rauxel, 2.4.80. Auf der Zeche Erin verunglückte Mittwoch in der Nacht der 35jährige Günter Bartscherer tödlich. Er verunglückte bei Vorziehen des Streckenförderers (Revier 29) als die Seilbahn, die sich verkantet hatte, plötzlich frei wurde und den Arbeiter am Kopf traf. Der Unfall ereignete sich am Ende der 24 Uhr Schicht. Dies ist nun schon der dritte tödliche Unfall auf der Zeche Erin in diesem Jahr. Die Betriebsleitung des EBV wertete den Unfall als „eine unglückseelige Häufung von Unglücksfällen.“ Es soll nicht zusammenhängen mit dem Pilotprojekt zur Erprobung von mechanischen Abbaumethoden in steiler Lage.

Camphausen. 8.4.80. Dritter tödlicher Unfall auf der Grube Camphausen, Saarbergwerke für 1980. Am Sonntag, 6.4., verunglückte der 45jährige Schachtzimmerhauer Erwin Johännten tödlich im Blindschacht (Stapel) 10 von der dritten auf die siebte Sohle. Er war mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Ein Doppel-T-Träger sollte zur Abgrenzung des Fahrtraums ausgewechselt werden. Vermutliche Ursache des Unglücks ist, daß der Träger nicht weit genug im Mauerwerk steckte oder das Mauerwerk sowieso schon brüchig war. – Nachdem die Enden des Trägers mit dem Pickhammer freigepickt worden waren, ist der Träger unerwartet, wahrscheinlich mit einem Teil des Mauerwerks in den Schacht gestürzt.

Abschluß Bergbau / Textil / Weinbau – Verhandlungen Handel

z.gih. **Landwirtschaft, Ernährung.** Folgende Lohn- und Gehaltserhöhungen hat die NGG im Bereich der *Obst- und Gemüseverwertungs-, sowie der Essig- und Senfindustrie* durchsetzen können. 6,8% für die Lohngruppen S, I, II, III und die Gehaltsgruppen, sowie 7% für die Lohngruppen IVa und IVb. – Mit Wirkung vom 1. April wurde von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und von dem landwirtschaftlichen Arbeit-
bau, Land- und Forstwirtschaft und von dem landwirtschaftlichen Arbeit-
geberverband ein Lohntarifvertrag für die Beschäftigten in *Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz* abgeschlossen. Der Ecklohn wird in der Zone II um 59 Pfennig (= 7,8%) erhöht. Der Jahresurlaub wurde ab 1980 um 2 Werktage erhöht.

Bergbau. Am 6.5. wurde für den *Saarbergbau* dasselbe Ergebnis erzielt, wie für die Beschäftigten im Bergbau NRW: 7,15% mehr Lohn und Gehalt. Die Untertagebeschäftigten erhalten zusätzlich 5 DM pro Schicht mehr. Die in Nacht- und Wechselschicht beschäftigten Übertagearbeiter erhalten ab 1. Juli 1980 zwei Freischichten. Die Lohnordnung wird geändert und um drei neue Lohngruppen erweitert sowie die Zuordnung verschiedener Tätigkeiten zu anderen Lohngruppen vorgenommen.

Druck. Neuer Gehaltstarifvertrag für die Angestellten in der *Druckindustrie Baden-Württemberg* (ohne Südbaden) abgeschlossen. 6,8% mehr Gehalt und zusätzlich eine Anhebung der Gehaltsgruppen K1 und der ersten zwei Stufen von K2.

Textil. Am 5.5. einigten sich die Gewerkschaft Textil, Bekleidung und die Textil-Kapitalisten auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,9% für die Beschäftigten der *baden-württembergischen Textilindustrie*. Für den Tarifbezirk *Westfalen* wurde zum selben Zeitpunkt in Steinhagen mit einer Erhöhung von 6,5% abgeschlossen.
hung von 6,5% abgeschlossen.

Handel. Die nächsten Lohntarifverhandlungen der *Fachgruppe Buchhandel und Verlage, Westberlin* finden am 14.5. statt. Die HBV hat 200 DM mehr für alle – 800 DM für alle Auszubildenden – ersatzlose Streichung der Gehaltsgruppe G1 – Übernahme der Lohngruppen in die Gehaltsgruppen – 600 DM Urlaubsgeld gefordert. In einer Resolution zu den Verhandlungen heißt es: „Die Mitgliederversammlung ... lehnt entschieden das bisherige Verhandlungsergebnis von 110/135 DM ab ... Halten die Unternehmer bei den Verhandlungen am 14.5. an ihrem niedrigen Angebot fest, werden wir gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen ...“ Erste Verhandlungen zwischen der Großen Tarifkommission *Bayrischer Einzelhandel* und den Kapitalisten. Forderung der HBV: 9,5%, mindestens 150 DM. Die Kapitalisten haben für die Gehaltsgruppe II durchschnittlich 7,8% angeboten. Die HBV erwartet ein vollständiges Angebot. Die nächsten Verhandlungen finden am 16.5. statt.

Lohnkampf in Schweden – fast ein Generalstreik

Transportarbeitergewerkschaft stoppt Benzinversorgung / LO auf langwierigen Streik eingestellt

z.coi.Stockholm. Seit Freitag Abend liegt dem schwedischen Gewerkschaftsverband LO und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein neues Lohnerhöhungsangebot seitens der staatlichen Schlichter vor: 75 Öre mehr pro Stunde generelle Erhöhung sowie durchschnittlich 53 Öre für die Anhebung der unteren Lohngruppen ab 15.4.1980, 15 Öre (bereits vereinbart) ab 1.11.1979 für einzelgewerkschaftliche Übereinkünfte, 60 Öre ab 1.7. als Vorausanhebung für die am Jahresende durchzuführende Anpassung aller Löhne an die durchschnittliche Effektivlohndrift, 30 Öre ab 1.12.1980, wenn die Konsumentenpreise zwischen März und Oktober mehr als 2,3% steigen, und eine Abschlagszahlung von 320 SKr. noch vor den Sommerferien. Das Angebot an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist im Gesamtumfang etwas höher und besteht im Kern aus einer allgemeinen Erhöhung von 4,5%, zur Hälfte in Festgeld, ab 1.7.1980. Auch hier ist eine Abschlagszahlung von 670 SKr. vorgesehen. Gerechnet auf die gesamte Tariflaufzeit vom 1.11.1979 bis Ende 1980 ergibt das Angebot an LO eine Gesamterhöhung von ca. 4,5%. Dies ist immer noch deutlich unter der Forderung von 11,3%, aber eine Verdreifachung gegenüber den letzten Angeboten. Die Schlichter haben ihren Rücktritt angekündigt, falls die Gewerkschaften ablehnen sollten. Von den Gewerkschaften ist bis Samstag früh nur bekannt, daß die Metallarbeitergewerkschaft eine Urabstimmung vorbereitet. Das neue Angebot zeigt die Wirkung des Streiks der Arbeiter, der inzwischen die Ausmaße eines Generalstreiks angenommen hat.

„Wir können einen langen Streik durchstehen“, versichert der Vorsitzende der Metallbetriebsgruppe von Sola Offset, einem 500-Mann-Betrieb in Sollentuna im Norden Stockholms, in dem Pressen für die Druckindustrie hergestellt werden, zu 90% für den Export. Die 280 Arbeiter, zu fast 100% gewerkschaftlich organisiert, sind im
gewerkschaftlich organisiert, sind im
Streik. Ich hatte einen von ihnen auf der 1.Mai-Demonstration in Stockholm getroffen. Die schwedische Arbeiterbewegung hatte den 1. Mai genutzt, um der Bourgeoisie ihren Kampfwillen zu zeigen. Ca. 850000 waren im ganzen Land unter roten Fahnen auf der Straße gewesen, fast 250000 mehr als im Vorjahr. Allein in Stockholm waren es mehr als 60000, in Göteborg 40000. Vor dem Fabriktor steht ein Wohnwagen. Die Streikwachen lösen sich alle vier Stunden ab, rund um die Uhr. Es gilt den Abtransport von Maschinen im Wert von mehreren Mio. SKr. zu verhindern, die verpackt auf der Rampe stehen. Ein Versuch ist bereits kläglich gescheitert, der Lastwagenfahrer ist sofort abgedreht. Für den Notfall liegt unter dem Wohnwagen ein längeres Nagelbrett. „SAF hat angekündigt, unsere Löhne 1980 um 2% real zu senken. Nach den Lohnsenkungen der letzten Jahre ist es jetzt genug. Wir wollen jetzt unseren Reallohn halten.“ Aus der Lohnstatistik des Metallkapitalistenverbandes und des statistischen Zentralamts, die er mir zeigt, geht hervor, daß sich der effektive Bruttodurchschnittslohn in der metallverarbeitenden Industrie von 22,75 SKr. Anfang 1976 auf 29,30 SKr./Std Ende 1979 um 28,8% erhöht hat, während der amtliche Preisindex im gleichen Zeitraum um 40,8% gestiegen ist. Bei Solna Offset liegt der Durchschnittslohn jetzt bei ca. 31 SKr.

Auf die Verlängerung der Aussperrung durch SAF bis zum 18.5. hat LO letzten Freitag (9.5.) mit dem Ausfuhrstopp von Erdölprodukten aus den Raffinerien geantwortet. 1500 Tanklastwagenfahrer sind im Streik. Bereits seit dem 2.5. sind die Raffinerien bis auf die Coop-eigene durch den Streik der Fabrikarbeitergewerkschaft stillgelegt. Coop-Tankstellen werden als einzige auch weiterhin mit Benzin versorgt. Die Transportarbeitergewerkschaft entscheidet, wer (z.B. Krankenhäuser und Meiereien) mit Treibstoff und Heizöl versorgt wird. Dieser Streikbeschluß hat die Kapitalistenklasse zutiefst getroffen. Sie hat ver-
klasse zutiefst getroffen. Sie hat ver-
sucht, ihn als „gesellschaftsgefährdend“ zu verhindern. Der „Arbeitsmarktausschuß“, in dem sich je drei SAF- und LO-Vertreter gegenübersitzen, um strittige Fragen zu klären, konnte keinen einheitlichen Beschluß dazu fassen. Es fehle der stimmberechtigte „neutrale“ Staatsvertreter, klagte die bürgerliche Presse. Auf ihre Aufforderung, diesen Streik ebenso wie die Streiks im öffentlichen Dienst per Gesetz zu verbieten, wagt die Regierung bisher nicht positiv einzugehen, noch nicht. Die Bourgeoisie setzt auf die zersetzende Wirkung eines Chaos, das zu organisieren und als Ergebnis des Streiks zu propagieren sie sich alle Mühe gibt. Auf die Blockade des Warenexports durch die Seeleute-Gewerkschaft hat der Reederverband mit dem Stopp aller Fähren und der Aussperrung aller Beschäftigten geantwortet. Damit ist der Import vor allem von Obst und Gemüse sowie anderen Nahrungsmitteln stark eingeschränkt. Die einzige Transportverbindung wird von den Fähren der Dänischen Staatsbahn aufrechterhalten. Alle Bäckereien und Brotfabriken, die Mitglieder des SAF sind, wurden geschlossen, nachdem die Lebensmittelarbeitergewerkschaft einzelne Brotfabriken mit Streik belegt hatte. Die Versorgung der Massen mit Nahrungsmitteln und vor allem mit Brot wird von Coop gesichert, die damit für die Gewerkschaften eine wichtige Funktion bei der Sicherung eines längeren Streiks haben.

Die Lage ist günstig für einen Lohnstreik. Die schwedischen Konzerne erleben eine Hochkonjunktur, die Auftragsbücher sind proppenvoll. Jeder Produktions- und Lieferstopp bedeutet große Verluste und Rückschläge gegenüber den Konkurrenten. Warum zahlen die Kapitalisten dann nicht, sondern nehmen einen vielleicht langwierigen Streik in Kauf? „Die machen damit einen großen Fehler, den sie bereits bereuen“, meinen die Arbeiter bei Solna und sind sich einig, daß der jetzt begonnene Streik nicht ohne einen Sieg beendet werden darf.
beendet werden darf.





„Kampf gegen die SAF-Offensive!“ – SAF ist der Kapitalistenverband. Der Lohnkampf bestimmte die diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen in Schweden. Bilder vom 1. Mai 1978 in Stockholm.

---

bergwerks Urgeiriça einen unbefristeten Streik.

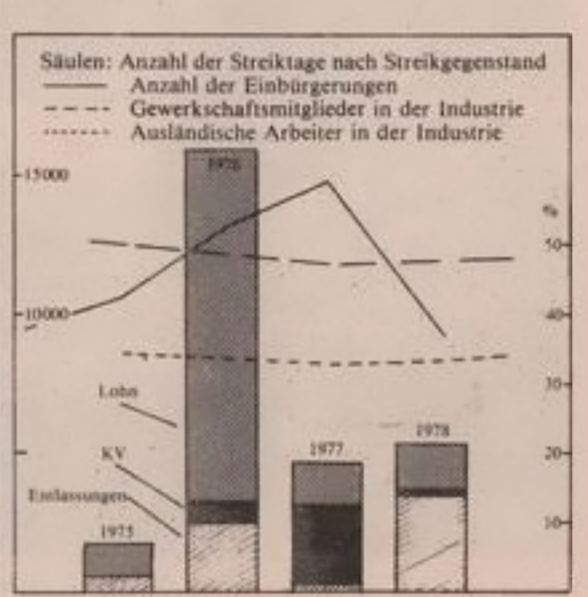
z.ans.Rom **Entgegen dem geltenden Recht, das den italienischen Polizisten gewerkschaftliche Organisierung verbietet, und trotz Drohungen der Regierung hat kürzlich in Rom der Gründungskongreß der Polizeigewerkschaft stattgefunden.** Auf den gewerkschaftlichen 1.Mai-Kundgebungen sprachen ihre Vertreter. Gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen entwickelte sich Anfang der 70er Jahre unter den Polizisten eine starke Bewegung für Entmilitarisierung, Koalitionsrecht und tariflich geregelte Arbeitsbedingungen. Der die Gründung vorbereitende „Generalrat“ wurde von den Gewerkschaftsbünden unterstützt. Die Gewerkschaft ist zunächst als autonome gegründet, im Statut wird aber an dem Anschluß an die Gewerkschaftsbünde als Ziel festgehalten.

z.ans.Rom. **Der italienische Minister für den öffentlichen Dienst hat angekündigt, daß das Tarifangebot von Anfang April – 45000 Lire (97 DM) monatlich – noch einmal um einige tausend Lire gekürzt werden müsse.** Da von den zwölf Tarifverträgen im öffentlichen Dienst – fast alle seit über einem Jahr ausgelaufen – erst einer erneuert worden ist, konnte die Regierung damals die Gewerkschaften bei den Verhandlungen für die Lokalverwaltungen unter Druck setzen: Sie rückten von ihrer Forderung nach 85000 Lire ab und stimmten den 45000 Lire als Verhandlungsergebnis zu. Die Regierung hat dies bisher noch nicht unterschrieben, mit der obigen Erklärung gilt es als abgesetzt. Für sofortigen Tarifabschluß blockierte am 8. Mai das Hilfspersonal des römischen Krankenhauses San Giovanni mit Betten und Matratzen für eine Stunde die Straße.

z.anb.Wien. **Obwohl der Tarifabschluß für die 40000 österreichischen Chemiearbeiter seit 1.5. in Kraft ist, mag ihn die Gewerkschaftsführung offiziell nicht bekanntgeben.** 550 S auf den Ist-Lohn machen rund 40 DM netto, im Endresultat bleibt der Nettolohn um 3% hinter der Teuerung zurück. Die Anhebung der Schichtzulage um 7,1% belegt ebenso wie die *Beibehaltung* der Niedriglohngruppe 4a, daß die Gewerkschaftsforderung (KVZ 19/80) ungeeignet war, den Kapitalisten Paroli zu bieten. Mehr noch, der Semperit-Konzern wiederholte seinen Vorjahrsversuch, den Tarif überhaupt nicht anzuerkennen, gab dann aber auf, weil ihm ohnehin eine offene Rechnung seitens der 7000 Arbeiter ins Haus steht, nachdem er im Vorjahr den Tarifabschluß gegen die Erpressung von 4 Freischichten und Verschiebung der Prämienzahlung (¾ Monatslohn) anerkannt hatte.

z.bag.Aarhus. **Rund 20000 Kopenhagener Arbeiter und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrierten am 8.5., 14.00 Uhr zum Regierungsgebäude, wo Ministerpräsident Anker Jörgensen im Parlament eine Mehrheit für das neue Lohnraubprogramm des Finanzkapitals zu finden versuchte.** Die Werft- und Motorenfabrik des großen Konzerns B&W lag still, die Arbeit in den meisten graphischen Betrieben, vor allem in den Zeitungshäusern, war stark eingeschränkt, mehrere hundert Kindergärten waren geschlossen. Das neue Krisenprogramm wird wahrscheinlich mit knapper Mehrheit verabschiedet werden. Nach mehreren Revisionen sieht es jetzt im Kern eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20,25 auf 22% und eine drastische Einschränkung der Sozialausgaben vor. Die dänische Arbeiterbewegung wird auf dieses Programm mit einer beharrlichen Fortsetzung des Lohnkampfes reagieren; letzte Woche streikten die Krankenpfleger für 16% mehr.

z.anb. **Über 22000 Arbeiter und Angestellte haben in den Städten Basel, Zürich, Bern, Genf, Lausanne an gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai teilgenommen.** Im Zentrum stand vor allem die Forderung nach ersatzloser Streichung des „Saisonnierstatuts“ (siehe KVZ 19/80). Was seit letztem Jahr immer deutlicher in Erscheinung getreten ist, das Erstarken der gewerkschaftlichen Organisierung in der Schweiz, hat sich an diesem 1. Mai in der wachsenden Einheit von schweizerischen und ausländischen Arbeitern ausgedrückt. Letztere, ein Drittel der insgesamt 683000 Industriearbeiter, stehen in vorderster Front zahlreicher betrieblicher Kämpfe, deren Inhalt die Anerkennung von Tarif- und Vertretungsrechten der Gewerkschaft im Betrieb ist. Damit verbunden ist ein deutliches Ansteigen des gewerkschaftlichen Organisationsgrads in den Klein- und Mittelbetrieben. Daß es gerade die von der Finanzbourgeoisie als industrielle Reservearmee zwecks Druck auf den Arbeitsmarkt entrechteten „Aufenthalter“, „Grenzgänger“ und „Saisonniers“ sind, die im Kampf um politische und Arbeiterrechte immer bewußter von den schweizerischen Arbeitern unterstützt werden, belegt die Statistik der Streikbewegung nach Streikgegenstand. Nach Lohnstreiks in der Metallindustrie 1976 verlagert sich der Schwerpunkt 1977 auf Streiks gegen die Aushöhlung von Tarifrechten auf Betriebsebene, mit der die Kapitalisten ihre Ausgangslage für die sich ankündigende Krise verbessern wollen. Teil dieses Angriffsplans ist die verschärfte Unterdrückung der ausländischen Arbeiter, wie an der 1978 schroff abfallenden Zahl von Einbürgerungen abzulesen ist.



Noch reicht es nicht zum Sieg – Französische Studentenbewegung gegen Knebelung der Ausländer

z.pel.Paris. „Nein zu den Ausweisungen – ja zu den Einschreibungen! Rücknahme der rassistischen Dekrete! Französische und ausländische Studenten – Solidarität!" Die engen Straßen im Pariser Quartier Latin hallten wider von den Parolen der etwa 1000–1500 Demonstranten. Die von den Revisionisten geführte Studentengewerkschaft UNEF und verschiedene Studentenorganisationen der Dritten Welt hatten am vergangenen Mittwoch zu Demonstrationen in mehreren großen Städten aufgerufen. Am gleichen Tag demonstrierten auf Aufruf von Streikkomitees 1100 in Lyon. In Grenoble, wo die seit Anfang April streikenden Studenten mehrfach von der Bereitschaftspolizei überfallen worden waren, wurden Barrikaden errichtet, der Streik erfaßte dort die gesamte Universität. In Rennes, Angers, Lyon, Nizza stand die Mehrheit der Studenten ebenfalls im Streik. Der Aufruf der Nationalen Koordination zum Streik an *allen* Universitäten wurde jedoch nicht befolgt.

„Die französischen Universitäten sind nicht das Depot der Dritten Welt. Die meisten der ausländischen Studenten kommen nach Frankreich, um Studien zu machen, die weder für sie noch für ihr Land von Interesse sind." Mit dieser Erklärung, der sich bald in Angers die ersten Ausweisungsverfügungen anschlossen, hatte die Universitätsministerin Saunier-Seite im Januar den Startschuß zu einer Kampagne gegeben, deren erstes Ergebnis die Reduzierung der ausländischen Studenten von 105000 (13% aller Eingeschriebenen) auf 80000 sein sollte. Die Ziele: Sicherung *wirksamer* Kaderausbildung zur imperialistischen Beherrschung v.a. Afrikas, Schwächung des politischen Zusammenschlusses mit den Völkern der Dritten Welt, Vorbereitung schärferer Auslese und Unterdrückung auch gegen die französischen Studenten. Die Mittel: Anwendung zweier Dekrete, die Voreinschreibung mit obligatorischer Französischprüfung im Heimatland, Nachweis „ausreichender Geldmittel", Einschreibung bzw. Ablehnung sowie willkürliche Verteilung auf die Universitätsorte durch eine zentrale Regierungskommission vorsehen. (s. KVZ 3, 5, 15/80)

Der Gegenschlag der Studentenbewegung überraschte die Bourgeoisie. Zeitweise standen 15 Universitäten im Streik. Viele Ausweisungen konnten verhindert werden. Die Spaltung über die Frage, ob völlige Rücknahme der Dekrete erkämpft werden kann, verhindert bis jetzt eine geschlossene nationale Streikfront. Die Regierung reagiert mit Drohung auf Semesteraberkennung und *einzelnen* Zugeständnissen. Die Spaltungsabsicht ist offensichtlich. Starke Teilnahme an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen und Beteiligung am nationalen Protestmarsch der ausländischen und französischen Arbeiter am 10. Mai gegen die Verschärfung der Ausländergesetze dokumentieren den Willen großer Teile der Studenten nach Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung.

vds-Demonstration – Kundgebung und Festival 7./8.6. in Mainz

z.wig. Der vds-Vorstand hat jetzt einen Aufruf für die von der vds-Mitgliederversammlung beschlossene Kundgebung und das Studentenfestival herausgegeben. Auf der vds-Mitgliederversammlung waren zahlreiche Vertretungsorgane für eine Demonstration für die Erhöhung des BAFöGs auf 750 DM / 1520 DM zum 1. Oktober 1980 und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft eingetreten. Obwohl Reformisten und Revisionisten Beschlußfassung über einen solchen ersten Schritt zur Durchsetzung dieser Forderungen gegen die Regierung verhindern konnten, hält das Aktionsprogramm immerhin fest, daß die Großkundgebung „schwerpunktmäßig die Kritik und die Forderungen der Studenten zur Bildungspolitik der Bundes- und Landesregierungen unterstreichen soll". Das Aktionsprogramm ließ also die Entscheidung über den Charakter der beschlossenen Aktionen noch offen. JUSOS und MSB-Vertreter im Vorstand haben seit der Mitgliederversammlung zielstrebig daraufhin gearbeitet, der Großkundgebung und dem Festival jede Zielrichtung gegen die Hochschulpolitik der Regierung zu nehmen. Als ersten Schritt dazu beschlossen sie, die Aktionen nicht wie auf der vds-Mitgliederversammlung besprochen, in Bonn, dem Sitz der Bundesregierung, sondern in Mainz zu veranstalten. Jetzt haben sie mit dem Aufruf den nächsten Schritt in diese Richtung getan. Der Aufruf enthält von den dringendsten, auch von der vds-Mitgliederversammlung beschlossenen Forderungen nur die nach der
vds-Mitgliederversammlung beschlossenen Forderungen nur die nach der
gesetzlichen Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg und Bayern. Forderungen zur Erhöhung des BAFöG und zu den Studien-und Prüfungsbedingungen enthält der Aufruf nicht. Stattdessen legt er den Schwerpunkt auf die Bundeskanzler-Kandidatur von Franz Josef Strauß, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, welche Forderungen die vds an die bei den Bundestagswahlen kandidierenden Parteien stellt und welche Politik sie von der zukünftigen Bundesregierung verlangt. Außerdem sind im Aufruf die Friedens- und Entspannungslosungen der Revisionisten enthalten, die mit der Beschreibung des Vorherrschaftsstrebens der US-Supermacht die sozialimperialistische Supermacht aus der Schußlinie heraushalten wollen.

So wie Reformisten und Revisionisten im vds-Vorstand zielstrebig daran gearbeitet haben, den Charakter der beschlossenen Aktionen zu ihren Gunsten zu entscheiden, so ist die Studentenbewegung seit der Mitgliederversammlung dafür eingetreten, die Großkundgebung und das Studentenfestival als einen Schritt zur Durchsetzung der Forderungen nach Erhöhung des BAFöG auf 750 DM / 1520 DM und Anbindung an den Durchschnittslohn sowie die Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft per Gesetz gegen die Regierung zu nutzen, für die bereits eine ziemlich breite Einheit unter den Studenten besteht. Fachschaften, Asten und Fachtagungen der vds haben Beschlüsse gefaßt, diese Forderungen zum Schwerpunkt der Großkundgebung und des Festivals zu machen und vor der Kundgebung für diese Forderungen eine Demonstration durchzuführen. Auch wenn die Reformisten und Revisionisten im vds-Vorstand mit der Festlegung des Kundgebungsortes Mainz Punkte für eine Entscheidung zu ihren Gunsten gemacht haben, mußten sie die geforderte Demonstration jetzt doch beschließen, was der Studentenbewegung bessere Ausgangsbedingungen schafft, die Aktionen zu einem nützlichen Schritt im Kampf gegen die Hochschulpolitik der Regierung zu nutzen, der dann erreicht wäre, wenn die Forderungen der Studentenbewegung die Demonstration und Kundgebung bestimmen.

Auch das Festival am zweiten Tag der Aktionen in Mainz wollen die Fachschaften und Fachtagungen für die Vereinheitlichung des Kampfes gegen die Hochschulpolitik der Bundes- und Landesregierungen nutzen, insbesondere für den Kampf gegen die wachsenden Studien- und Prüfungsbelastungen. Die Fachtagung Medizin z.B. hat beschlossen, eine Podiumsdiskussion zum Kampf gegen die neue Approbationsordnung durchzuführen und hat zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
und hat zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
Vertreter der ÖTV eingeladen. Ähnliche Beschlüsse hat die Fachtagung Sport gefaßt, die bis zum Studentenfestival die Unterschriftensammlung gegen die Eingangstests abschließen will und in Mainz die Erfahrungen zusammenfassen und weitere Kampfschritte beschließen will. Der Projektbereich Lehrer der vds wird eine Veranstaltung zur Lehrerausbildung mit Vertretern der GEW durchführen, und Studentenvertretungen haben den vds-Vorstand aufgefordert, in Mainz eine Veranstaltung zur Unterstützung der Heidelberger Studenten gegen die Germanistenprozesse vorzubereiten.

Einige Vollversammlungen und Vertretungsorgane haben in der letzten Woche nach Bekanntwerden des Aufrufs des vds-Vorstands Forderungen gegen die wachsende Kriegsgefahr, für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, gegen die Zwangsmaßnahmen der USA gegen den Iran, für demokratischen Friedensvertrag und Austritt der BRD aus der NATO sowie Abzug aller fremden Truppen verabschiedet und beschlossen, sie auf der Demonstration und Kundgebung mitzutragen.

Die Ausgangsbedingungen für eine Entscheidung zugunsten der Studentenbewegung sind also nicht schlecht. Sicherlich wird die Bundesregierung mit einer Demonstration und Kundgebung nicht gezwungen werden können, die BAFöG-Zahlungen im Oktober 1980 auf 750 DM / 1520 DM zu erhöhen und die Verfaßte Studentenschaft per Gesetz zu garantieren. Ohne bundesweiten Streik werden diese Forderungen nicht durchzusetzen sein. Solche Kampfmaßnahmen sind auf der letzten vds-Mitgliederversammlung nicht beschlossen worden und werden vor der nächsten Mitgliederversammlung nicht stattfinden können, weil sie ohne einheitlichen Beschluß der vds nicht organisiert werden können. Ob die nächste Vollversammlung der vds einen solchen Beschluß faßt oder ob die Reformisten und Revisionisten sich weiterhin mit ihrem Kurs durchsetzen
weiterhin mit ihrem Kurs durchsetzen
können, wird zu einem nicht unbedeutenden Teil auch von dem Verlauf der Demonstration und Kundgebung in Mainz abhängen. Gelingt es der Studentenbewegung dort nicht, die bereits erzielte Einheit gegenüber der Regierung mit der Demonstration und Kundgebung zum Ausdruck zu bringen, bestimmen die wichtigsten Forderungen die Aktionen nicht, dann verschlechtern sich die Bedingungen, die Regierung zu zwingen, das BAFöG zu erhöhen und die verfaßte Studentenschaft gesetzlich anzuerkennen.



Medizinstudenten auf der 1. Maidemonstration in Frankfurt fordern Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr

Pfingstlager der DGB-Jugend

Über Pfingsten vom 24. bis 26. Mai findet in Hamburg im Stadtpark das diesjährige Pfingstjugendtreffen der DGB-Jugend für den Landesbezirk Nordmark, Hannover und Westberlin statt.

In den 20er Jahren hatte es zu Pfingsten immer große Jugendlager der Gewerkschaften gegeben, damit die Arbeiterjugend aus der Stadt an die frische Luft kam und es wurde das Kulturgut aus den Kämpfen der Arbeiterklasse gepflegt. In den 50er Jahren waren die gewerkschaftlichen Pfingstjugendlager gegen die Atomrüstung und gegen die Wiederbewaffnung ausgerichtet. Im letzten Jahr wurde diese gewerkschaftliche Tradition wieder aufgenommen mit einem Lager in Hannover, das wesentlich zu einem Pop-Festival wurde. Dieses Jahr in Hamburg soll es stattfinden unter dem Motto: „Jugend für ihre Zukunft". Der DGB ruft auf zum "Stadtparkzauber". Der "Bär" soll losgemacht werden, der auch das Symbol abgibt – an einem Fallschirm hängend.

An die Stelle der sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterjugend, die auf den Mai-Demonstrationen oder auch zu dem IG-Metall Bundesjugendkongreß (Siehe KVZ 18 und 19/80) aufgestellt wurden, an die Stelle des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, an welchem sich die Gewerkschaftsjugend in ihrer Geschichte immer beteiligt hat, wird kaltblütig ein *Festival* plaziert. Mit gleicher Handschrift wurde von SPD- und DKP-Studentenführern ein vds-Aufruf zum Studentenfestival in Mainz geschrieben. Im Jahr der Bundestagswahlen Brot und Spiele?

Verschiedene gewerkschaftliche Jugendgruppen bereiten das Pfingstlager anders vor. Sie haben das Interesse, auf dem Gebiet der Politik, der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Kultur was zu lernen, was ihnen nützt für den Klassenkampf. So wird die Verwaltungsstelle Berlin eine Ausstellung "Jugend in antifaschistischer Tradition" aufbauen. Gegen das neue niedersächsische Schulgesetz wird die DGB-Jugend Niedersachsen antreten. Die IG Metall-Jugend Hamburg hat vor, eine Ausstellung über den Kampf gegen das BGJ zu machen. Der Arbeitskreis junger Wehrpflichtiger im DGB Hamburg wird die Auseinandersetzung um die Forderungen der Soldaten, u.a. die Forderung nach 40-Stundenwoche und Dienstausgleich für Zusatzdienste, an einem Informationsstand organisieren.

Die Jugend der IG Druck trifft sich zu dem Bundespfingstlager in Gorleben. Neben Erholung bei Sport und an der frischen Luft ist Besichtigung des Bauplatzes für die Wiederaufbereitungsanlage und die Atommülldeponie, Treffen mit der örtlichen Bürgerinitiative, Kulturabend und Arbeitsgruppen zu Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit vor allem zum BGJ geplant.





1. Mai 1980: Hamburg, DGB-Demonstration.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Frankfurt, Mainzer Landstr. 147, Telefon 0611/730241
Zelle Druck Ffm.-Mitte
Frankfurt
28. April 1980
18g3d0500n

Allen Schulen ein warmes Mittagessen! Einrichtung von Schulkantinen!

Schon lange steht die Forderung der Berufsschüler nach einem kostenlosen warmen Mittagessen an allen Berufsschulen. Die Gründe, den Kampf darum jetzt zu verstärken, haben sich vermehrt. Warum?

11918 Schüler besuchten 1973/74 in Kassel die Berufsschule, im Schuljahr 1979/80 waren es bereits 12149 Schüler. Außerdem kommen immer mehr Schüler von außerhalb an die Kasseler Berufsschulen, so daß sich der Einzugsbereich der Berufsschulen ausdehnt. An der Max-Eyth-Schule sind von den insgesamt 1360 Schüler 915 nicht aus Kassel. Von diesen kommen 567 aus dem Landkreis Kassel, 63 aus dem Kreis Fulda, 41 aus dem Werra-Meißner-Kreis, 56 aus Waldeck-Frankenberg, 49 aus Hersfeld, 61 aus Marburg, 25 aus anderen Bundesländern usw. Die Fahrzeiten mit der Bundesbahn betragen zum Teil über eine Stunde. Kommt ein Schüler z.B. aus Sachsenhausen bei Korbach und hat beispielsweise um 14.00 Uhr Schulschluß, so fährt der nächste Bus erst um 16.55 Uhr. Will er morgens um 8.00 Uhr zur Schule sein, muß er einen Umweg machen und über Wabern fahren.

Welche Verpflegungsmöglichkeiten gibt es für Berufsschüler und andere Schüler an Kasseler Schulen?

An der Hegelsbergschule gibt es ein Essen für DM 1,60. Auszubildende an der Gesamthochschule können für DM 1,80 ein Mittagessen bekommen. Will ein Schüler z.B. an der Martin-Luther-King- oder Hecker-Schule sich während der Schulzeit selbst verpflegen, so stehen ihm folgende Möglichkeiten offen: Kauf von Getränken und Süßigkeiten beim Hausmeister oder aus aufgestellten Automaten. In der M.-L.-Schule kostet ein Automatengesöff aus warmem Wasser wahlweise mit Kakao- oder Vanillegeschmack DM 0,40. An beiden Schulen fahren regelmäßig in der großen Pausen Fahrzeuge von Bäckereien vor, die Gebäckstückchen anbieten. Letztes Jahr forderte die SV der Heckerschule über die Schulleitung den Bäcker auf, eine Preistafel für seine Waren am Fahrzeug aufzustellen. Den Schülern waren häufige Preisschwankungen aufgefallen, passiert ist aber bis heute noch nichts.

Die durchschnittlichen Kosten, die pro Berufsschultag anfallen, wenn der Schüler sich selbst verpflegt und die Möglichkeit der Verpflegung an den Berufsschulen nutzt, betragen: 1. Pause: 2 Frikadellen mit Brötchen und 1 Dose Cola vom Imbißwagen vor der Heckerschule zusammen 3,90 DM; 2. Pause: 1 Gebäckstückchen vom Bäckerwagen 0,60 DM und 1 Becher Kakao aus dem Automaten für 0,40 DM. Macht einen Tagessatz von 4,90 DM. Dafür hat der Schüler aber ab Mittag nichts mehr gegessen und fährt mit leerem Magen nach Hause.

Was sich die Arbeiter in den meisten großen Betrieben erkämpft haben und was schon fast als Selbstverständlichkeit anzusehen ist, nämlich ein warmes Mittagessen, von dem der Kapitalist den größeren Teil bezahlt, wird von den Schulträgern als Absonderheit dargestellt. Die Max-Eyth-Schüler in Kassel z.B. fordern schon seit mehreren Jahren ein warmes Mittagessen. Bisher sind sie immer wieder vertröstet worden. Für 3,60 DM haben sie jetzt für einige Wochen Essen angeboten bekommen, was aber keiner bezahlen kann. Wenn die Schüler den ganzen Tag in der Schule gehalten werden, wenn sie lange Fahrtwege haben und wenn zu Hause keine Mutter mit dem Essen wartet, weil sie selber arbeiten gehen muß, ist es eine selbstverständliche Sache, daß der Staat allen Schülern ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung stellt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften müßte das auch durchzusetzen sein.

Bundeswehr fest in NATO integriert – US-Imperialisten haben den Oberbefehl

z.gkr. Als sich an die jüngst vergangene Kommandeurstagung der Bundeswehr wilde Spekulationen angeschlossen hatten über das, was Schmidt nach Hinauswurf der Journalistenmeute gesagt haben soll, ließ das Kanzleramt gleich dementieren, er habe sich für eine vorsichtige Trennung von der NATO ausgesprochen. Ganz abgesehen davon, daß die BRD-Imperialisten ihre aggressiven Pläne nicht ohne ein Militärbündnis verfolgen könnten, sichern die Pariser Verträge, deren 25jähriger Jahrestag am 5.5. feierlich begangen werden sollte, die feste Einbindung der BRD-Imperialisten in die NATO und die Oberhoheit der US-Supermacht darin.

Die Truppen der Bundeswehr sind fast ausschließlich „assignierte" (bereitgehaltene) Kräfte der NATO, die im Falle eines Krieges der NATO sofort vollständig unterstehen, die Einheiten der Luftwaffe sind ihr schon heute vollständig unterstellt. Grundlage hierfür ist die Resolution des Nordatlantikrates, verabschiedet auf der Pariser Konferenz am 23.10.1954: „(4) Alle Streitkräfte der Mitgliedsstaaten, die in der Zone des Alliierten Kommandos in Europa stationiert sind, werden der Autorität von SACEUR (Alliierter Oberbefehlshaber Europa) oder einem anderen angemessenen Kommando der NATO unterstellt, mit Ausnahme der Streitkräfte, die für die Verteidigung der Überseegebiete bestimmt sind, und jener Streitkräfte, bezüglich welcher die NATO anerkannt hat oder anerkennen wird, daß sie unter nationalem Kommando bleiben."

SACEUR untersteht das europäische Festland, nicht aber Großbritannien. Aus dem Protokoll ergibt sich daher, daß die Truppen der US-Imperialisten der NATO nur unterstehen, soweit sie in Europa stationiert sind, die Truppen Großbritanniens unterstehen zu 70% der NATO („assignierte" Streitkräfte), Frankreich hat sich aus der militärischen Integration ganz zurückgezogen. Ist erst vom Militärausschuß der NATO, der einstimmig Beschluß fassen muß, der Kriegsfall festgestellt, übernehmen SACEUR, SACLANT (Alliierter Oberbefehlshaber Atlantik, wie SACEUR von den US-Imperialisten gestellt) und CINCHAN (Befehlshaber Ärmelkanal, von Großbritannien gestellt) das Kommando. Die 2. und 4. taktische Luftflotte (2. und 4. ATAF), in der BRD stationiert, unterstehen ebenfalls direkt den US-Imperialisten über den Befehlshaber der Alliierten Luftstreitkräfte (Ramstein).

Sind die Streitkräfte der BRD-Imperialisten einerseits fest in die NATO unter dem Oberbefehl der US-Imperialisten eingegliedert, so haben sich die übrigen westeuropäischen Imperialisten mit der WEU zusätzlich ein Instrument zur Einschränkung und Kontrolle der Rüstungsproduktion der BRD geschaffen. Die entscheidenden Passagen sind in Zusatzprotokollen zu den Pariser Verträgen festgehalten. Die BRD darf keine Atomwaffen, keine chemischen und biologischen Waffen und ebenfalls keine Flugkörper großer Reichweite, Kriegsschiffe über 6000 t Wasserverdrängung oder Bombenflugzeuge für strategische Waffen produzieren. Der Bau der Zerstörer war z.B. erst nach Abänderung der entsprechenden Protokolle (mit ⅔-Mehrheit im WEU-Rat möglich) durchführbar. Die Gültigkeit des Vertrags ist ebenfalls auf das Festland beschränkt, im wesentlichen also gegen die BRD gerichtet. Tatsächlich sind die BRD-Imperialisten inzwischen bei den meisten Waffen, die nicht von einem derartigen Verbot betroffen sind, in der Lage, diese selbst zu bauen. Bei dem Bau von Panzern sind sie, neben den US-Imperialisten, mit dem Leopard und den Abwandlungen führend. Verstärkt versuchen sie auch, abgesichert über die Eurogroup innerhalb der NATO, sich am Bau von Flugzeugen (z.B. TKF 90) zu beteiligen, bis hin zur Einflußnahme auf Produktion und Stationierung von Atomwaffen. Die angehäuften Reserven allerdings sind gering, für einen Krieg reichen sie nicht. Die „Österreichische Militärzeitung" schreibt: „In der gegenwärtigen Ungleichheit mit dem Warschauer Pakt stimmte man im Mai 1978 überein, daß diese Pläne besser aufeinander abgestimmt werden müssen und daß die Verstärkung so früh als möglich und mit großer Geschwindigkeit einsetzen müßte." Dazu ist eine große Zahl von Flugzeugen, mindestens 900, und Schiffen notwendig, darüber verfügen in erster Linie die US-Imperialisten (770 Transportflugzeuge einsetzbar).

Ist so sichergestellt, daß die BRD-Imperialisten über Befehlsstruktur, Waffenproduktion und Nachschub fest eingebunden sind in die NATO, so verhindert die Stationierung der Besatzertruppen selbständige Operationen der BRD-Imperialisten wie damit die Interventionstruppen schon bereit stehen. An der Grenze zu den Staaten des Warschauer Paktes stehen BRD-Truppen zwischen den Besatzern. Hinter der Front haben sich die US-Besatzer z.B. in der Pfalz eine Nachschubbasis aufgebaut, von wo sie Kampftätigkeit wie Nachschub steuern können. Die BRD-Imperialisten ihrerseits stellen 50% der in Mitteleuropa (neben der BRD gehören hierzu Belgien, Niederlande, Luxemburg und Dänemark) stationierten Landstreitkräfte, 50% der bodengebundenen Luftstreitkräfte und 30% der Kampfflugzeuge.

Manöver von Besatzern und Bundeswehr – Einspruchsmöglichkeiten für Gemeinden und Kreise?

r.gka. Auf welcher rechtlichen Grundlage werden Übungen und Manöver durchgeführt und wie sieht die Möglichkeit der kommunalen oder Kreisebenen aus, diese zu verhindern oder wenigstens einzuschränken? Der niedersächsische Minister des Innern hat im Erlaß „Manöver und andere Übungen der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte..." vom 25.2.1980 erst kürzlich die Rechtslage wieder zusammengefaßt.

Zunächst soll die Anmeldung durch die übende Truppe bei der entsprechenden westdeutschen Behörde erfolgen. Zuständig sind bei Gruppen oder Einheiten bis Bataillonsstärke bzw. nicht mehr als 1000 Teilnehmern die Landkreise und kreisfreien Städte, deren Gebiet durch die Übung berührt wird, bei Einheiten bis zu Brigadestärke bzw. 7500 Teilnehmern als auch bei Einheiten in Divisionsstärke oder bis 15000 Teilnehmern, soweit die Übung lediglich einen Regierungsbezirk berührt, die Bezirksregierung, ansonsten der Minister des Innern. Dieser Vorgang soll „rechtzeitig" erfolgen und das Manöver mindestens zwei Wochen vor Beginn durch die zuständige Landesbehörde bekanntgemacht werden. Ausnahme bilden Alarmübungen, die seitens der Bundeswehr 24 Stunden *nach* Auslösung der Behörde bekanntgegeben werden soll während seitens der Besatzertruppen keine verbindliche Regelung existiert. Die Behörden haben sodann für eventuelle Straßensperrungen u.ä. zu sorgen.

Welche Einspruchsmöglichkeiten gibt es?

Bezüglich der Besatzertruppen gilt Artikel 45 des „Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen" vom 3.8.59. Die westdeutschen Behörden können Einspruch gegen die Benutzung eines bestimmten Geländes erheben, wenn dieses bereits durch ein Manöver oder eine andere Übung erheblich beschädigt worden ist und binnen dreier Monate erneut dafür bereitgestellt werden soll oder wenn die wirtschaftliche Nutzung eines Grundstückes durch ein Manöver bereits wesentlich beeinträchtigt ist, und es zu weiterer oder erneuter Beeinträchtigung kommen könnte. Die westdeutschen und die Behörden der Besatzertruppe verhandeln dann über die Nutzung eines anderen Geländes. Kommt es örtlich oder regional zu keiner Einigung, wird zwischen Bundesregierung und Regierung der Besatzermacht verhandelt. Nächste Stufe ist die Anrufung des NATO-Generalsekretärs, der ein Gutachten erstellt, welches „in den weiteren Verhandlungen der Regierungen gebührend berücksichtigt" wird.

Bei Übungen der Bundeswehr können die betreffenden Behörden gemäß §66 Bundesleistungsgesetz einschränkende Bedingungen festlegen. So dürfen Manöver oder andere Übungen „in der Regel" nicht länger als 30 Tage dauern, die Truppen haben Schäden „so weit wie möglich zu vermeiden" und sollen die wirtschaftliche Nutzung von Grundstücken „nicht wesentlich" beeinträchtigen. Ebenfalls gelten die beiden oben angegebenen Punkte über die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Nutzung eines Grundstückes. Ohne Genehmigung dürfen Truppen z.B. auch keine bebauten Grundstücke oder solche, die wegen land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung als besonders schutzbedürftig erklärt wurden überqueren, vorübergehend besetzen oder zeitweilig sperren. Stellt die Bundesregierung fest, daß die Einsatzfähigkeit oder die Sicherung der Operationsfreiheit der Truppe notwendig ist, werden diese Einschränkungen aufgehoben.

Der Zusammenschluß der Volksmassen für Abzug der Besatzungstruppen, demokratischer Friedensvertrag und Volksbewaffnung ist das entscheidende, auch um die Widersprüche im Staatsapparat schüren zu können.

Britische Stützpunkte auf Zypern Noch gesichert per „Teile und Herrsche"

z.gek. Sir Gilmoure, der stellvertretende britische Außenminister, begab sich am 20. April nach Zypern, nachdem die zypriotische Regierung in immer dringlicherer Form 250 Mio. Pfd. Sterling ausstehender Gebühren für die beiden britischen Militärstützpunkte auf der Insel angemahnt hatte, die von Großbritannien seit 1965 nicht mehr bezahlt worden sind, weil nicht gesichert sei, daß das Geld „beiden Volksgruppen zugute kommt". Sir Gilmoure hat sich die Forderungen angehört – und rundheraus abgelehnt. Großbritannien könne schließlich der UNO nicht vorgreifen.

Zuvor, am 2. April, waren die Gespräche zwischen der griechisch- und türkisch-zypriotischen Volksgruppe erneut gescheitert. Die Vertreter der türkischen Volksgruppe (ca. 20% der Bevölkerung) wollen eine Bundesregierung Zyperns nur mit eingeschränkten Kompetenzen und stets an die Zustimmung der Vertretungsorgane beider Volksgruppen gebunden, sowie die Aufrechterhaltung der de-facto-Teilung der Insel. Die griechisch-zypriotische Regierung, die 80% der Bevölkerung vertritt, will der türkischen Volksgruppe ein geschlossenes Territorium von 20% der Insel zugestehen, fordert jedoch die Errichtung eines einheitlichen Bundesstaates mit wirksamen Kompetenzen. Die zentrale Frage ist der Abzug der türkischen Expeditionstruppe von 20000 Mann. Solange diese Frage nicht geklärt ist, kann und wird die grieschisch-zypriotische Regierung (die von der UNO nach wie vor als die legitime Regierung anerkannt wird) nicht den Abzug der Militärbasen verlangen, den sie an und für sich wünscht. Deshalb die seelenruhige Obstruktion der Briten.

Die große Mehrzahl der Länder der dritten Welt unter Führung Jugoslawiens hat in der UNO-Generalversammlung Ende letzten Jahres noch einmal deutlich den Abzug aller fremden Truppen von Zypern gefordert und den Generalsekretär beauftragt, falls die Einigungsgespräche bis Ende März nicht erfolgreich sind, eine ständige „UNO-Kommission über Zypern" einzurichten, um dies Ziel zu erreichen. Das wird jetzt auch geschehen.

Die Dringlichkeit, die die Zypern-Frage jetzt erneut gewinnt, ergibt sich aus der Zuspitzung der Widersprüche im Nahen Osten. Die beiden britischen Stützpunkte Dhakelia (für die Flotte) und Akrotiri (für die Luftwaffe) bilden mit den Stützpunkten in Süditalien, auf Kreta sowie den neugesicherten US-Stützpunkten in der Türkei, vor allem Adana an der syrischen Grenze, eine strategische Kette. Dhakelia und Akrotiri sind dem Vertrag von 1959 zufolge, worin sich Zypern nach Jahren des bewaffneten Kampfes eine beschränkte Unabhängigkeit sicherte, „souveräne Basen", 260 km² groß, was es den Briten erlaubt, sie auch den US-Imperialisten zu überlassen. Mit dieser strategischen Kette sichert sich die NATO die Seeherrschaft im Mittelmeer, sowie die Beherrschung des Luftraums über weiten Gebieten des Nahen Ostens und Nordafrikas. Würde sie in Zypern unterbrochen, wäre das nicht mehr so sicher.



Makarios bei seiner Rückkehr nach Zypern im Jahr 1976

Keine öffentliche Rekrutenvereidigung! Schluß mit den Kriegsvorbereitungen!

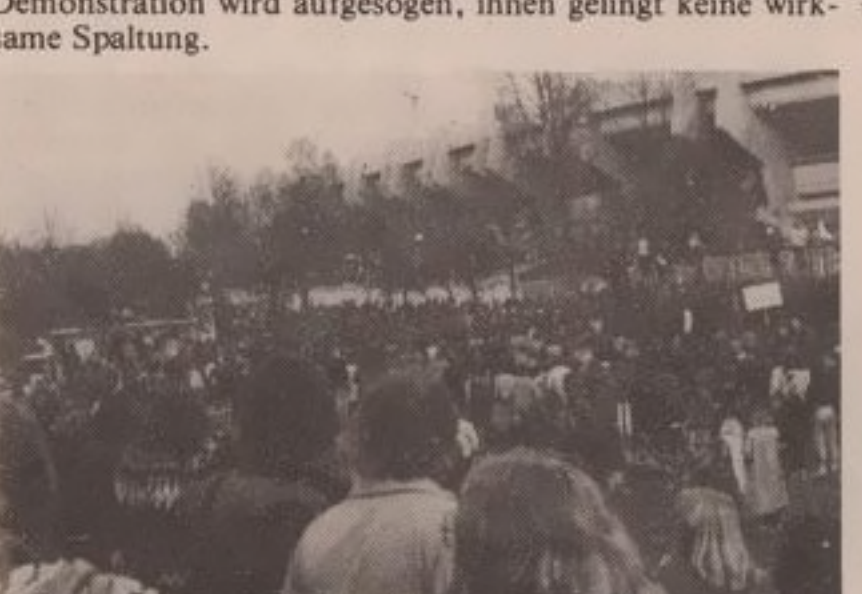
z.mab. Bis zu 15000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten demonstrierten am 6. Mai gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im Weser-Stadion. „Schwarzer Dienstag" in Bremen? Die bürgerlichen Politiker und ihre Presse sind erschüttert. Weniger über Steinwürfe und angesteckte Fahrzeuge, die im Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stehen, als über die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, diese breite Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. Billigung oder zumindest Duldung ihrer imperialistischen Abenteuer zu erreichen, wie der Nachrüstung, des Auslaufens der Kriegsschiffe in den Indischen Ozean, der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen, des Wirtschaftsboykotts gegen den Iran, war das inbegriffene Ziel dieser öffentlichen Vereidigung. Pazifismus und Hoffnung auf Entspannung war das Mindeste, was hätte dabei herauskommen sollen. Jusos und DKP waren bereit, diese Rolle zu übernehmen, nachdem unüberhörbar, ausgehend von der Beschlußfassung gewerkschaftlicher Vertrauenskörper der Industrie und des öffentlichen Dienstes, bis hinein in die Reihen der SPD der Widerstand gegen die Rekrutenvereidigung sich entwickelte. Jetzt klagen sie über mangelnde „Anziehungskraft" und fordern im Chor mit bürgerlichen Politikern und Presse das scharfe Durchgreifen von Innensenator und Polizei. Keine öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen, Schluß mit den Kriegsvorbereitungen, Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse, Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien, BRD raus aus der NATO, Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan, keine Zwangsmaßnahmen gegen den Iran, keine BRD-Zerstörer in den Indischen Ozean, Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen, Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen, Demokratischer Friedensvertrag mit den vier Siegermächten des II. Weltkrieges, unter diesen Forderungen hatte der KBW zur Kundgebung vor dem Weser-Stadion aufgerufen. Diese Forderungen unterstützten den Willen und die Beschlußfassung der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg. Bundesregierung und Senat konnten die Vereidigung durchführen lassen. Ein paar hundert Soldaten, abkommandiert, um die Zuschauerkulisse zu bilden, waren neben den „geladenen Gästen" das, was übrigblieb. Hinausgeprügelt wurden alle, die mit Parolen und Transparenten gegen die öffentliche Vereidigung demonstriert haben und die durch die 10000 vor dem Weser-Stadion wirksam unterstützt wurden. Der Schaden für die Bourgeoisie ist groß. Während sie mit Spaltungsmanövern operiert und mit Unterdrückungsmaßnahmen winkt, wie Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, was in der nächsten Woche im Bundestag verhandelt werden soll, werden in den Gewerkschaften, Betrieben, Schulen und Hochschulen die beschlossenen Forderungen bekräftigt und alle Strafverfolgungen und die Einschränkung des Demonstrationsrechts verurteilt.



6000 demonstrieren zum Weser-Stadion. Die DKP/JUSO Demonstration wird aufgesogen, ihnen gelingt keine wirksame Spaltung.



Bis auf 15000 Leute schwillt die Versammlung an und ist durch alle Polizeiangriffe nicht zu zerstreuen.



Belagerung des Stadions. Der LKW des KBW mit Kundgebungen und Kulturprogramm nutzt der Vereinheitlichung. Ununterbrochen werden Forderungen gerufen.



Organisierter Abzug in die Innenstadt, als alle Kräfte der Bewegung aus dem Stadion heraus sind und die Polizei beginnt, neue Kräfte in die Schlacht zu werfen.

Azania: Über 100000 Schüler und Studenten im Schulstreik

z.gab. Am 19.4. folgten mehr als 25000 schwarze und farbige Schüler und Studenten in der Kapprovinz und in Transvaal dem Aufruf zu einem einwöchigen Schulstreik und boykottierten Unterricht und Vorlesung aus Protest gegen das verhaßte rassistische Bildungssystem des Kolonialregimes. Gleiche Bildungsausgaben für weiße und schwarze Schüler und Studenten ist eine der Forderungen. Bislang zahlt die südafrikanische Regierung für die Ausbildung eines weißen Studenten 642 Dollar im Vergleich zu 277 Dollar für einen farbigen. Die Forderungen der Schüler: gleiche Bildungsausgaben, gleiche Bezahlung für die Lehrer der Farbigen, Recht auf Bildung von Schülerkomitees und Studentenvertretungen, niedrigere Schulgebühren und Abschaffung der Zwangsuniformen. Am 24.4. geben die südafrikanischen Schulbehörden bekannt: 60000 Schüler und Studenten sind an dem Boykott beteiligt, über 70 Schulen und Universitäten betroffen. Schon nach einer Woche ist der inzwischen landesweite Streik, der an Gymnasien und Universitäten begonnen hatte, auf die Grundschulen und Mittelschulen der Farbigen, die indischen Schulen und zum Teil auch auf die Universitäten der Weißen ausgeweitet. Er umfaßt jetzt über 100000 zumeist farbige Schüler und Studenten, wird von Lehrern, Elternvertretungen, und anderen Organisationen unterstützt. Die Drohung des Ministers für Mischlingsfragen, alle boykottierten Schulen zu schließen, falls der Streik nicht abgebrochen werde, bleibt ergebnislos, ebenso die massiven Polizeieinsätze in Johannisburg und Durban. Die Schulbehörden befürchten, ,,die gegenwärtigen Demonstrationen könnten ähnlich blutige Unruhen wie 1976 auslösen''. 1976 hatten Schülerstreiks in Soweto die über 18 Monate andauernden Kämpfe der azanischen Volksmassen gegen das Kolonialregime ausgelöst und innerhalb kurzer Zeit auf das ganze Land ausgeweitet.



Demonstration streikender Schüler in Kapstadt

Französisch-afrikanischer Gipfel: Afrika retten? Heuchelei, Einmischung und Erpressung

z.pel.Paris. Vertreter der Regierungen von 25 afrikanischen Staaten, davon 8 als Beobachter, sowie Frankreichs berieten am vergangenen Freitag/Samstag in Nizza über afrikanisch-französische Zusammenarbeit. Bei Abfassung dieses Artikels (Samstag 10 Uhr) lagen aufgrund andauernder Beratungen noch keine Informationen über etwaige Beschlüsse vor. Nichtsdestotrotz werden die Absichten, die die französischen Imperialisten auf dieser Konferenz verfolgen, in den Erklärungen ihres Staatspräsidenten Giscard und der Presseberichterstattung deutlich. ,,Afrika vor dem wirtschaftlichen Ruin retten'', so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen der Bourgeoissprachrohre, und Giscard bekennt in ,,aller Freimütigkeit: Nichteinmischung und Solidarität ist die Konzeption Frankreichs im Gegensatz zur von anderen Mächten praktizierten Einmischung und Nichtsolidarität.'' Und nach diesem Seitenhieb auf die imperialistischen Konkurrenten preist er erneut seinen ,,Trilog'', die europäisch-afrikanisch-arabische Zusammenarbeit, an.

Der Grundgedanke sei einfach: westliche Technologie im Austausch gegen afrikanische Rohstoffe, das ganze gefördert durch arabische Kredite. Galley, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hatte auf der Vorbereitungskonferenz die Absicht präzisiert, ,,die ungeheuren Vorkommen an pflanzlicher Materie (zu) nutzen, um Chemieprodukte wie Ethanol und Methanol zu produzieren, die als Treib- und Brennstoff dienen und die klassischen Ölprodukte bei der Produktion von Dünger und ähnlichem ersetzen können.'' Uran und andere Metalle nicht zu vergessen. Nicht nur, daß die französischen Imperialisten so billig ihre Rohstoff-, v.a. Energiebasis erweitern könnten, hinzu käme die Möglichkeit größerer Kapitalinvestitionen.

Denn da sehen sie trotz ihrer Stellung als größter Handelspartner Afrikas – 1978 Exporte für 44 Mrd. FF (BRD 35 Mrd. FF) – noch Schwächen. Ihre Hoffnung, dieses einträgliche Geschäft verwirklichen zu können, gründet sich auf die gerade in den westafrikanischen Staaten rasant wachsende Verschuldung und Armut (s. KVZ 19/80), die Abhängigkeit einer Reihe von Regierungen, deren Staatsapparat direkt von ihnen finanziert wird, und die wachsenden Hegemoniebestrebungen besonders der sozialimperialistischen Supermacht. Hinter dem Nichteinmischungsgeschwätz lugt die Erpressung hervor. Und die Militärstützpunkte bleiben auch bestehen.

Französisch-afrikanischer Gipfel: Afrika retten? Heuchelei, Einmischung und Erpressung

z.pel.Paris. Vertreter der Regierungen von 25 afrikanischen Staaten, davon 8 als Beobachter, sowie Frankreichs berieten am vergangenen Freitag/Samstag in Nizza über afrikanisch-französische Zusammenarbeit. Bei Abfassung dieses Artikels (Samstag 10 Uhr) lagen aufgrund andauernder Beratungen noch keine Informationen über etwaige Beschlüsse vor. Nichtsdestotrotz werden die Absichten, die die französischen Imperialisten auf dieser Konferenz verfolgen, in den Erklärungen ihres Staatspräsidenten Giscard und der Presseberichterstattung deutlich. ,,Afrika vor dem wirtschaftlichen Ruin retten'', so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen der Bourgeoissprachroh-

Zusammenarbeit, hatte auf der Vorbereitungskonferenz die Absicht präzisiert, ,,die ungeheuren Vorkommen an pflanzlicher Materie (zu) nutzen, um Chemieprodukte wie Ethanol und Methanol zu produzieren, die als Treib- und Brennstoff dienen und die klassischen Ölprodukte bei der Produktion von Dünger und ähnlichem ersetzen können.'' Uran und andere Metalle nicht zu vergessen. Nicht nur, daß die französischen Imperialisten so billig ihre Rohstoff-, v.a. Energiebasis erweitern könnten, hinzu käme die Möglichkeit größerer Kapitalinvestitionen.

Denn da sehen sie trotz ihrer Stellung als größter Handelspartner Afri-

Kirchliche Landräuber und Ausbeuter in Papua-Neuguinea werden unter Regreß genommen

z.sta.Sydney. Seit 1875 unterhielten die Londoner Missionsgesellschaft und die Methodisten Missionsstationen in Papua-Neuguinea. Die römisch-katholische Kirche folgte kurz darauf. 1905 wurde die erste Gesellschaft der Londoner Mission mit einem Gründungskapital von 24000 Pfund ins Leben gerufen. Neben den auf Landraub gegründeten Plantagen betrieb sie ihr Hauptgeschäft als Handelsgesellschaft. In den Missionsschulen wurden die jungen Papuaner zu Zimmerleuten und Schiffbauern ausgebildet, um als billige Arbeitskräfte an die Kolonialverwaltung vermittelt zu werden. Heute arbeiten 1300 Briten und Australier, 300 Deutsche und 500 US-Amerikaner als Missionspersonal in Papua-Neuguinea. Seit 1953 betreibt die lutherische Kirche eine Schiffahrtsgesellschaft, deren Flotte von einem auf sieben Motorschiffe vergrößert wurde. Daneben unterhält sie eine kleine Luftfahrtlinie, Werkstätten, Plantagen und eine Druck- und Verlagsgesellschaft.

Noch heute wird ein großer Teil des Gesundheits- und Erziehungswesens von den Missionen und Kirchen betrieben – die anglikanische und lutherische Kirche betreiben zusammen 220 Grundschulen – aber bei den laufenden Ausgaben sind die Posten ,,Erziehungswesen und Gesundheitsversorgung'' gegenüber den Ausgaben für ,,religiöse und andere Gemeinschaftszwecke'' sehr zurückgegangen. Bis 1970 übertrafen die Ausgaben für ersteres die für letztgenanntes um mehr als 10%. Jetzt ist es umgekehrt.

Seit Papua-Neuguinea unabhängig ist, fordern die Massen das von den Kolonialisten geraubte Land zurück. Die methodistische Kirche muß in ihrer eigenen Zeitung von der Rückgabe einer Plantage an die Volksmassen berichten. 5000 Dorfbewohner um Finschhafen forderten von der lutherischen Kirche Land zurück und Entschädigung für ,,77 Jahre unmenschlicher Behandlung und wirtschaftlicher Ausbeutung''. Die Kirchen müssen sich den Forderungen der Volksmassen nach Erhaltung ihrer nationalen Kultur beugen: Die Hälfte der Schüler in den kirchlichen Schulen werden in ihrer Muttersprache unterrichtet. Seit der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas werden sie außerdem vom Erziehungsministerium kontrolliert.



Ein Versammlungshaus, Zeugnis der hohen Entwicklung der nationalen Kultur

Wojtyla auf Mission in Afrika

Widerliches Gebräu von Anbiederung und dreister Einmischung

z.lup. Offiziell ist Wojtyla während seiner 12tägigen Reise, bei der er 6 afrikanische Staaten aufsucht, von diesen als Staatsoberhaupt des Vatikan eingeladen und empfangen worden. Er ist aber nicht nur das. Als Oberhaupt der katholischen Kirche repräsentiert er beträchtlichen ideologischen und auch direkt organisierten Einfluß in diesen Ländern. Von den 436 Millionen Einwohnern Afrikas sind ungefähr 12%, also 50 Millionen, durch die katholische Kirche organisiert. In Zaire sind es 30% bei einer Gesamtbevölkerung von 25,6 Mio., in Kenia 20% (von 13 Mio.), in der Volksrepublik Kongo 40% (von 1,39 Mio.), in Ghana 10% (von 10,3 Mio.), in Obervolta 5% (von 6,2 Mio.) und an der Elfenbeinküste 10% (von 6,7 Mio.).

Die katholische Kirche, wie die christlichen Kirchen überhaupt, waren ein wichtiges Instrument der imperialistischen Mächte Europas bei der kolonialen Unterwerfung Afrikas, und ihre Existenz in Afrika ist Ergebnis dieser Kolonisierung. In allen Ländern Afrikas südlich der Sahara haben die afrikanischen Bauernmassen die Erfahrung machen können, daß den christlichen Missionaren, die ihnen die Bibel gebracht haben, die Kolonialsöldner gefolgt sind, die ihnen ihr Land geraubt haben, und die Siedler, die sich auf diesem Land festgesetzt und die afrikanischen Bauern auf dem ihnen gestohlenen Land dann ausgebeutet haben. Allerdings war die katholische Kirche mit den Kolonialmächten nicht einfach identisch. Die von den Kolonialmächten errichteten kolonialen Staatsapparate waren ausschließlich auf die Unterdrückung und Auspressung der afrikanischen Völker ausgerichtet. Sofern es ein öffentliches Erziehungswesen gab, das auch Afrikanern zugänglich war, wurde es von den Kirchen in Form von Missionsschulen aufgebaut. Das gleiche galt auch für Hospitäler. Immer wieder haben die christlichen Kirchen versucht, auch die entstehende Gewerkschaftsbewegung der sich entwickelnden afrikanischen Arbeiterklasse unter ihre Kontrolle zu bekommen. Für die Imperialisten war all dies aus mehreren Gründen von Interesse: Es hat ihnen Kosten gespart, und es hat ihnen einen beträchtlichen ideologischen Einfluß auf die afrikanischen Massen ermöglicht. Immer wieder haben sie versucht, über Religion und Kirche Organisationen aufzubauen, mit deren Hilfe sie den nationalen Befreiungskampf der afrikanischen Völker zersetzen, lähmen und spalten können. Es war zum Beispiel ein in den USA ausgebildeter Bischof, mit dem die US-Imperialisten versucht hatten, durch die ,,innere Lösung'' den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu spalten, und gleichzeitig die britische Kolonialmacht zu beerben. Aufgegangen ist dieses Konzept freilich nicht. Viele der Führer der nationalen Befreiungskämpfe der afrikanischen Völker haben in ihrer Jugend Missionsschulen besucht, um dann die Bildungselemente, die sie sich dort verschafft haben, für den nationalen Befreiungskampf zu nutzen. Die Tatsache, daß einzelne Missionen vorübergehend mit nationalen Befreiungsbewegungen zusammengearbeitet haben, trägt ebenfalls zu dem Einfluß bei, den die katholische Kirche in Afrika hat. Und auch heute noch beherrscht die katholische Kirche in vielen Ländern über Missionsschulen wichtige Teile des Erziehungssystems, und über Organisationen wie Misereor beherrscht sie oft wichtige Teile der Lebensmittelversorgung der Massen.

Aufgetreten ist Wojtyla als Anwalt der Sache der Armen und als Anwalt der Sache der afrikanischen Nation. Bei einer Messe in Kisangani in Zaire, die er am 6. Mai abgehalten hat, hat er ausdrücklich die afrikanischen Bauern angesprochen und erklärt: Auch Jesus sei Bauer und Fischer gewesen. Insofern seien sie, ebenfalls Bauern, ganz besonders berufen, ihm zu folgen, denn sie seien das gleiche wie er. Der Ackerbau sei eine würdige Tätigkeit, und vor allem in Afrika sei er die Grundlage für alles andere, insbesondere für die Industrialisierung. Sofern es Ausbeutung gäbe, widerspräche das den Lehren des Evangeliums. Er vermied es freilich sorgfältig, die Frage zu streifen, wo solche Ausbeutung eigentlich herkäme.

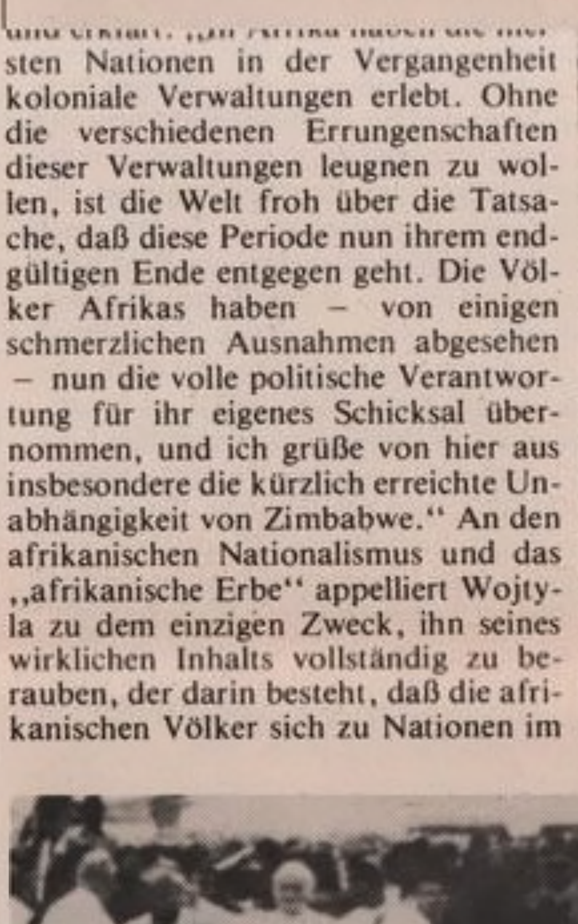
In Nairobi hat Wojtyla eine Rede vor dem Diplomatischen Corps gehalten. Dort hat er sich ausdrücklich auf Rassismus und Kolonialismus bezogen und erklärt: ,,In Afrika haben die meisten Nationen in der Vergangenheit koloniale Verwaltungen erlebt. Ohne die verschiedenen Errungenschaften dieser Verwaltungen leugnen zu wollen, ist die Welt froh über die Tatsache, daß diese Periode nun ihrem endgültigen Ende entgegen geht. Die Völker Afrikas haben – von einigen schmerzlichen Ausnahmen abgesehen – nun die volle politische Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übernommen, und ich grüße von hier aus insbesondere die kürzlich erreichte Unabhängigkeit von Zimbabwe.'' An den afrikanischen Nationalismus und das ,,afrikanische Erbe'' appelliert Wojtyla zu dem einzigen Zweck, ihn seines wirklichen Inhalts vollständig zu berauben, der darin besteht, daß die afrikanischen Völker sich zu Nationen im Kampf gegen ihre kolonialen Unterdrücker gebildet haben, und nach wie vor gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus kämpfen. ,,Afrika muß den tiefen Glauben an sich selbst nicht aus Opposition oder in antagonistischem Widerspruch zu anderen, sondern weil es an die Wahrheit in sich selber glaubt. Eben dieser Glaube an Afrika muß die ganze internationale Gemeinschaft erleuchten, so daß jede Nation und jede Regierung immer klarer die Rechte und Bedürfnisse dieses Kontinents erkennt, und einen noch entschlosseneren politischen Willen entwickelt, nicht nur die afrikanische Nation zu befähigen, die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Völker zu befriedigen, sondern auch, um erfolgreich voranzuschreiten, um vollständig teilzunehmen am menschlichen Wohlergehen, ohne neue Formen von Abhängigkeiten entgegennehmen zu müssen, die mit der erhaltenen Hilfe verbunden sind.''

Daß die Vertiefung des ,,Glaubens an Afrika'' der Weg sei, der auch andere, deren ,,Errungenschaften nicht geleugnet'' werden, erleuchte und schließlich dahin führe, daß Hilfe ohne Bedingungen gegeben werde, das ist die eine Seite von Wojtylas Konzept. Die andere Seite ist, die Verantwortung für Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Völker den afrikanischen Staaten aufzubürden, indirekt zwar, aber unüberhörbar, was auch der ZDF-Korrespondent verschiedentlich hervorhob: ,,Der Staat muß alles zurückweisen, was der Freiheit und der Menschenrechte des Volkes unwürdig ist. Er muß alle Elemente von Autoritätsmißbrauch, Korruption, Herrschaft über die Schwachen, die Verweigerung der Teilnahme des Volkes am politischen Leben und den politischen Entscheidungen, Tyrannei, Gewaltanwendung und Terror verbannen.'' Freilich gibt es in afrikanischen Ländern all das, und zwar hauptsächlich in dem Maße, wie die Imperialisten ihre Herrschaft über die afrikanischen Länder noch behaupten können. Warum sollten sich die afrikanischen Völker, die das wissen, davon abhalten lassen, entsprechend zu handeln?

afrikanischen Bauern auf dem ihnen gestohlenen Land dann ausgebeutet haben. Allerdings war die katholische Kirche mit den Kolonialmächten nicht einfach identisch. Die von den Kolonialmächten errichteten kolonialen Staatsapparate waren ausschließlich auf die Unterdrückung und Auspressung der afrikanischen Völker ausgerichtet. Sofern es ein öffentliches Erziehungswesen gab, das auch Afrikanern zugänglich war, wurde es von den Kirchen in Form von Missionsschulen aufgebaut. Das gleiche galt auch für Hospitäler. Immer wieder haben die christlichen Kirchen versucht, auch die entstehende Gewerkschaftsbewegung der sich entwickelnden afrikanischen Arbeiterklasse unter ihre Kontrolle zu bekommen. Für die Imperialisten war all dies aus mehreren Gründen von Interesse: Es hat ihnen Kosten gespart,

und erklärt: ,,In Afrika haben die meisten Nationen in der Vergangenheit koloniale Verwaltungen erlebt. Ohne die verschiedenen Errungenschaften dieser Verwaltungen leugnen zu wollen, ist die Welt froh über die Tatsache, daß diese Periode nun ihrem endgültigen Ende entgegen geht. Die Völker Afrikas haben – von einigen schmerzlichen Ausnahmen abgesehen – nun die volle politische Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übernommen, und ich grüße von hier aus insbesondere die kürzlich erreichte Unabhängigkeit von Zimbabwe.'' An den afrikanischen Nationalismus und das ,,afrikanische Erbe'' appelliert Wojtyla zu dem einzigen Zweck, ihn seines wirklichen Inhalts vollständig zu berauben, der darin besteht, daß die afrikanischen Völker sich zu Nationen im

schen Staaten aufzubürden, indirekt zwar, aber unüberhörbar, was auch der ZDF-Korrespondent verschiedentlich hervorhob: ,,Der Staat muß alles zurückweisen, was der Freiheit und der Menschenrechte des Volkes unwürdig ist. Er muß alle Elemente von Autoritätsmißbrauch, Korruption, Herrschaft über die Schwachen, die Verweigerung der Teilnahme des Volkes am politischen Leben und den politischen Entscheidungen, Tyrannei, Gewaltanwendung und Terror verbannen.'' Freilich gibt es in afrikanischen Ländern all das, und zwar hauptsächlich in dem Maße, wie die Imperialisten ihre Herrschaft über die afrikanischen Länder noch behaupten können. Warum sollten sich die afrikanischen Völker, die das wissen, davon abhalten lassen, entsprechend zu handeln?







Bei der Ankunft Wojtylas, Johannes Paul II., in Kinshasa (Zaire)

Palästina: Streiks und Demonstrationen reißen nicht ab

z.ans. Anfang Mai hat die PLO eine Militäraktion gegen israelische Siedler durchgeführt, die mitten im arabischen Hebron ein Gebäude bewohnten, das das Zentrum zionistischer Besiedlung der Stadt werden soll. Die durch den US-Imperialismus mit dem Separatfrieden von Camp David erpreßte Rückenstärkung hat Israel genutzt, um seine Siedlungspolitik im besetzten Westjordanland weiter auszubauen: Bereits 90000 Siedler haben sich in 96 Wehrdörfern eingenistet, die Enteignung weiterer 30000 ha Landes ist geplant. Mit ,,eiserner Faust'' müsse die ,,permanente Unruhe in Westjordanien'' erstickt werden, kündigte der israelische Agrarminister nach der Militäraktion der PLO an. Über Hebron verhängte die israelische Regierung permanente und totale Ausgangssperre, alle Häuser ließ sie durchsuchen. Die Bürgermeister von Hebron und Khalkhoul wurden deportiert, der Bürgermeister von Tulkarm verhaftet. Die palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten antworten darauf mit einer nicht abreißenden Kette von Streiks und Demonstrationen. Trotz ständiger Angriffe durch israelisches Militär halten sie an ihrem Ziel fest: ein unabhängiges demokratisches Palästina. Nach dem Separatfrieden soll bis zum 26. Mai die Autonomieregelung für die besetzten Gebiete, über die zur Zeit Ägypten und Israel unter US-imperialistischer Fuchtel verhandeln, unter Dach und Fach sein. Gelingen wird das nicht. Der Kampf der palästinensischen Massen ist das entscheidende Hindernis.

Vietnamesischer Offizier bestätigt Ausrottungspolitik in Kampuchea

z.gek. In einer Khmer-Serei-Basis in der Nähe der thailändischen Grenze traf ein Reporter von ,,Le Monde'' den desertierten Kommandeur einer vietnamesischen Artillerieeinheit, seit 15 Jahren Soldat, 11 Jahre Mitglied der KP Vietnams. Stationiert in Thay Ninh, hatte er ab September 1977 an Überfällen auf Kampuchea teilgenommen, schließlich an der großen Invasion im Januar 1979. Von Anfang an habe die vietnamesische Armee systematisch Giftgase eingetzt, entweder CS-Granaten (aus den USA) oder HZ-Granaten (aus der SU). Der Einsatz war auf Regimentsebene freigegeben, es wurden bis 140 Geschosse pro Stunde abgefeuert. Beide Kampfstoffe wirken in hoher Dosis tödlich, in niederer Dosis führen sie zu Impotenz beim Mann, zu anomaler Fötusbildung bei der Frau, passend zur Ausrottungsstrategie Hanois. (Le Monde, 29.4.)

OPEC kann Einheit stärken – Beschlüsse der Ministertagung

z.pel. In voreiligen Kommentaren kurz vor Schluß der Ministerkonferenz der in der OPEC zusammengeschlossenen Erdölproduzenten jubilierten Teile der imperialistischen Presse über ,,Konfusion''. Die Minister der 13 Staaten hatten beschlossen, den Bericht der Strategiekommission über Grundlinien langfristiger Preispolitik den Staatschefs zur Verabschiedung vorzulegen. Der Bericht empfiehlt die vierteljährliche Kontrolle und einheitliche Erhöhung der Rohölpreise. Die Anhebung soll auf Grundlage der Entwicklung der Einzelhandels- und Exportpreise sowie des Bruttosozialproduktes der imperialistischen Staaten bestimmt

Die Volksmassen in Assam fordern nationale Rechte

Regierung Gandhi wird der Lage nicht Herr / Kein Öl für den Zentralstaat

z.mif. Die „Times of India“ meldet am 5. Mai aus Gauhati, der Hauptstadt Assams im Nordosten Indiens: „Die Studenten-Union von All-Assam (AASU) warnte heute die Zentralregierung, daß die gegenwärtige Agitation verschärft würde, wenn keine Lösung für die Ausländerfrage auf der Grundlage von 1951 als Ausgangsjahr gefunden würde.“ Am Abend zuvor war Gauhati nach Berichten der Zeitung erfüllt von Rufen „Jai aai Asom“, „Lang lebe Mutter Assam“, gerufen zur Begrüßung eines Stafettenläufers. Über 500 km hatte eine Stafette von Jugendlichen eine Fackel nach Gauhati getragen. „Diese Fackel wird solange brennen, bis die Ausländerfrage gelöst ist“, rief der Schlußläufer, der die Fackel auf einem Feld am Ufer des Brahmaputra aufpflanzte. In einer Rede wurde die Regierung Gandhi angegriffen wegen ihrer Unterdrückungstätigkeit gegen die assamesische nationale Bewegung.

Die Zeitung „Assam Tribune“, die fast ausschließlich über diese Auseinandersetzung mit der Zentralregierung berichtet, zitiert eine Äußerung des All Assam Gana Sangram Parishad (Komitee All-Assams für den Kampf des Volkes), daß es nicht darum gehe, alle als Fremde identifizierte Personen auszuweisen. Humanitäre Gesichtspunkte seien immer berücksichtigt worden. Die Zeitung betont ferner, die Bewegung sei nicht auf Lostrennung von Indien gerichtet, ihr Charakter sei friedlich und gewaltfrei. Ähnliche Auseinandersetzungen wie in Assam finden derzeit im gesamten nordostindischen Gebiet statt, in Manipur, Mizoram, Nagaland. Es ist der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz gelungen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen und, nach dem uns vorliegenden Material, die Masse der Bauern zu führen. Das Industrieproletariat in Assam ist zahlenmäßig schwach, die Verkehrsverbindungen – durch den schmalen Gürtel zwischen Bangladesch und Bhutan hindurch – sind schlecht, der Markt klein, das lockt wenig Kapital an. Die Bodenschätze werden ausgebeutet, es gibt Ölfelder im oberen Brahmaputratal, zwei Ölraffinerien, Kohlegruben, eine Düngerfabrik, eine gewisse Holzindustrie. Den Millionen der landarmen und landlosen Bauern kann es eine Zeitlang so erscheinen, als sei die Anwesenheit zahlloser bengalischer Flüchtlinge, die von der indischen Zentralregierung gegen die Forderungen nach Lohnerhöhung in den Fabriken und auf den Teeplantagen und nach niedrigerer Pacht für Land eingesetzt werden, Schuld an ihrer elenden Lage. Aber 75% der Einwohner Assams, gleichgültig ob dort gebürtig oder anderswo, leben unterhalb der Armutsgrenze.

Im Dezember wurden die Wählerlisten für die Wahlen zur Zentralregierung aufgelegt, sie enthielten viele bengalische und nepalesische Namen. Die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge ist stets von der Zentralregierung genutzt worden, die indische Zeitung „Economic Times“ spricht von „dependable vote banks“, verläßlichen Stimmendepots, die sie für die jeweils herrschende Partei abgegeben hätten. Die assamesischen Arbeiter und Bauern traten unter der Forderung nach Streichung der Ausländer aus den Wählerlisten in Generalstreik. Zur Bekräftigung ihrer Forderung besetzten sie die Ölfelder – Indien bezieht ein Drittel seines Öls aus Assam. Die Wahlen wurden ausgesetzt und haben bis heute nicht stattgefunden. Die Regierung Gandhi spricht davon, mit der Erfassung und Abschiebung der seit 1971 Eingewanderten sei sie „einverstanden“, letztes Jahr hat sie bereits 300000 landlose Bauern ausgewiesen. Sie zielt darauf ab, für den Einsatz von Polizeiknüppel und Schußwaffen gegen Teile der Volksmassen von anderen Teilen der Massen Beifall zu kriegen, um die Spaltung zu vertiefen. Den assamesischen Arbeitern und Bauern geht es um die Verteidigung ihrer nationalen und wirtschaftlichen Existenz.

Die Unterdrückung durch die Zentralregierung ist äußerst scharf. Sie hat 50 Führer der Bewegung in Vorbeugehaft genommen. Darauf demonstrierten am 19. April 300000 in Gauhati und anderen Orten. Beim vergeblichen Versuch, diese Demonstrationen zu zerschlagen – es ist Ausgangssperre verhängt –, verletzte die Polizei mindestens 700 Menschen. Die Verhafteten wurden nach Bihar, westlich von Bangladesch gelegen, ausgeflogen – aus „Sicherheitsgründen“.

Die im Dezember besetzten Ölfelder hat die indische Polizei und Armee Ende April zurückerobern können. Aber weiterhin bestreiken die assamesischen Arbeiter die Pumpstationen, über die die Oil-India-Gesellschaft das Öl nach Indien abtransportiert. Die Regierung Gandhi verliert durch den Ölboykott Steuereinnahmen von monatlich 20 Mio. Rupien (ca. 5 Mio. DM). Auch der Export von Bambus und Nutzholz aus Assam wird jetzt gestoppt. Die Tee-Ernte fängt in Assam erst ab Mai/Juni an; sie kann zu einem zentralen Hebel der Auseinandersetzung und der Entwicklung einer Stoßrichtung gegen das imperialistische Kapital und den Großgrundbesitz werden. Denn die Verwandlung Assams in eine britische Teeplantage ist auch die Quelle der heutigen Widersprüche zwischen Assamesen und Bengalis.

Die britische Ostindische Gesellschaft hatte ab 1717 Handelsrechte in Kalkutta, damals einer Siedlung von 10000 Einwohnern, am Gangesdelta gelegen, in das auch der Brahmaputra mündet. Die Ostindische Gesellschaft, gesegnet mit dem britischen Handelsmonopol für Indien bis ins 19. Jahrhundert hinein, verwandelte Kalkutta in eine mächtige Zentrale des Kolonialhandels, mit 1822 bereits 300000 Einwohnern. Als 1817 Burma Überfälle nach Assam unternahm, kam Britannien dem Volk von Assam „zu Hilfe“ und blieb gleich da. Zumal der Teeraub aus China nicht mehr gesichert schien und die Ostindische Gesellschaft Land unter ihrer Kontrolle für den Teeanbau suchte. Im Vertrag von 1826 wurde Assam ein Teil Britisch-Indiens, 1838 eingegliedert in das britisch verwaltete Bengalen. Etwa gleichzeitig wurde in Assam mit dem Anbau von Tee begonnen. Nach dem Assam Clearance Act (etwa: Gesetz zur Aufräumung Assams) von 1854 konnte jeder Europäer, der Tee für den Export anpflanzen wollte, bis zu 30 ha erstklassiges Land geschenkt kriegen. Die Bauern Assams wurden vertrieben oder in Teepflücker verwandelt; für die fachliche Leitung und Verwaltung der Plantagen brachten sich die britischen Kolonialherren zunächst chinesisches Personal mit, dann vor allem Bengalen aus der Handelszentrale Kalkutta. Denn nach 100 Jahren britischer Herrschaft über Kalkutta hatten sie dort einen beträchtlichen Kompradorenapparat geschaffen. Die Bengalis kamen also zunächst als Personal der britischen Imperialisten nach Assam. Viele blieben dort. Ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts waren Ärzte, Anwälte, Lehrer, Polizei und Postbeamte in Assam alle Bengalis. Die Briten machten sogar die bengalische Sprache zur Amtssprache in Assam. Diese hundert Jahre während kulturelle Unterdrückung des Volkes von Assam dauert bis heute an, die Kongreßpartei Indira Gandhis ist in die Fußstapfen der britischen Kolonialmacht getreten.

Der Teemarkt ist noch heute weitgehend britisches Monopol. Insgesamt sind 570 Gesellschaften in Indien mit der Ausbeutung von Teepflückern befaßt, die größten davon sind in Britannien beheimatet. Zwar konnte Indien im vergangenen Jahr beispielsweise das britische Monopol Brooke Bond Liebig, eines der größten Tee-Kapitale, das sich heute auch in anderen Branchen tummelt, zum Verkauf eines kleinen Teils seiner Geschäftsanteile in Indien zwingen. An „Brooke Bond India“ halten die Briten noch 40%, an „Tea Estates India“ und „Doom Dooma India“, was schöne Ausdrücke für das gleiche Kapital sind, noch 74%. 82% des nordindischen Teeprodukts werden auf Gütern über 200 ha erzeugt (1970), nur 0,02% auf Gütern unter 6 ha. Die Profitrate auf den Teeplantagen ist gewaltig. Brooke Bond Liebig weist in seinem Geschäftsbericht 1979 im Abschnitt Plantagen einen Umsatz von 38 Mio. Pfund und einen Profit von 12 Mio. Pfund (ca. 150 bzw. 48 Mio. DM) aus. Der Monatshungerlohn für die Arbeiter auf den Teeplantagen beträgt rund 50 DM. Seit Jahrzehnten werden auf den Teeplantagen viele Bengalis ausgebeutet. Die Tee-Ernte geht in Nordostindien von Mai bis November. Es kann gut sein, daß in den Kämpfen in dieser Zeit die Widersprüche zwischen den Arbeitern assamesischer und bengalischer Herkunft ein Stück gelöst werden; mit Sicherheit werden sich die Widersprüche zur imperialistischen Bourgeoisie verschärfen.





Assam Ende April: Streikposten in Gauhati protestieren gegen das Ausgangsverbot bei dem Ölbetrieb Narengi. – Durch einen fünftägigen Streik in Gauhati wird die Tätigkeit der Regierung und Banken zum Erliegen gebracht.

Referendum in Nepal: Arbeiter und Bauern fordern eigene Klassenorganisation

z.krk. Am 24. Mai vergangenen Jahres kündigte der nepalesische König Birendra für Mai 1980 ein Referendum über die künftige Regierungsform des Landes an. Vorausgegangen waren dieser Erklärung die heftigsten Kämpfe der vergangenen Jahre: am 6. April 1979 fand eine Demonstration in Kathmandu gegen die Hinrichtung des pakistanischen Ministerpräsidenten Bhutto statt. Die Regierung, offensichtlich in Angst vor jeder selbständigen politischen Regung der Massen, ließ auf die Demonstration schießen. Schnell weitete sich die Auseinandersetzung in einen Aufruhr aller unterdrückten Klassen gegen die feudalen Lasten und für Demokratie aus. In 37 der 75 Provinzen des Landes führten Bauern und Studenten Kämpfe gegen Steuererhöhungen und gegen die unbezahlten Fronarbeiten (die Bauern müssen unentgeltlich für den Staat Brücken, Bewässerungsanlagen, Gebäude bauen). Die Auseinandersetzungen verloren in-
wässerungsanlagen, Gebäude bauen). Die Auseinandersetzungen verloren in-
zwischen zwar an Heftigkeit, aber das ganze Jahr hindurch rissen Streiks der Arbeiter, gewerkschaftliche und politische Protestversammlungen nicht ab. Zu den letzten heftigen Kämpfen kam es vergangene Woche, als die Polizei erneut auf eine Demonstration der Gegner des Panchayat-Systems schoß.

Beim Referendum, das für den 2. Mai nach langem Zögern ausgeschrieben wurde, soll das Volk von Nepal darüber entscheiden, ob das oben schon genannte „Panchayat-System“ beibehalten oder ein parlamentarisches Mehrparteiensystem eingeführt werden soll. Das Panchayat-System, zwar in der Form erst 1962 eingeführt, geht auf das alte Stammesvertretungssystem zurück. In jedem Dorf werden 9–11köpfige Räte gewählt. Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahren. Die Wahlen zu den drei höheren Versammlungen der Distrikt-, Zonen- und Nationalpanchayats erfolgen indirekt durch die jeweils niedrigeren Panchayats. Die Nationalversammlung besteht aus 90 Mitgliedern der Panchayats und 19 Vertretern von Berufs- und Standesorganisationen; 16 Mitglieder werden direkt vom König ernannt. Politische Parteien sind ansonsten verboten. Diese politische Organisationsform entspricht einem gesellschaftlichen Zustand, in dem sich noch keine moderne Klassenspaltung herausgebildet hat. Aber gerade weil sich inzwischen diese modernen Klassen ansatzweise herausgebildet haben, ist das System nicht mehr haltbar: die Bourgeoisie wie auch die Arbeiter und die fortgeschrittensten Elemente der Bauernschaft fordern die Möglichkeit der Parteienbildung und haben sich ihre Parteien bereits geschaffen, hier die Kongreßpartei, dort die Kommunistische Partei.

Über 90% der werktätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Fast die Hälfte aller Familien hat weniger Land als 0,5 ha, 10% haben weniger als 0,1 ha, sind also praktisch land-
ger Land als 0,5 ha, 10% haben weniger als 0,1 ha, sind also praktisch land-
los. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 1979 bei 110 $, in den Bergregionen noch weit darunter. Ein Großteil der Bauern ist nicht Eigentümer seines Landes, sondern arbeitet als Pächter. Wie hoch die Pacht sein dürfte, zeigt die „Landreform“ von 1965, wo gesetzlich festgelegt wurde, daß keine Pacht gefordert werden darf, die höher ist als 50% der Ernte. Vielerorts existiert noch keine Geldwirtschaft, der Naturalaustausch ist vorherrschend; es gibt auch noch ausgedehnte Gemeinschaftsländereien. Die Industrie produziert erst 2% des Nationaleinkommens, hauptsächlich kleinere Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten. Durch die Plünderung der Bauern über Pacht und Steuern und des Landes insgesamt über den imperialistischen Weltmarkt ist das Nationalprodukt gesunken (1979 um 2%) und die Auslandsverschuldung gestiegen (1979 auf 1,43 Mrd. NE trotz Steigerung der Exporte um 45,03%).

---

werden. Verrechnet wird auf Basis eines Korbes von neun Währungen, um etwaige Schwankungen auszugleichen. Daß Algerien, Libyen und Iran statt der OECD-Statistiken lieber eigene heranziehen wollen, die sich auf Wachstum und Inflationsentwicklung in der Dritten Welt beziehen, und der Basispreis für die Indexierung noch festgelegt werden muß, ließ die Imperialisten von „Konfusion“ reden. Die weiteren Beschlüsse, eine Entwicklungshilfeagentur für Hilfen und Kredite an „arme“ Länder der Dritten Welt zu schaffen, die aus dem Iranboykott der Imperialisten resultierenden Minderexporte nicht auszugleichen und den Gaspreis dem Ölpreis anzugleichen, haben ihnen schnell das Maul gestopft.

Reform zur Verschärfung des französischen Strafrechts

z.inl.Paris. Der französische Ministerrat billigte am 30.4. den vom Justizminister Peyrefitte vorgelegten Gesetzentwurf zur Strafrechtsreform, tituliert „Sicherheit und Freiheit“. Fein abgestimmt veröffentlichte der „Figaro“ am selben Tag die Ergebnisse einer Umfrage, nach der 81% „der Franzosen“ der Meinung seien, „daß man einem Anwachsen der Gewalt beiwohnt.“ Die Strafrechtsreform soll jetzt die juristischen Fesseln verstärken, mit denen die Bourgeoisie die unterdrückten Klassen knebelt. Zu langsam und uneffektiv sei die Strafverfolgung, die Richterwillkür zu groß, lautet die Peyrefittesche Bestandsaufnahme. 45% aller Inhaftierten sitzen in Untersuchungshaft, also sollen die Verfahren beschleunigt werden, indem die Schnellgerichte, die es heute schon für die „flagrants délits“ (die „auf frischer Tat Ertappten“) gibt, ausgedehnt werden. Das Eigentum ist heilig, mit diesem klaren Grundsatz kann der übergroße Teil der Verfahren schnell abgeschlossen werden (55% der Haftstrafen 1977 ergehen wegen Diebstahl), da braucht es keine Untersuchungsrichter, und die Verteidigung kriegt ja auch für Tage Zeit zur Vorbereitung. Der Spielraum bei der Strafzumessung wird verringert, indem die Mindeststrafen hochgesetzt werden. Und auch bei der Bewährung und bei Strafnachlässen wird die Richterwillkür so eingeschränkt, daß sie richtig blühen kann: Strafnachlaß „muß als Belohnung verstanden werden und nicht als Recht“ (Peyrefitte). Die Gewerkschaft der Richter lehnt diesen Gesetzentwurf der verschärften Reaktion ebenso ab wie die Anwälte.

NL: Tankstellenpächter fordern: Senkung der Steuern auf Benzin!

z.scc. Die niederländische Regierung und die Ölmonopole hatten die Sache ausgehandelt: Um 6 Cent auf 151 Cent pro Liter (Super) sollten zum 3. Mai die Benzinpreise steigen. Womit sie nicht gerechnet hatten: Die Mehrheit der in der Bovag zusammengeschlossenen Tankstellenpächter weigerte sich, diese auf einen Schlag kräftigste Erhöhung mitzumachen. Nach Benzinpreiserhöhungen von insgesamt 30 Cent 1979 hatte erst kürzlich eine Mitgliederversammlung von Bovag erklärt, keine weiteren Steigerungen mehr zu dulden. Allein in der Region Limburg verkauften rund 350, in Groningen fast alle Pächter das Benzin weiter zum alten Preis. Was fordert die Bovag? Sie will an den Preisverhandlungen teilnehmen, denn ihre Mitglieder haben von den Erhöhungen nur Lasten (sinkender Benzinverkauf), während die Handelsspanne von rd. 8 Cent pro Liter ihre Kosten immer weniger deckt. Vor allem aber fordert sie die Senkung der Steuern auf Benzin: „Daß Benzinpreiserhöhungen nötig sind“, erklärt ein Pächter gegenüber dem Fernsehen, „das wollen wir anerkennen, aber wir finden es einfach schlecht, daß davon rund 60% an den Staat gehen.“ Pächter und Verbraucherorganisationen verlangen die Senkung der Mehrwertsteuer von 18% auf 4%. 1 l Super würde damit um über 20 Cent billiger.

Belgien: Höhere Kohleförderung durch längere Arbeitszeit

z.elb.Brüssel. Solange die Imperialisten die ölproduzierenden Länder mit Billigstpreisen für Öl berauben konnten, ließen die belgischen Kapitalisten die Kohleminen in den großen Fördergebieten verrotten. Seit 1953 haben sie 130 der 139 Gruben geschlossen und über 130000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt. Die eigene strategische Basis mindestens zu halten, wenn nicht zu verbreitern, Druck auf den Ölpreis auszuüben – unter diesem Schlachtruf befürwortet Wirtschaftsminister Claes, wie in jüngster Zeit auch andere EG-Regierungen, die Kohleförderung zu erhöhen. Claes ließ den Kapitalisten in einer hunderte Seiten umfassenden Untersuchung berechnen, daß derzeit eine Förderung von 7 Mio. t pro Jahr am profitabelsten sei, was einer Steigerung um knapp 1 Mio. t entspricht. Eine Förderung bis 8,3 Mio. t sei zwar möglich, würde aber ein Vorstoßen in schwerer zugängliche und weniger ergiebige Lagen nötig machen. Claes stellte den Kapitalisten der fünf Kempener Steinkohleminen in Flandern anheim, den knapp 15000 Arbeitern unter Tage eine höhere Schichtleistung um zumindest 6% bis 1985 abzupressen; die Arbeitszeitverkürzung, die sich die Arbeiter der Gruben 1969 in Form von acht zusätzlichen freien Tage bei vollem Lohnausgleich erkämpften, rückgängig zu machen durch Streichung dieser freien Tage; dem hohen Anteil der ausländischen Arbeiter das Recht auf 30 zusätzliche unbezahlte Urlaubstage zu nehmen, was die Kapitalisten seit 1978 bei Neueingestellten bereits durchsetzen konnten.

Schwieriger Weg zu Unabhängigkeit und Einheit

z.ges. Ursprünglich ist Jugoslawien durch die Siegermächte des 1. Weltkrieges zusammengestoppelt worden. Der Balkan war stets Zentrum der Rivalität der europäischen Mächte. Nach der Niederlage der deutsch-österreichisch-türkischen Allianz versuchten Großbritannien und Frankreich den Balkan so zu ordnen, daß die inneren und äußeren Nationalitätenwidersprüche Interventionsmöglichkeiten sicherten und die Balkanstaaten in völliger Abhängigkeit hielten. Als der deutsche Imperialismus seinen Neuanlauf machte, um die Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern und den Kampf um die Weltherrschaft zu seinen Gunsten entscheiden zu können, nutzte er seinerseits diese Spaltungen. Der Balkan blieb ein Hauptfeld der Rivalität der europäischen Imperialisten. Jugoslawien wurde, bevor es die faschistischen Truppen besetzten, zum Schauplatz außengelenkter Putsche und Gegenputsche der imperialistischen Mächte.

Heute ist Jugoslawien ein Eckstein im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus und verteidigt an entscheidender Stelle Unabhängigkeit und Blockfreiheit gegenüber den um die Weltherrschaft rivalisierenden Supermächten. Unter Führung des Bundes der Kommunisten und Josip Broz Titos, dem Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten, hat sich im Kampf gegen den Faschismus und dann in Verteidigung der Unabhängigkeit gegen jede äußere Einmischung die jugoslawische Nation herausgebildet, die im Vertrauen auf die eigene Kraft und unter Ausnutzung aller positiven Faktoren im Inneren wie im Äußeren für den Aufbau des Landes kämpft.

Nehru, mit dem Präsident Tito beim Aufbau der Blockfreienbewegung zusammenarbeitete, soll öfters gesagt haben: „Jugoslawien besteht aus sechs Republiken, fünf Nationen, vier Sprachen, drei Religionen, zwei Alphabeten und einer politischen Partei. Von Tito geführt und in einem Staat vereint, muß es erst noch eine Nation werden." Vor ähnlichen Aufgaben stehen manche Länder der Dritten Welt. Wenigen Ländern der Dritten Welt ist es bisher gelungen, im Zusammenschluß gegen die äußeren und inneren Feinde so weit voranzuschreiten wie Jugoslawien. Das ist einer der Gründe für das hohe Ansehen Titos und des Bundes der Kommunisten unter den Völkern der Dritten Welt und den Befreiungsbewegungen.

Wollten die jugoslawischen Kommunisten die Einheit des Landes verteidigen, dann mußten sie jede äußere Einmischung verhindern. Unvermeidlich hätte äußere Einmischung die Widersprüche zwischen den Völkern Jugoslawiens verschärft, um sie gegeneinander auszuspielen. Noch immer halten sich die westdeutschen Imperialisten eine Handvoll reaktionärer Kroaten und versuchen, ihre Verbände als Druckmittel gegen Jugoslawien einzusetzen.

Die Hauptgefahr für die Unabhängigkeit Jugoslawiens geht heute von den beiden Supermächten aus, insbesondere von der sozialimperialistischen Sowjetunion. Die deutschen Imperialisten sind im Widerstandskrieg entscheidend geschlagen worden, und den britischen Imperialisten wurde nach dem Sieg über den Faschismus eine Abfuhr erteilt. Ihre Agenten wurden wegen Landesverrat verfolgt. Mit der sozialistischen Revolution wurden ihre Einflußbasen beseitigt. Jugoslawien liegt wie ein Sperriegel dem Vordringen der Sowjetunion ans Mittelmeer im Weg. Die USA wollen die Kreditverhältnisse nutzen, um in Jugoslawien Einfluß zu gewinnen. Im Kampf gegen die beiden Supermächte, die gefährlichsten Feinde seiner Unabhängigkeit, verstärkt Jugoslawien die Kooperation mit der EG, deren Hauptmächte sich bei ihren Versuchen, Jugoslawien ihrer Vorherrschaft zu unterwerfen, schon jeweils blutige Köpfe geholt haben.

Jugoslawien hat sich unter Titos Führung von Anfang an den Tendenzen zu Großmachtchauvinismus in der Sowjetunion widersetzt, auf die sich die neue staatsmonopolistische Bourgeoisie stützen konnte, sobald sie die Herrschaft in der Sowjetunion errungen hatte. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens wurde aus dem Kommunistischen Informationsbüro ausgeschlossen und damit innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung isoliert. Auf der Suche nach Kräften, mit denen sich Jugoslawien in dieser schwierigen Situation zusammenschließen könnte, hat es eine führende Rolle beim Aufbau der Blockfreien-
nach Kräften, mit denen sich Jugoslawien in dieser schwierigen Situation zusammenschließen könnte, hat es eine führende Rolle beim Aufbau der Blockfreien-
bewegung und bei der Herausbildung der Dritten Welt übernommen. Als sich die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nach der Machtübernahme der Revisionisten in der Sowjetunion verschärfte, versuchte Chruschtschow Tito und den Bund der Kommunisten Jugoslawiens für seinen Kampf gegen die KPCh und die Partei der Arbeit Albaniens zu gewinnen. Das brachte den Bund der Kommunisten Jugoslawiens unter Beschuß des revolutionären Flügels der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Stellung zu Jugoslawien wurde in den beiden Moskauer Erklärungen der Beratungen der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung zum Prüfstein von Marxismus und Revisionismus erklärt, während die Sowjetunion schon dabei war, das sozialistische Lager in ihre sozialimperialistische Domäne zu verwandeln und mit den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern vorgeschobene Posten im Einflußbereich des US-Rivalen zu schaffen. In der Polemik über die Generallinie wurde im neunten Kommentar „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?" Jugoslawien geschlagen, wo die Sowjetunion gemeint war. In der jungen westeuropäischen marxistisch-leninistischen Bewegung galt Jugoslawien als Prototyp des Revisionismus.

Die Dritte Welt ist die Hauptkraft der Revolution in der gegenwärtigen Welt. Wie kann eine Partei das Musterexemplar des Revisionismus sein, die ihr Land entschlossen an die Seite der Dritten Welt führt und mit der Blockfreienbewegung ein Kampfinstrument der Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus mitaufgebaut hat? Wie kann eine Partei das Musterexemplar des Revisionismus sein, die durch den Aufbau des Landes der Unabhängigkeit eine ökonomische Basis schuf und die sich zur Aufgabe stellt, durch die Entfaltung der Herrschaft der Arbeiter über die Produktion die Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie zu verhindern? Wir hatten also Grund, unser Fehlurteil zu ändern.

Josip Broz Tito 1892 – 1980

z.jük. Das Leben des Genossen J.B. Tito war eng mit den Kämpfen der jugoslawischen Völker verflochten. Unter Titos Führung wurde die Arbeiterbewegung zur entscheidenden Kraft im Kampf um die Befreiung der Völker Jugoslawiens vom imperialistischen Joch, bei der Niederschlagung der alten Ausbeuterklassen und beim Aufbau des Landes. Tito, der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens war, Marschall und Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte Jugoslawiens sowie Präsident des BdKJ wurde am 25.5.1892 als Sohn armer Bauern geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Schlosserhandwerk und arbeitete als Metallarbeiter in Zagreb, wo er sich der sozialistischen Arbeiterbewegung anschloss. Von 1911 bis 1913 arbeitete er in verschiedenen Metallfabriken in Slowenien, in Deutschland und Österreich. Danach wurde Tito in das österreichisch-ungarische Heer gepreßt. Zu Kriegsbeginn wurde er für einige Zeit ins Gefängnis gesperrt, weil er gegen den imperialistischen Krieg agitiert hatte. Verwundet an der Karpatenfront wurde Tito in das Völkergefängnis der russischen Zaren verschleppt, wo er Zwangsarbeit leisten mußte. Später nahm er an den Kämpfen der Oktoberrevolution teil. 1920 kehrte er nach Jugoslawien zurück. Das Land war nach dem I. Weltkrieg durch das Monopolkapital der Alliierten Siegermächte zum Gegenstand imperialistischer Ausbeutung geworden, deren Statthalter, verschiedene Adels- und Bourgeoisicliquen, vornehmlich aus Serbien waren und die die Volksmassen brutal unterdrückten.

Tito organisierte sich in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, die 1919 gegründet wurde, damals noch unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten). Die Klassenkämpfe nach dem I. Weltkrieg waren wie in fast allen europäischen Ländern entwickelt, die Oktoberrevolution hatte auch in Jugoslawien ihre Wirkung. Am 20. – 21. Juli 1919 schon kam es zum Generalstreik der jugoslawischen Arbeiterklasse anläßlich der imperialistischen Interventionen gegen die Sowjetrepubliken in Rußland und Ungarn. Die SRPJ (K) bekam 1920 bei den Gemeinderatswahlen in Kroatien und Montenegro in zahlreichen Städten die Mehrheit. Die Partei hatte 60000 Mitglieder und 58 Parlamentssitze. Im April 1920 gab es einen Generalstreik der Eisenbahner. Insgesamt befanden sich 50000 Arbeiter im Streik. Die herrschenden Klassen gingen mit brutaler Unterdrückung gegen die Arbeiterkämpfe vor, verhafteten und erschossen viele Arbeiter. Zwar hatten die Feudalcliquen auf dem Lande eine „Agrarreform" proklamiert, doch führte diese nur zur größeren Abhängigkeit der Mittel- und Kleinbauern von den Großgrundbesitzern und Banken durch Pacht, Zins und Kredite. Verschiedentlich kam es auf dem Lande zu Kämpfen der Bauern, die vereinzelt den Charakter von Aufständen hatten. J.B. Tito untersüchte 1979 in einer Rede zum 60jährigen Bestehen des Bundes der Kommunisten bzw. der KPJ deren Rolle während dieser Zeit: „Die Partei hat aber kein Konzept des revolutionären Kampfes ausgearbeitet, das auf wirklich gesellschaftlichen sozialen und nationalen Faktoren beruhen sollte, die die damalige Situation revolutionär gestaltet haben. Das bezieht sich besonders auf die nationale und die Bauernfrage. Die nationale Frage wurde auf den Verfassungsbereich beschränkt, während die Bauernfrage sich bis 1928 nicht einmal auf dem Parteiprogramm befunden hat. Obwohl sie rasch zu einer massenhaften und sehr einflußreichen politischen Kraft im Lande heranwuchs, hatte die KPJ nicht genügend Kraft, den Angriffen des Regimes Widerstand zu leisten. Das war zum guten Teil auch ein Resultat der objektiven Bedingungen. Der gemeinsame Staat der Völker Jugoslawiens verriet ihre Bestrebungen und Erwartungen. Er entstand in einer Atmosphäre der brutalen Zerschlagung der revolutionären Stimmung der Volksmassen. Die herrschende Bourgeoisie, in erster Linie die großserbische, ging den Weg des Aufbaus einer Ordnung der gröbsten Ausbeutung, nationalen Knechtung und politischen Rechtlosigkeit."

Die Partei wurde in die Illegalität gedrängt und stark dezimiert. Tito arbeitete in Zagreb, verlor dort seine Arbeit und ging in die Provinz, arbeitete auf einer Schiffswerft und in einer Waggonfabrik, wo er als Vertrauensmann der Arbeiter beim Kampf für Arbeiterrechte wiederum die Arbeit verlor. Im Jahre 1927 wurde er in Zagreb Sekretär des Gebietsausschusses des Bundes der Metallarbeiter und Mitglied des Ortskomitees der KPJ. 1928 wurde er Sekretär des Ortskomitees in Zagreb. Danach wurde Tito mehrere Jahre eingekerkert. 1934 wurde er zum Mitglied des Gebietskomitees der KPJ für Kroatien gewählt und in dieser Eigenschaft ins ZK der Partei kooptiert und zum Mitglied des Politbüros gewählt. Im Kampf gegen das Fraktionswesen in der Partei wurde Tito nach einem längeren Aufenthalt bei der Komintern in Moskau 1937 zum Generalsekretär der KPJ gewählt. Die Entwicklung der Arbeiter- und Volksbewegung Ende der 30er Jahre ermöglichte es der KPJ, nach Klärung einiger grundsätzlicher programmatischer Fragen im Kampf gegen die herrschenden Ausbeuterklassen eine Stabilisierung der Partei zu sichern, die mit Ausbruch des Krieges 12000 Mitglieder in der Partei und 30000 in der Jugendorganisation umfaßte. Tito war von Anbeginn des Volksbefreiungskrieges der oberste Befehlshaber aller bewaffneten Kräfte, die im Laufe des Kampfes gegen die imperialistischen Besatzer aus Partisanenverbänden, die mit einem bestimmten Gebiet verbunden waren, zu mobilen Einheiten, zum Volksbefreiungsheer mit Bataillonen, Brigaden und Divisionen und am Ende 1944 zur regulären Volksarmee heranwuchsen. Tito schrieb 1946 zu den Besonderheiten



Tito mit Bergarbeitern (1967). Jugoslawien ist bemüht, seinen Energiebedarf weitgehend aus eigener Produktion zu sichern. Gegenwärtig werden die rohstoff- und energieerzeugenden Sektoren der Produktion verstärkt gefördert. Die Kohleproduktion ist von 1946 bis 1978 von 6 Mio. Tonnen auf 40 Mio. Tonnen gestiegen.

Auszüge aus dem Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

Die Volksmacht als Form der Diktatur des Proletariats

Das gesellschaftliche Wesen der Diktatur des Proletariats

Das klassenpolitische Wesen der Volksmacht in Jugoslawien ist die Diktatur des Proletariats, d.h. die Macht des gesellschaftlichen Bündnisses der Arbeiterklasse als führender Gesellschaftskraft mit den übrigen Werktätigen. Die politischen, den eigenen Bedingungen entwachsenen Formen der Macht der Werktätigen, entsprechen den Auffassungen der Werktätigen Jugoslawiens. Diese Formen werden sich auch in Zukunft im Einklang mit der inneren Entwicklung der Produktivkräfte und des sozialistischen Gesellschaftsbewußtseins entwickeln und ändern.

Unter der Diktatur des Proletariats verstehen wir weder diese oder jene äußere Staatsform noch eine bestimmte Methode der Organisation des politischen Systems in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, bzw. zum Kommunismus, sondern ihren gesellschaftlichen, bzw. klassenpolitischen Inhalt. Die Formen, Methoden und die Organisation des politischen Systems entwachsen einem bestimmten gesellschaftlichen Inhalt und können in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sehr mannigfaltig sein, was sie, unvermeidlich, auch sind. Die Diktatur des Proletariats ist das gesellschaftliche Wesen einer Macht und eines politischen Systems, in dem die Arbeiterklasse die unbestrittene Rolle besitzt. Unter der unbestrittene Rolle der Arbeiterklasse kann jedoch, in diesem Sinne, nicht die bloße Beteiligung einer Arbeiterpartei an der Regierung verstanden werden, sondern solche Verhältnisse der Klassen- und politischen Kräfte in einem Lande, in deren Rahmen die Arbeiterklasse und ihre führenden sozialistischen Kräfte, im Bündnisse mit den übrigen Werktätigen, die Möglichkeit besitzen, die Gesellschaftsbeziehungen im Einklang mit ihren gesellschaftswirtschaftlichen Interessen zu verändern und diese Absicht auch zu verwirklichen.

Die Rolle der Arbeiterklasse ist der politische Ausdruck für die Tatsache, daß das gesellschaftswirtschaftliche Interesse der unmittelbaren Produzenten, in seiner Gesamtheit als das Interesse der ganzen Arbeiterklasse genommen, ohne Rücksicht auf das politische Bewußtsein jedes einzelnen Produzenten den fortschrittlichsten materiellen Ansporn des gesellschaftlichen Entwicklungsganges sowohl in der privatkapitalistischen Produktion wie auch in der Produktion mit in gesellschaftlichem Besitz stehenden Mitteln darstellt. Die fortschrittliche Rolle der Arbeiterklasse geht aus der Tatsache hervor, daß sich die Arbeiterklasse nicht von der Ausbeutung befreien kann, ohne dabei auch die ganze Gesellschaft von dem historisch überlebten System und von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Deshalb muß die Arbeiterklasse notwendigerweise nicht nur die Klassenstruktur der Gesellschaft, sondern auch die Gesellschaftsbeziehungen, in welchen sie als Klasse besteht, verändern.

Unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats und des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln kann die Arbeiterklasse ihre eigenen materiellen Interessen und ihre historische Rolle nicht verwirklichen, wenn sie nicht auch gleichzeitig für die Entfaltung der Produktivkräfte, für die Befreiung aller schöpferischen wirtschaftlichen und politischen Gesellschaftsfaktoren vom Druck der antisozialistischen Kräfte kämpft: von der Desorganisation des Kleinbesitzes, dem Bürokratismus, Konservatismus und verschiedenen Formen der Entartung der sozialistischen Entwicklung. In diesem Sinne ist die Diktatur des Proletariats jedes politische System der Übergangszeit, in dem die unmittelbaren und zukünftigen wirtschaftlichen und übrigen Interessen der Arbeiterklasse – d.h. der Produzenten, die mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten – das Leitprinzip ihrer gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivität darstellen. Das ist ein politisches System, das nur eine „Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zur klassenlosen Gesellschaft" darstellt (Marx).

Die gesellschaftliche Rolle und die Aufgaben des sozialistischen Staates

Der Staat als ein in der Übergangsperiode unumgänglich notwendiges Instrument der sozialistischen Kräfte

Der Staat ist das unvermeidliche Produkt jeder Klassengesellschaft und als solcher ein Instrument der herrschenden Klasse. Der Staat ist auch in Jugoslawien eine unumgänglich notwendige allgemeine Form der Macht der Arbeiterklasse und der werktätigen Volkes.

Die sozialistische Revolution kann den Staat allein durch die Erringung der politischen Macht seitens der politischen Kräfte nicht abschaffen und tut dies auch nicht, denn damit verschwinden die Klassen- und gesellschaftlichen Gegensätze nicht, noch ist die neue Gesellschaft ohne ein solches Instrument zur Regelung der inneren Gegensätze und Widersprüche lebens- und entwicklungsfähig. Im Gegenteil, der Staat ist einer der wichtigsten und unentbehrlichsten Hebel der sozialistischen Kräfte zur Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des kapitalistischen Systems und zur Errichtung der Grundlagen des sozialistischen Aufbaus.

Der bisherige geschichtliche Verlauf sozialistischer Revolutionen hat endgültig verschiedene anarchistische Theorien über die Abschaffung des Staates, sowie auch verschiedene kleinbürgerliche utopistische Illusionen über eine Gesellschaft abstrakter demokratischer Prinzipien begraben. „Den Staat schafft man nicht ab; er stirbt ab" (Engels). Das Absterben des Staates ist ein Prozeß, der durch die ganze Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus andauert. Die Zeit, in der sich dieser Prozeß des Absterbens abwickelt, ist gleichzeitig auch die Epoche, in der der Staat in seinen be-

des Befreiungskampfes der Völker Jugoslawiens, zur Verknüpfung von nationalem Befreiungskampf und sozialer Revolution: „... die Kommunistische Partei (hob) nicht die Parole der sozialistischen Revolution hervor. Sie erklärte sich für die breite Volksbefreiungsfront und war der Initiator des Versammelns aller patriotischen Kräfte auf der Plattform des Kampfes gegen die Okkupanten und seine einheimischen Mitarbeiter ... das, wovon wir weder in der Periode der Vorbereitung noch in der Zeit des bewaffneten Befreiungskampfes Abstand genommen haben, war die Entschlossenheit, den breiten Volksschichten Jugoslawiens die Aussicht zu eröffnen, daß sie durch den Befreiungskampf ihre einstigen sozialen und nationalen Bestrebungen verwirklichen werden, daß es keine Rückkehr zum alten gibt. Ein solches Bewußtsein konnte die Massen nur unter der Bedingung beherrschen, daß die bewaffneten Aktionen der Partisanenabteilungen von allem Anfang an auch von einer entsprechenden demokratischen Aktivität der Massen begleitet waren, die das gewährleisten sollte. Deshalb wurden parallel mit den ersten Erfolgen der bewaffneten Aktionen anstelle der alten Machtorgane, die sich in den Dienst des Okkupanten gestellt hatten, Machtorgane des bewaffneten Volkes, die Volksbefreiungsausschüsse, gegründet. Gleichzeitig wies die Volksbefreiungsbewegung durch die Aktivität der nationalen Führungsstellen der Partei bei der Vorbereitung und Ingangbringung des Aufstandes sowie durch die Gründung nationaler militärischer und politischer Führungen des Aufstandes schon von allem Anfang an in der Praxis auf den Weg der Lösung der nationalen Frage und die Regelung der zwischennationalen Beziehungen auf den Grundlagen der Brüderlichkeit und Gleichberechtigung hin."

Unter Titos Initiative wurde 1942 der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens gegründet, welcher auf der zweiten Tagung am 29.11.43 in Jajce zum obersten gesetzgebenden Exekutivorgan, mit dem Nationalkomitee der Befreiung Jugoslawiens als provisorische Regierung, herausgebildet wurde. Damit wurden die Grundlagen zur Gründung eines neuen Jugoslawien geschaffen, welches 1945 unter Titos Führung ausgerufen wurde. Indem sich Jugoslawien konsequent an den eigenen Weg beim Aufbau des Sozialismus hielt, geriet die KPJ im Jahre 1948 mit der Politik der SU unter der Führung J. W. Stalins in Konflikt bzw. mit der Konzeption, daß man den Sozialismus nur auf Grund ei-
nes einheitlichen Modells und einer ge- Konflikt bzw. mit der Konzeption, daß
man den Sozialismus nur auf Grund ei-
nes einheitlichen Modells und einer generellen Linie, die in einem „Zentrum" festgelegt ist, aufbauen kann. Das war auch das Wesen der Auseinandersetzung mit den Unterzeichnern der Resolution des Kommunistischen Informationsbüros im Jahre 1948, wozu Tito schrieb:

„In den Jahren unmittelbar nach der Befreiung heben sich in der Politik der KPJ klar zwei grundlegende strategische Richtungen hervor: der Kampf für die Erneuerung des durch den Krieg zerstörten Landes und sein Herausziehen aus der ererbten Rückständigkeit und der Kampf für die Bewahrung der Unabhängigkeit. Das bedeutete eine Sicherung der Kontinuität unserer Revolution, die im Kampf unserer Partei für das sozialistische selbstverwaltende und nichtpaktgebundene Jugoslawien zum Ausdruck kam."

Auf dem Gebiet der Außenpolitik hob Tito das Prinzip der Verteidigung der Souveränität zwecks Schutzes der Unabhängigkeit des Landes, des Aufbaus des Sozialismus, hervor. Schon im Laufe des Krieges formulierte er die Stellungnahme des neuen Jugoslawien hinsichtlich jener Teile des nationalen Territoriums, die nach dem I. Weltkrieg unter fremder Macht blieben: „Das Fremde wollen wir nicht, das unserige geben wir nicht." Tito war einer der Führer der Länder, die sich im Laufe oder nach dem II. Weltkrieg befreiten, der eine klare Konzeption der Politik der Sammlung der nichtpaktgebundenen Länder erarbeitete. Gemeinsam mit dem indischen Premier Nehru und dem Präsidenten der VAR Nasser war Tito Initiator der Belgrader Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Jahre 1961 und gilt seitdem als „einer der Gründer der Bewegung und ihr erster Präsident" (Resolution 6. Blockfreienkonferenz Havanna). Seit 1937 war Tito der Generalsekretär der KPJ bzw. des BdKJ. 1974, auf dem 10. Kongreß des BdKJ wurde er zum Präsidenten des BdKJ ohne Begrenzung der Mandatszeit gewählt. Seit 1945 war Tito Präsident der Republik. 1974 wurde durch die Verabschiedung der neuen jugoslawischen Verfassung eine Etappe des Kampfes für die Ausweitung der sozialistischen Demokratie sowie den Abbau des Bürokratismus abgeschlossen, die Tito 1962 durch eine Rede in Split eingeleitet hatte und die über eine Wirtschaftsreform im Jahre 1965 weiterentwickelt wurde. Das Präsidium des BdKJ und das Präsidium der SFRJ schreiben in der Erklärung zum Tode Titos: „Genosse Tito suchte tiefer und allseitig das Wesen und die Wahrheit von der Sozialistischen Gesellschaft. Er glaubte an die Schaffenskraft der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen. Er war überzeugt, daß der Sozialismus im Interesse des werktätigen Menschen sein muß, daß er sein Werk wird, daß im Staat der Arbeiterklasse die Klasse selbst die bestimmende Rolle einnehmen muß und nicht irgendwer in ihrem Namen. Unser ganzer Kampf stützte sich auf die breiten werktätigen Massen und schöpfte aus ihnen seine Kraft. Aus ihnen entsprang die Volksfront als Werk breitester Sammlung aller, denen das Erbe unserer blockfreien Selbstverwaltung und sozialistischen Gemeinschaft brüderlicher Völker und Nationalitäten am Herzen liegt. Aus diesem Ge-
danken heraus und der Erfahrungen brüderlicher Völker und Nationalitä-
ten am Herzen liegt. Aus diesem Ge-
danken heraus und den Erfahrungen aus dem Volksbefreiungskrieg wurde mit schöpferischer Anwendung des Marxismus die sozialistische Selbstverwaltung geboren. Genosse Tito war immer bestrebt, daß die selbstverwaltet organisierten Werktätigen Menschen ihre Arbeitsmittel und Arbeitsbedingungen und den Gang der gesellschaftlichen Reproduktion und über das Delegiertensystem die Gesellschaft als Ganzes selbst verwalten. Erinnern wir uns der Worte des Genossen Tito: ‚Die Fabriken den Arbeitern, das Land den Bauern.' die nicht irgendwelche abstrakten Propagandaparolen, vielmehr das gesamte Programm sozialistischer Beziehungen ausdrücken."

stimmten Elementen besteht und eine bestimmte, unumgänglich notwendige und positive Rolle in der Gesellschaft spielt, die in den verschiedenen Entwicklungsphasen der Übergangsperiode verschiedenartig ist.

Das Ziel der Revolution und des sozialistischen Staates ist es nicht, eine neue Gesellschaft nach irgendwelchen vorausbestimmten Schemen oder dogmatischen Konstruktionen zu schaffen. Ihre Aufgabe ist es nur, die sozialistischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren zu befreien, die sich bereits im Schoße der alten Gesellschaft entwickelt hatten und die im Einklang mit der Entwicklung der gesellschaftlichen materiellen Grundlage und mit dem Fortschritt des sozialistischen Bewußtseins, Träger der weiteren sozialistischen Entwicklung werden sollen. Der Staat der Übergangsperiode soll demzufolge das Instrument zur Befreiung der sozialistischen Kräfte vom Kapitalismus, das Instrument zur Verteidigung ihrer freien Entwicklung in den wirtschaftlichen Bedingungen, die auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel entstehen, und das Instrument des demokratischen Organisierens und Erstarkens ihrer wirtschaftlichen und politischen Kraft sein.

Die grundlegenden gesellschaftspolitischen Träger der sozialistischen Entwicklung

Die Stelle und die Rolle der Kommunisten und anderer bewußten sozialistischen Kräfte im System der Volksmacht

... Die Kommunisten geben ihre führende gesellschaftliche Rolle nicht auf. Das sozialistische Bewußtsein spielt bei der Lösung der Widersprüche der sozialistischen Entwicklung eine entscheidende Rolle. Die führenden sozialistischen Kräfte können jedoch nur dann siegen, wenn sie in Einklang mit den objektiven Gesetzen der Entwicklung und mit den Bedürfnissen der Gesellschaft im allgemeinen und in Einklang mit den allgemeinen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse, bzw. der mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln erzeugenden Werktätigen im besonderen wirken. Im Kampf um die Weiterentwicklung des Sozialismus müssen die Kommunisten ständig ihre politische Linie überprüfen und dabei ständig ihre Verantwortung gegenüber den breiten Massen der Werktätigen vergrößern.

Im Kampf gegen den Fraktionismus wird Tito Führer der KPJ

z.brp. Der Fraktionismus in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens währte seit der Gründung der Partei. In der Führung bestand keine Einheit darüber, wie die Partei in der Illegalität aufgebaut werden sollte. So entwickelten sich aus dem Kampf um die revolutionäre Rolle des Proletariats, seine Verbündeten, um die nationale, die Bauern- und die Gewerkschaftsfrage heraus Gruppierungen, von denen die eine für revolutionäre Lösungen eintrat, die Rechte widersetzte sich der Gründung von Parteizellen in den Fabriken, war gegen die politische Arbeit unter den Bauern und den unterdrückten Nationen. Die Linke fraktionierte dann selbst gegen die rechte Fraktion. Sie entfernte sich damit von den von ihr vertretenen Positionen. Die Rechte arbeitete auf eine Spaltung der Partei hin.

Von entscheidender Bedeutung im Kampf gegen den Fraktionismus war die Arbeit Titos auf die 8. Zagreber Parteikonferenz 1928 hin sowie die Konferenz selbst. „Wir suchten nach einem Ausweg aus dieser schweren Situation, in der sich die kommunistische Bewegung Jugoslawiens befand, und gelangten zu der Erkenntnis, zunächst müsse die Partei gesunden und ihre Einheit erkämpft werden ... (Wir) konnten den Kampf gegen die Fraktierei in der Partei nicht offen führen, da wir nicht offen sagen konnten, so und so stehe es um uns. Wir mußten also beharrlich in der Mitgliedschaft arbeiten und uns um ihre ideelle-politische Schulung bemühen." In der Vorbereitung der Parteikonferenz führte Tito Bezirkskonferenzen durch, auf denen jedesmal angereiste Vertreter beider Fraktionen versuchten, die gefestigte und für die Partei bedeutende Zagreber Ortsorganisation zu ihrem Stützpunkt zu machen. „Ich bemühte mich, die Fraktionskämpfe anzuprangern, indem ich darauf hinwies, daß sie die Partei schwächten, daß die Arbeiterklasse und die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei keinerlei Nutzen von solchen Verhältnissen hätten." So scheiterten die Fraktionisten auf den Bezirkskonferenzen. Auf der Parteikonferenz legte Tito, damals Organisationssekretär, ein Koreferat zum Bericht des Sekretärs, der der linken Fraktion angehörte, vor. Tito „sprach im besonderen über die Notwendigkeit, daß sich die Partei mit den Problemen zu beschäftigen habe, mit deren Lösung sie zu einem politischen Faktor im Lande werde. Die Grundvoraussetzung dafür sei die Beseitigung der Fraktiererei, der Sektiererei und des Cliquenwesens. Ich betonte, das könne in erster Linie durch die praktische Arbeit in den Reihen des Industrieproletariats und durch Hebung des ideologischen Niveaus der Mitgliedschaft erreicht werden." Daraufhin wählen die Delegierten ihn zum Sekretär der Zagreber Ortsorganisation. „Die 8. Zagreber Konferenz bedeutete den Beginn der Neuorganisation der gesamten Partei. Von den damaligen Bedingungen des Kampfes ausgehend, forderten die Zagreber Kommunisten, die KPJ solle eine sehr konspirative Kaderpartei mit einer Arbeiter-Führung sein unter strenger Beachtung des Prinzips des demokratischen Zentralismus."

(Alle Zitate aus: Präsident Titos Vorträge in Kumrovec)



1934: Streik in einer Textilfabrik. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hatte zu der Zeit unter 2000 Mitglieder.

Sofort nach Einmarsch der Faschisten organisiert die KP Jugoslawien den nationalen Widerstand

z.mam. Am 6.4.1941 begann der Einmarsch der deutschen Faschisten in Jugoslawien mit dem Bombardement von Belgrad. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens war darauf vorbereitet und begann sofort, den bewaffneten Kampf zu organisieren. Waffen wurden gesammelt, Sabotagetrupps gebildet, Militärkomitees bei den Gebietsleitungen der KPJ gegründet. Tito über die Vorbereitung des Volkskrieges: „Unsere Vorbereitung ging ohne Unterbrechung und mit klar definierten Zielen vonstatten. Die Gerüchte, die später und auch noch nach dem Krieg ausgestreut wurden, der bewaffnete Kampf habe bei uns spontan begonnen, alles habe an dem Tag angefangen, an dem die Sowjetunion ange-
griffen wurde, stimmen nicht. Wir hat- gonnen, alles habe an dem Tag ange-
fangen, an dem die Sowjetunion ange-
griffen wurde, stimmen nicht. Wir hatten uns lange Zeit vorher auf die Ereignisse vorbereitet, von deren Eintreten wir fest überzeugt waren. So traf alles, was folgte, unsere Partei wohl gerüstet.

Schon im Winter 1940 stellten wir uns auf den Standpunkt, daß es notwendig sei, auf irgendeine Weise möglichst enge Verbindungen zu den Streitkräfte herzustellen, dort, vor allem unter den Offizieren, Leute zu finden ... Unmittelbar vor dem Aprilkrieg, der nur etwa zehn Tage dauerte, waren wir in Zagreb und unternahmen Schritte, um uns mit der Armee zu verbinden ... Zu jener Zeit waren die Partei erheblich stärker. Im Juli desselben Jahres zählte sie zwölftausend gute und disziplinierte Mitglieder. Dazu kamen etwa dreißigtausend sehr gut organisierte Mitglieder des Bundes der Kommunistischen Jugend Jugoslawiens ... Wir entfalteten damals auch eine umfangreiche Aktivität, um alle fortschrittlichen Menschen, alle Patrioten anzuziehen. Zu Gesprächen über Kooperation beim Widerstand und einen gemeinsamen Kampf nahmen wir mit einigen Führern oppositioneller Parteien Kontakt auf ... Dazu bewog uns auch die Erfahrung der großen Kundgebungen, zu denen es am 27. März 1941 gekommen war, als in Belgrad und in vielen anderen Orten im ganzen Land die Massen auf die Straße gegangen waren und den Sturz der Regierung Cvetković-Macek begrüßt hatten.

Gleich nach der Kapitulation Jugoslawiens begannen wir mit Diversionsakten – sprengten verschiedene Anlagen in die Luft, steckten Militärfahrzeuge, darunter Lastwagen mit Munition, in Brand, drehten Wegweiser um, die die Deutschen an Kreuzungen aufgestellt hatten, weshalb sie gewöhnlich irgendwo steckenblieben. Das hemmte ihren Marsch nach Osten. Wir waren der Ansicht, daß mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 der günstigste Zeitpunkt für den Beginn des allgemeinen Aufstands gekommen war ... Der Aufstand breitete sich im ganzen Land aus, und wir begannen sehr schnell, Partisanenabteilungen aufzustellen."



1941: Erste Partisanengruppen. Zusammen mit aus dem Gefängnis befreiten politischen Gefangenen. Ende 1941 umfaßten sie 80000.

Nach dem Sieg über die Faschisten leitet die KPJ den Aufbau des Landes

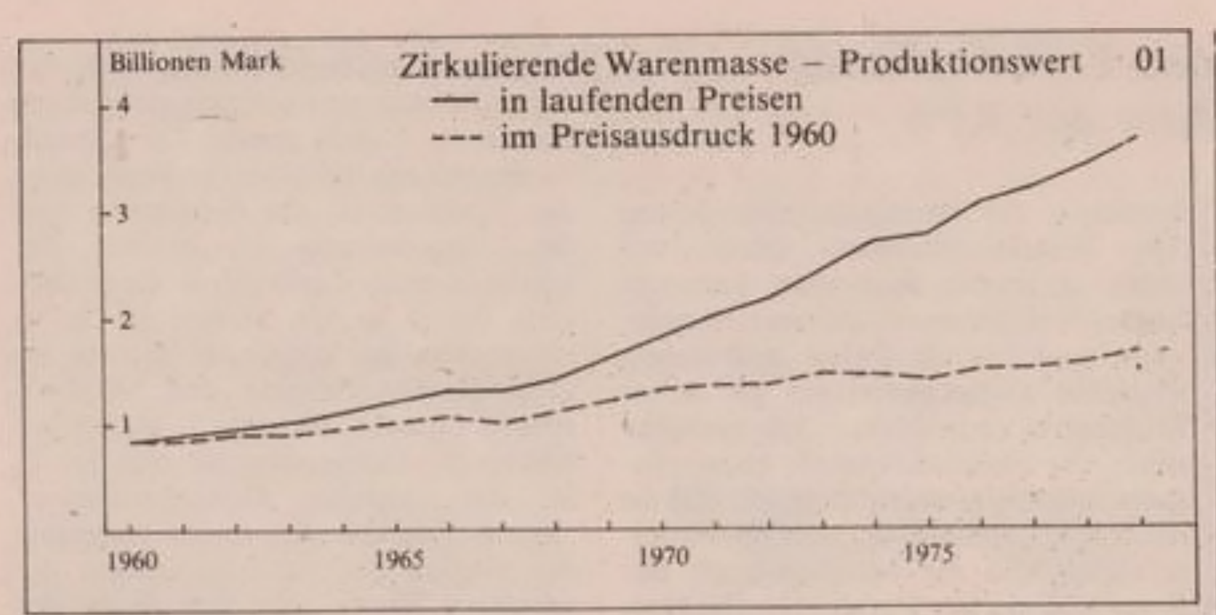
z.wom. Schon wenige Monate nach dem Sieg im Befreiungskrieg konnte Tito feststellen: „Im Verlaufe dieses Jahres haben unsere Völker ungeheure Anstrengungen gemacht und im Wiederaufbau unseres verheerten Landes gewaltige Fortschritte erzielt. Der durch den Krieg zerstörte Eisenbahnverkehr ist wiederhergestellt. Ein bedeutender Teil unserer industriellen Anlagen ist erneuert und in Betrieb gesetzt ... Mit Hilfe der Organisationen der Volksfront und der Armee wurden nahezu 1 Mio. Morgen Brachland in Saatflächen umgewandelt ..." Gleich 1945 initiierte die KPJ die Bodenreform. Der Besitz der Kompradorenbourgeois wurde konfisziert, ebenso ausländische Kapitalanlagen. 1946 beschloß das Volksparlament die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige sowie den ersten Fünfjahrplan.

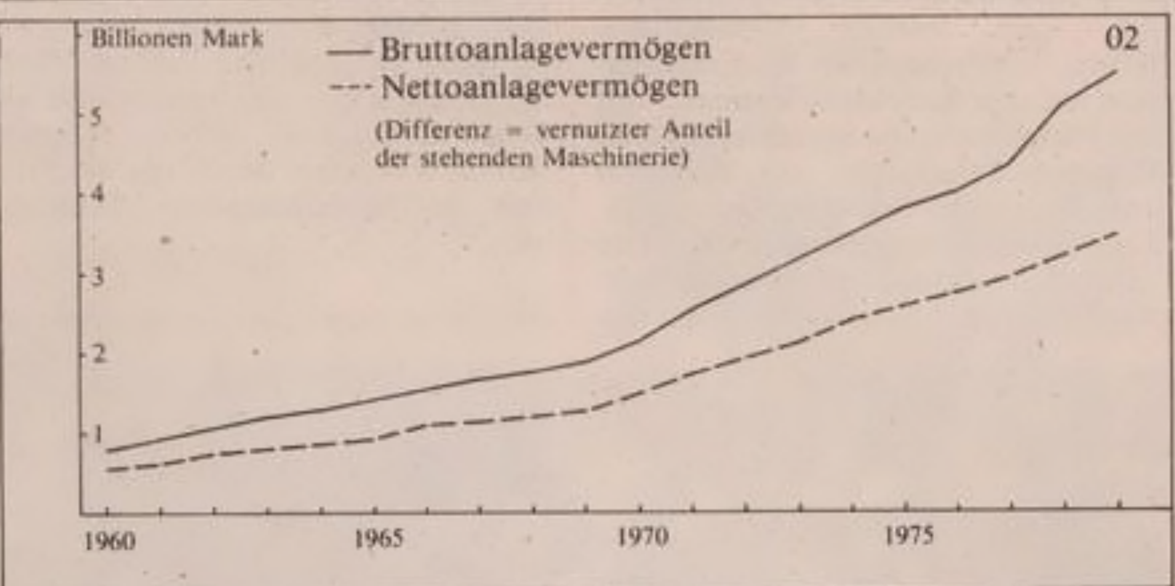
Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Entfaltung der Masseninitiative und Vertrauen auf die eigene Kraft waren Voraussetzungen für den raschen Aufbau. 1950 stärkte die KPJ mit dem Gesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe durch die Arbeitskollektive die sozialistische Wirtschaft und die sozialistische Demokratie.

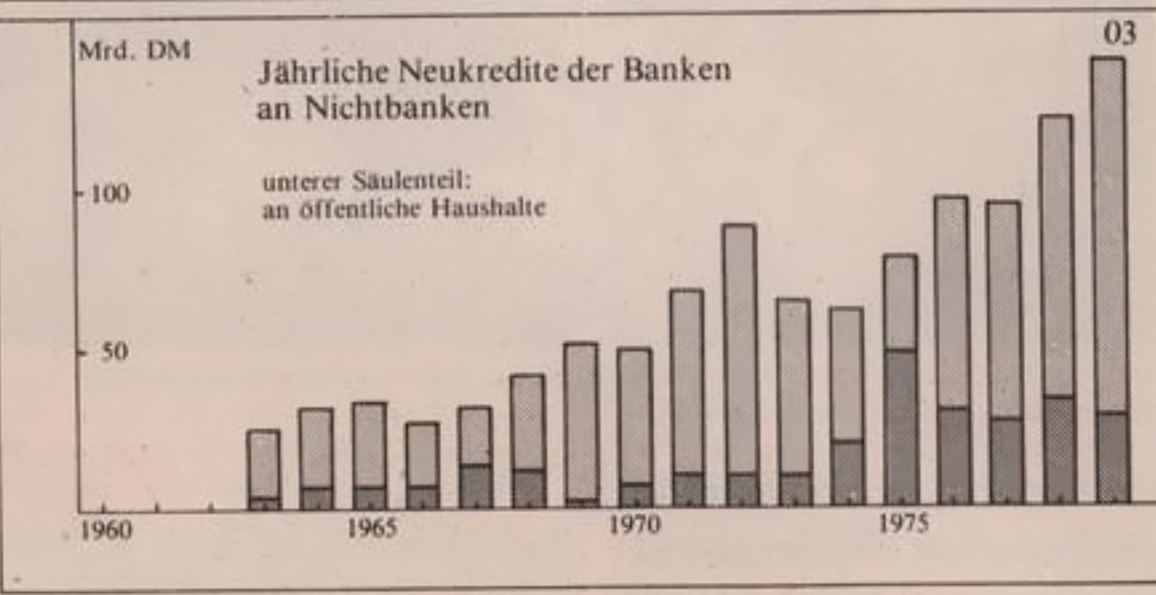
Heute beträgt der Anteil des vergesellschafteten Sektors am jugoslawischen Nationalprodukt 86% gegenüber 62% 1947. Der Beitrag der Einzelwirtschaft (hauptsächlich der Landwirtschaft) ist auf 14% gesunken. Die Industrieproduktion wächst jährlich um über 9%. Allerdings gibt es erhebliche Disproportionalitäten zwischen den Wirtschaftszweigen, ein Ansatzpunkt für imperialistische Einmischung. Die jugoslawische Arbeiterklasse hat die Sozialversicherung für faktisch die ganze Bevölkerung durchgesetzt. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Einheit der Arbeiter und Werktätigen durch Vereinheitlichung der Löhne zu stärken (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 12/79).

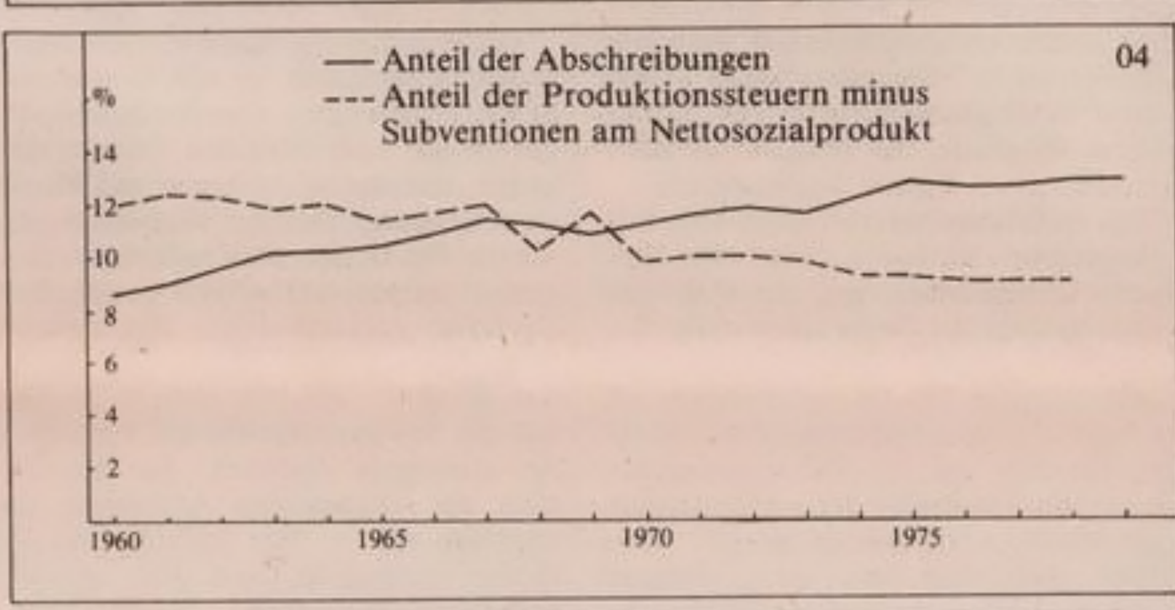


1945: Tito ruft die Föderative Volksrepublik Jugoslawien aus. Schon 1947 ist der Vorkriegsstand in der Produktion wieder erreicht.

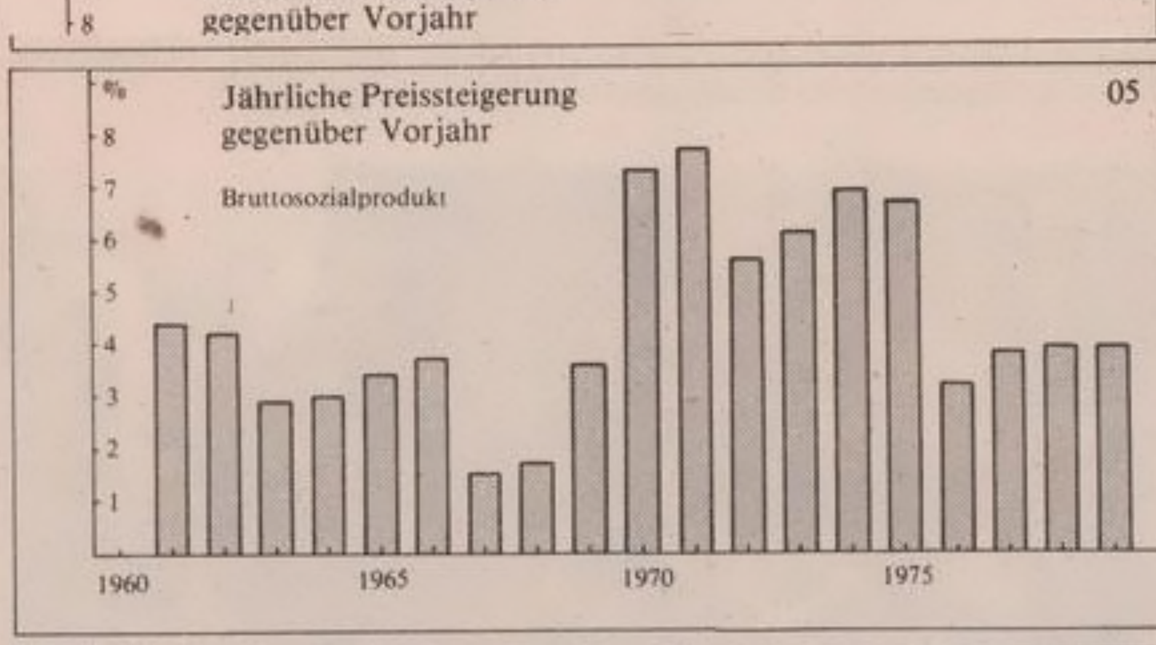


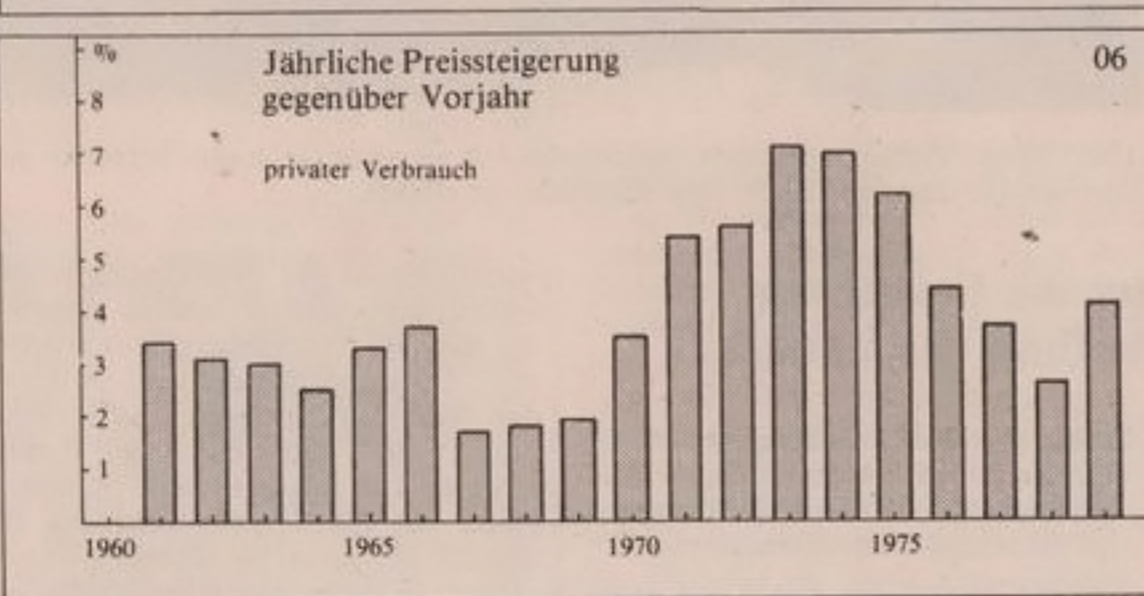


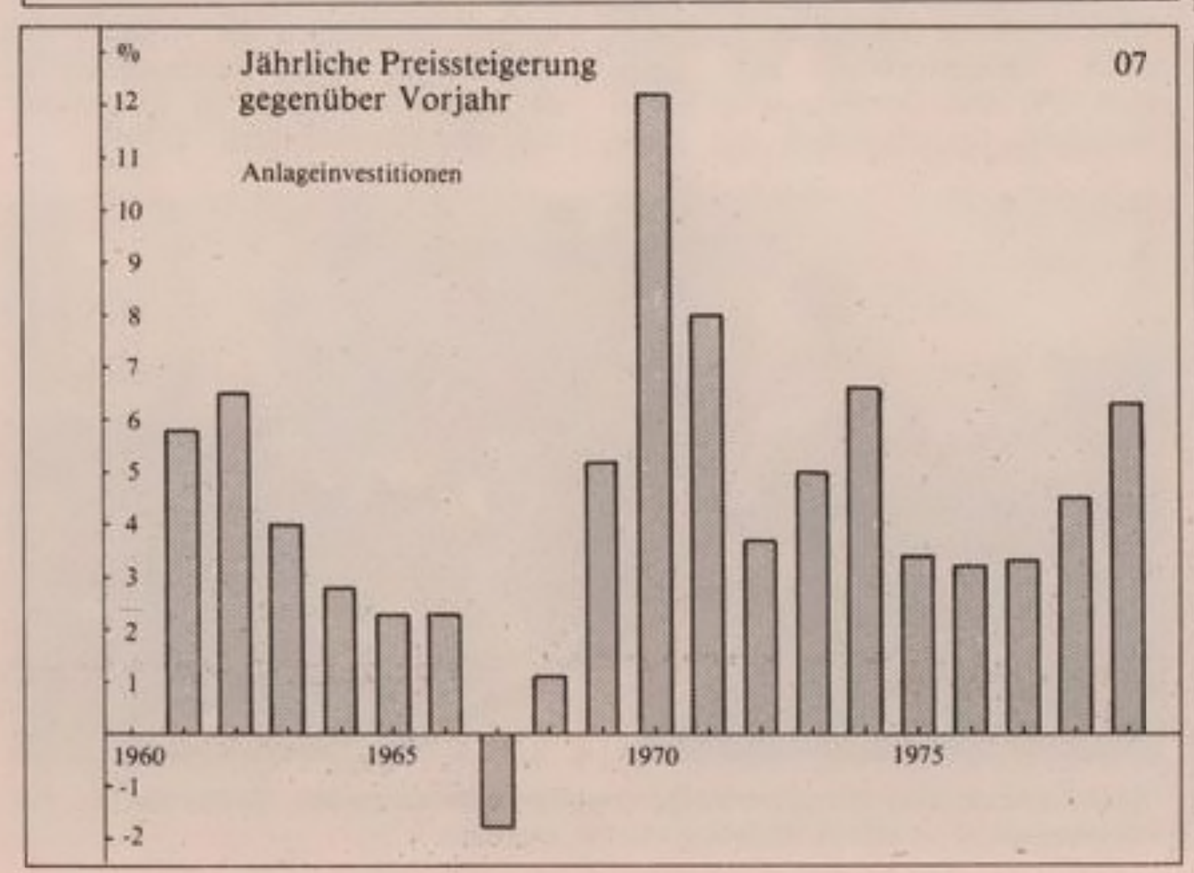




Jährliche Preissteigerung gegenüber Vorjahr 05











Die Inflation, ohne die die imperialistische Bourgeoisie heute nicht mehr auskommt, schafft ihr zusätzliche Profite und kürzt dem Arbeiter die Masse der Lebensmittel, die er für seinen Lohn kaufen kann. Der Tarif steht in der Regel für ein Jahr, aber die Preise steigen laufend. Auch die Bauern bekommen die Inflation als Kürzung ihres Einkommens zu

Inflation, Krise, Auswirkungen auf Reproduktion und Lohnkampf

z.ges. Die Preise können steigen oder fallen, weil der Wert der Waren steigt oder fällt. Der Wert der Waren steigt, wenn die Produktivkraft der Arbeit abnimmt und mehr Arbeit in die Produktion einer Ware gesteckt werden muß. Er fällt, wenn die Produktivkraft der Arbeit steigt und weniger Arbeit in die Produktion einer Ware gesteckt werden muß. Die Preise der Waren können steigen oder fallen, wenn ihr Wert zwar unverändert bleibt, der Wert der Geldware aber, des Goldes, fällt oder steigt. Fällt der Wert des Goldes, weil weniger Arbeit in seine Produktion gesteckt werden muß, dann steigen die Preise der Waren, ausgedrückt im Wert des Goldes. Umgekehrt, umgekehrt. Die Preise können auch nach oben oder unten vom Wert der Waren abweichen, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt oder hinter ihm zurückbleibt. Diese Phänomene der Verteuerung oder Verbilligung von Waren, die unter dem Deckmantel der Inflation alle weiterhin auftreten, dürfen nicht mit der Inflation selber verwechselt werden: der seit Jahren ununterbrochen steigenden Preisentwicklung der Gesamtwarenmasse. Alle bisher genannten Ursachen der Verteuerung von Waren können diese Erscheinung, die Inflation, nicht erklären: Es kann keinen Zweifel geben, daß sich die Produktivkraft der Arbeit in den letzten Jahrzehnten erheblich gestei-
kann keinen Zweifel geben, daß sich die Produktivkraft der Arbeit in den letzten Jahrzehnten erheblich gestei-
gert hat und daß der Wert der einzelnen Waren infolgedessen erheblich gesunken ist. Also müßten die Preise sinken, es sei denn, der Wert des Goldes wäre noch viel schneller gesunken, weil die Produktivkraft der Arbeit in der Goldproduktion noch viel schneller gestiegen wäre als die Produktivkraft der Arbeit in den anderen Produktionszweigen. Obwohl die Produktivkraft der Arbeit in der Goldproduktion gestiegen ist, so ist sie doch auf jeden Fall langsamer gestiegen als im Durchschnitt, weil der Naturwiderstand in der Goldproduktion wie in jeder Bergwerksproduktion viel mehr ins Gewicht fällt als im Durchschnitt. Für die laufende Verteuerung der Waren kann also die Ursache weder unmittelbar in der Produktion der Waren noch in der Produktion der Geldware gefunden werden. Die laufenden Preiserhöhungen können auch nicht aus den Schwankungen von Angebot und Nachfrage entsprechend der Entwicklung der Konjunkturzyklen erklärt werden, denn die Preise steigen auch in der Krise und während der folgenden Stagnation, wo das Angebot die zahlenmäßige Nachfrage übertrifft. Weder in der Warenproduktion noch in der Warenzirkulation kann die Inflation ihre Erklärung finden, sondern zunächst nur im Geldumlauf selber. Von hier aus muß dann zu den Ursachen der Inflation vorgedrungen werden.

Gehen wir zunächst vom allgemeinen Gesetz aus, das die Masse der umlaufenden Zirkulationsmittel regelt, und untersuchen dann die Modifikationen, die durch die Zirkulation von Papiergeld und Kreditgeld hineinkommen. Das allgemeine Gesetz lautet: Preissumme der Waren geteilt durch Umlaufszahl gleichnamiger Geldstücke = Masse des als Zirkulationsmittel funktionierenden Geldes. Beträgt die Preissumme der Waren 1000 Goldmark und läuft die Goldmark bei der Zirkulation dieser Waren fünfmal um, dann sind zur Zirkulation der gesamten Warenmenge 1000 geteilt durch 5 = 200 Goldmark notwendig. Befinden sich mehr als 200 Goldmark in der Zirkulation, dann werden die überschüssigen Goldmark aus der Zirkulation hinausgeworfen und als Werte aufgeschatzt. Wächst die Preissumme der Waren oder nimmt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ab, dann muß die Masse Goldmark in der Zirkulation steigen durch Goldzufuhr aus neuer Produktion oder durch Auflösung von Schätzen, wenn die Zirkulation der Waren mehr oder weniger rei-
neuer Produktion oder durch Auflösung von Schätzen, wenn die Zirkulation der Waren mehr oder weniger rei-
bungslos bewerkstelligt werden soll.

Was passiert, wenn an die Stelle von Goldmark bloße Wertzeichen, bloße Markscheine treten. Marx schreibt dazu: ,,Papierzettel, denen Geldnamen, wie ein Pf.St., 5 Pf.St. usw. aufgedruckt sind, werden vom Staat äußerlich in den Zirkulationsprozeß hineingeworfen. Soweit sie wirklich an der Stelle der gleichnamigen Goldsumme zirkulieren, spiegeln sich in ihrer Bewegung nur die Gesetze des Geldumlaufs selbst wider. Ein spezifisches Gesetz der Papierzirkulation kann nur aus ihrem Repräsentationsverhältnis zum Gold entspringen. Und dies Gesetz ist einfach dies, daß die Ausgabe des Papiergelds auf die Quantität zu beschränken ist, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold (resp. Silber) wirklich zirkulieren müßte.“ (Kapital I, S. 141) Wird von diesem Gesetz aus welchen Gründen auch immer abgewichen, dann tritt Entwertung des Wertzeichens ein. Es repräsentiert jetzt weniger Gold, als sein Name ursprünglich ausdrückte, und die Preise der Waren, ausgedrückt in diesen Wertzeichen, steigen. In unserem obigen Beispiel: Sollen Waren von einer Preissumme von 1000 Goldmark zirkuliert werden und beträgt die Umlaufszahl der Goldmark 5 und befinden sich 400 Markscheine in der Zirkulation, dann können diese Markscheine nicht mehr repräsentieren als 200 Goldmark. Das Papiergeld wird um die Hälfte entwertet, und die Preise der Waren verdoppeln sich, obwohl sich weder der Wert der Waren noch der Wert des Goldes verändert haben. Papiergeld als bloßes Wertzeichen wird solcherart entwertet, weil es im Gegensatz zum Gold nicht nur in der Zirkulation bleibt, obwohl überschüssig, sondern je mehr es entwertet wird, desto heftiger und ruheloser in der Zirkulation umläuft. Jeder versucht es loszuwerden und entweder Waren- oder Goldwerte zu kaufen. Das wiederum wirkt sich beschleunigend auf die Entwertung des Wertzeichens zurück. Alles Maß geht verloren. Papiergeld ohne Zwangskurs erhebt diese Maßlosigkeit zur Regel. Die Kursbindung der Mark an Gold ist seit dem I. Weltkrieg etappenweise aufgehoben worden und existiert heute nicht mehr. Damit konnte die Inflation aus einer Ausnahmeerscheinung zur Dauererscheinung werden.

Die Masse des umlaufenden Geldes ist bestimmt durch den Bargeldumlauf plus den Depositen bei den Banken (Sichteinlagen, Termingelder unter 4
plus den Depositen bei den Banken (Sichteinlagen, Termingelder unter 4
Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist), die die Unterlage der Kredite der Banken bilden: ,,Das verleihbare Kapital, worüber die Banken verfügen, fließt ihnen in mehrfacher Weise zu. Zunächst konzentriert sich in ihrer Hand, da sie Kassierer der industriellen Kapitalisten sind, das Geldkapital, das jeder Produzent und Kaufmann als Reservefonds hält und das ihm als Zahlung zufließt. Diese Fonds verwandeln sich so in verleihbares Geldkapital. Dadurch wird der Reservefonds der Handelswelt, weil als gemeinschaftlicher konzentriert, auf das nötige Minimum beschränkt, und ein Teil des Geldkapitals, der sonst als Reservefonds schlummern würde, wird ausgeliehen, fungiert als zinstragendes Kapital. Zweitens bildet sich ihr verleihbares Kapital aus den Depositen der Geldkapitalisten, die ihnen das Ausleihen derselben überlassen. Mit der Entwicklung des Banksystems und namentlich sobald sie Zins für Depositen zahlen, werden ferner die Geldersparnisse und das augenblicklich unbeschäftigte Geld aller Klassen bei ihnen deponiert. Kleine Summen, für sich unfähig, als Geldkapital zu wirken,

Die Schaubilder zeigen, wie mit wachsendem Anteil des fixen Kapitalteils eine Grundlage der Inflation steigt. Alle Daten sind entnommen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, aus dem Jahresgutachten zur wirtschaftlichen Lage und der amtlichen Preisstatistik. *Schaubild 1:* Als Ausdruck für den Umfang der innerhalb eines Jahres zu zirkulierenden Warenmasse dient der Produktionswert. Er gibt die Summe aller Umsätze an, allerdings einschließlich der Tätigkeiten des Staatsapparates. Als Ausdruck für den stofflichen Umfang der zirkulierenden Warenmasse, der wesentlich langsamer zunimmt als der Geldausdruck dieser Warenmasse, dient der Produktionswert in Preisen des Jahres 1970, umgerechnet auf 1960. *Schaubild 2:* Das Bruttoanlagevermögen gibt den Wert der fungierenden Maschinerie und Bauten in neuem Zustand an, das Nettoanlagevermögen zu seinem jeweiligen Wert. Die Differenz ist jener Betrag, der aufgeschatzt werden müßte, um den Wert des fixen Kapitals zu erhalten. Er steigt zusätzlich, weil die Wiederbeschaffungspreise steigen. Auch in der Preiskalkulation des Kapitalisten geht entsprechend den gestiegenen Wiederbeschaffungspreisen ein ständig höherer Betrag für Abschreibung ein und treibt so die Warenpreise. *Schaubild 3:* Der Kredit, der der Produktion vorauseilt, dehnt die Geldmenge aus. *Schaubild 4:* Das Nettosozialprodukt entspricht ungefähr dem Neuwert. Der notwendige Einsatz an Maschinerie steigt. Die Steuern an den Staatsapparat bewirken Verkürzungen. *Schaubilder 5 – 7:* Verschiedener Verlauf verschiedener Preisraten. *Schaubild 8:* Besondere Teuerung bei Waren, die in den Konsum der Volksmassen eingehen.

Jahr	Produktionswert Preise 1960	Geldmenge M1 Mrd. DM	%
1960	831	51	6,14
1961	861	58	6,82
1962	895	63	7,06
1963	917	68	7,38
1964	971	73	7,52
1965	1025	78	7,66
1966	1037	80	7,68
1967	1026	88	8,57
1968	1111	93	8,41
1969	1215	99	8,18
1970	1284	108	8,41
1971	1331	121	9,09
1972	1371	139	10,09
1973	1446	142	9,75
1974	1437	158	11,00
1975	1412	180	12,68
1976	1492	187	12,47
1977	1527	208	13,62
1978	1573	238	15,07
1979	1631	243	14,84







spüren. Die Preise für ihre Betriebsmittel steigen rascher als die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Das zweite Bild zeigt eine Kundgebung von Bauern in Göttingen 1962. – Steigende Inflation verlangt Erhöhung des Lohnes. Auch weil die Inflation besonders drastisch in den unteren Lohngruppen wirkt, werden Forderungen in Festgeld und Mindestforderungen aufgestellt. Inflation ist nur eine Seite der Lohnkürzung, andere Ursachen der Unterbezahlung sind Intensivierung der Arbeit, Ausdehnung des Arbeitstages oder Abgruppierungen. Die Inflation verschärft ihre Wirkung.

werden zu großen Massen vereinigt so eine Geldmacht. Diese Ansammlung kleiner Beträge muß als besondere Wirkung des Banksystems unterschieden werden von seiner Mittlerschaft zwischen den eigentlichen Geldkapitalisten und den Borgern. Endlich werden auch die Revenuen, die nur allmählich verzehrt werden sollen, bei den Banken deponiert.''

Bilden Sichteinlagen, Termingelder und Spareinlagen die Unterlage der Bankkredite, so nehmen diese selber verschiedene Formen an:

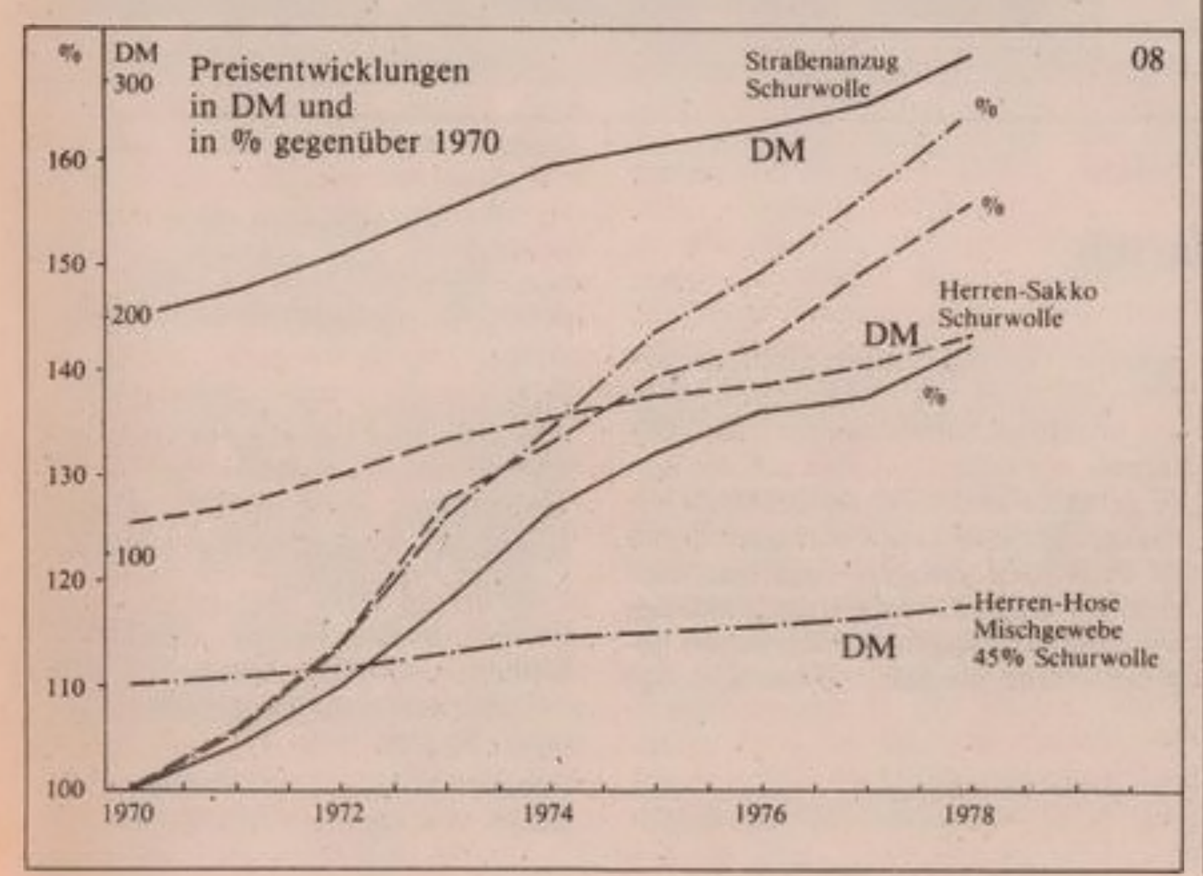
,,Der Kredit nun, den der Bankier gibt, kann in verschiednen Formen gegeben werden, z.B. in Wechseln auf andre Banken, Schecks auf solche, Krediteröffnungen derselben Art, endlich bei Banken mit Notenausgabe in den eignen Banknoten der Bank. Die Banknote ist nichts als ein Wechsel auf den Bankier, zahlbar jederzeit an den Inhaber, und vom Bankier den Privatwechsel substituiert. Die letztre Form des Kredits erscheint dem Laien besonders frappant und wichtig, erstens weil diese Art Kreditgeld aus der bloßen Handelszirkulation heraus in die allgemeine Zirkulation tritt und hier als Geld fungiert; auch weil in den meisten Ländern die Hauptbanken, welche Noten ausgeben, als sonderbarer Mischmasch zwischen Notenbank und Privatbank in der Tat den Nationalkredit hinter sich haben und ihre Noten mehr oder minder gesetzliches Zahlungsmittel sind; weil es hier sichtbar wird, daß das, worin der Bankier handelt, der Kredit selbst ist, indem die Banknote nur ein zirkulierendes Kreditzeichen vorstellt. Aber der Bankier handelt auch im Kredit in allen anderen Formen, selbst wenn er bar bei ihm deponiertes Geld vorschießt. In der Tat bil-

auch im Kredit in allen anderen Formen, selbst wenn er bar bei ihm deponiertes Geld vorschießt. In der Tat bil-
det die Banknote nur die Münze des Großhandels, und es ist stets das Depositum, was als Hauptsache bei den Banken ins Gewicht fällt.'' (Kapital III, S. 416f)

In der Bundesrepublik sind gesetzliches Zahlungsmittel und Banknoten verschmolzen in der Geldausgabe der Bundesbank. Entscheidend bleibt für die Untersuchung des Wachstums der Zirkulationsmittel die Untersuchung der Einlagen bei den Banken und der Hauptquellen ihres Wachstums.

Eine Hauptquelle ihres Wachstums ist die wachsende Masse von fixem Kapital und der wachsende Anteil des fixen Kapitals (vor allem Maschinerie und Gebäude) am gesamten vorgeschossenen Kapital, die mit der Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit Hand in Hand geht. Der in der Produktion verschlissene Teil des fixen Kapitals wird abgeschrieben, während Maschinerie und Gebäude ihrem Gebrauchswert nach weiter in der Produktion fungieren und noch nicht ersetzt werden müssen. Die wachsenden Summen abgeschriebenen Kapitals werden Deposita bei den Banken und bilden hier wieder die Grundlage für Kredite zwecks Akkumulation. Eine andere Hauptquelle der Geldvermehrung ist die wachsende Mehrwertmasse, die sich in den Händen des Kapitals ansammelt, vom aneignenden Kapitalisten aber nicht sofort akkumuliert oder konsumiert sondern deponiert wird und so als Kreditgeld fungiert: ,,Die Sucht, diesen als virtuelles Geldkapital sich aufschatzenden Mehrwert sowohl zum Profit wie zur Revenue brauchbar zu machen, findet im Kreditsystem und in den ,papierchens' das Ziel ihres Strebens.'' (Kapital II, S. 414) Allgemein wird jedes Kapital das vom Produktionsprozeß vorübergehend freigesetzt wird und jeder Teil des Mehrwerts, der nicht sofort von den Kapitalisten akkumuliert oder verbraucht wird, zum Depositum und dann zu Kreditgeld, das so sofort in die Zirkulation zurückfließt und das umlaufende Geld vermehrt durch bloße Wertzeichen. In dem Maße, wie dieses der Zirkulation zufließende Geld schneller wächst als die kapitalistische Produktion und Zirkulation von Waren, muß es inflationäre Wirkung haben und hat sie auch. Bei Krise und Stagnation aber bleiben diese umlaufenden Geldmittel in der Zirkulation, während die kapitalistische Produktion und Zirkulation von Waren stockt und zurückgeht. Die Inflation erreicht den Höhepunkt. Der Arbeiterklasse gegenüber führt die Inflation zu einem betrügerischen Schnitt der Kapitalistenklasse, wenn die Lohnerhöhungen der inflationären Preisentwicklung nicht nachkommen. Im Auf-

flation zu einem betrügerischen Schnitt der Kapitalistenklasse, wenn die Lohnerhöhungen der inflationären Preisentwicklung nicht nachkommen. Im Auf-
schwung der Konjunktur kann die Arbeiterklasse diesen betrügerischen Schnitt weitgehend verhindern. In der Krise und Stagnation sahnen aber die Kapitalisten gewaltig ab. Während die Lohnsumme auch nominal sinkt, erreicht die Inflation ihren Höhepunkt. Allgemein wird die Reproduktion der Arbeiterklasse beschnitten, und bei Teilen der Arbeiterklasse, der industriellen Reservearmee und den schlechtestverdienenden Teilen der Lohnabhängigen kann sie völlig zusammenbrechen. Jede spätere Lohnerhöhung geht aus von dieser gesunkenen Basis, und es hängt von günstigen Umständen ab, ob die Löhne ihr früheres Niveau je wieder erreichen. Mit einer solchen Situation der Krise bei galoppierender Inflation muß man jetzt rechnen. Das erste Mittel dagegen ist der festere und umfassendere gewerkschaftliche Zusammenschluß.



,,Hunderttausend Mark Tagesverdienst und – bettelarm''

z.bew. Vor dem Ersten Weltkrieg betrug der Preis eines US-Dollars 4,20 Mark, Anfang 1919 waren es bereits 8,52 Mark. In den nächsten drei Jahren sank der Wert der Mark um das zehnfache und fiel dann 1922 und vor allem 1923 ins Bodenlose. Einem Dollar entsprach:

1. 1.1919	8,52 Mark
1. 1.1920	64,68 Mark
1. 1.1921	65,10 Mark
1. 1.1922	191,10 Mark
1. 1.1923	18060,00 Mark
1.11.1923	8 Billionen Mark

1923 stellten allein 300 Papierfabriken Notenpapier her, in 150 Notendruckereien wurde, Tag und Nacht Papiergeld gedruckt. Die Notenpressen der Reichsbank druckten Banknoten, für die es keinerlei Gold- oder sonstige Deckung gab und kreditierten damit die Kapitalisten und den Staatsapparat zu einem Zinssatz, der bei weitem unter der Inflationsrate lag, daß bei Fälligwerden der Rückzahlung die zu zahlenden Beträge nur noch eine Bagatelle waren. Die Besitzer von Sachwerten konnten durch die Inflation ihre Schulden abtragen und über Kredite neuinvestieren und die kleineren Betriebe aufkaufen. Ende 1922 hatten die Kapitalisten bereits wieder Kredite in der Höhe von 422 Mrd. Mark von der Reichsbank bekommen, und die Regierung war bei ihr mit 1185 Mrd. Mark verschuldet. Gleichzeitig wurden die von der Bevölkerung gezeichneten Kriegsanleihen wertlos, die Vermögen der Kranken-, Invaliden- und Altersrentenkassen entwertet und die Spar-

Kriegsanleihen wertlos, die Vermögen der Kranken-, Invaliden- und Altersrentenkassen entwertet und die Spar-
guthaben verfielen. Ersparnisse im Wert von mehr als 30 Mrd. Goldmark waren nach der Inflation 1924 vernichtet. Die Anzahl der Konten bei der Deutschen Bank sank von 804000 (1922) auf 281000 Konten (1924). Und während die Preise für die Lebensmittel immer schneller stiegen, blieben die Löhne trotz fast täglich neuer Festlegungen immer weiter zurück. Der Lohn, der abends ausgezahlt wurde, war am nächsten Morgen beim Kaufmann schon häufig 20–30% weniger wert als am Vortag. Der Reallohn der Arbeiter sank während der Inflation auf bis zu 75% des Standes von 1914.

Die *Bourgeoisie und ihr Anhang* hatten während der Inflation allen Grund zu feiern:

,,Nach der blutigen Ausschweifung des Krieges kam der makabre Jux der Inflation! Welch atembeklemmende Lustbarkeit, die Welt aus den Fugen gehen zu sehen! Haben einsame Denker einst von einer ,Umwertung aller Werte' geträumt? Statt dessen erlebten wir nun die totale Entwertung des einzigen Wertes, an den eine entgötterte Epoche wahrhaft geglaubt hat, des *Geldes*. Das Geld verflüchtigt sich, löst sich auf in astronomische Ziffern. Siebeneinhalb Milliarden deutsche Reichsmark für einen amerikanischen Dollar! Neun Milliarden! Eine Billion! Was für ein Witz! Zum Totlachen ... Amerikanische Touristen kaufen Barockmöbel für ein Butterbrot, ein echter Dürer ist für zwei Flaschen Whisky zu haben. Die Herren Krupp und Stinnes werden ihre Schulden los: Der kleine Mann zahlt die Rechnung ... Der Dollar steigt, lassen wir uns fallen! Warum sollen wir stabiler sein als unsere Währung? Die deutsche Reichsmark tanzt: Wir tanzen mit! Millionen von unterernährten, korrumpierten, verzweifelt geilen, wütend vergnügungssüchtigen Männern und Frauen torkeln und taumeln dahin im Jazz-Delirium. Der Tanz wird zur Manie, zur *idée fixe*, zum Kult. Die Börse hüpft, die Minister wackeln, der Reichstag vollführt Kapriolen. Kriegskrüppel und Kriegsgewinnler? Filmstars und Prostituierte, pensionierte Monarchen (mit Fürstenabfindung) und pensionierte Studienräte (völlig unabgefunden) – alles wirft die Glieder in grausiger Euphorie.'' (Klaus Mann: Der Wendepunkt (1949), Gütersloh 1960)

Die Träume des *Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie* zerschellen:

,,Wenn jemand gewußt hätte, wieviel brennende Erniedrigung und Bitterkeit sich gerade in seiner ehemaligen Unteroffizierswohnung angesammelt haben! Wenn jemand auf Nägeln schläft und sich Asche aufs Haupt streut, so ist es gewiß Boß, der vierunddreißg Jahre in der staatlichen Pulverfabrik gearbeitet hat. Ein Schwur trennte ihn sein ganzes Leben lang von allen anderen Menschen. Leute wie er, die den Soldatenschwur des Schweigens einmal gegeben haben, dürfen weder in die Gewerkschaft, noch in die Partei, selbst in der Arbeiterkneipe durften sie sich nicht zeigen ... die Arbeiter der Pulver- und Geschützfabrik schwiegen umsonst, aus Dank für das ihnen bewiesene Vertrauen. Denn das machte sie gewissermaßen aus einfachen Lohnarbeitern zu Bundesgenossen der Regierung. Sogar der Kaiser selbst war sozusagen in der

maßen aus einfachen Lohnarbeitern zu Bundesgenossen der Regierung. Sogar der Kaiser selbst war sozusagen in der
Schuld dieser Leute. Sie verehrten die Dynastie, wie arme Schlucker, denen ein Milliardär die Ehre erwiese, ein paar Groschen auszuleihen. Und als der Krieg kam und Gold in Geschütze und Munition umgeschmolzen wurde, erwies die Regierung Herrn Boß tatsächlich eine große Ehre: sie nahm sein Sparkassenbuch. Als die Frau Geheimrätin, die Gattin des Direktors, mit ihren Töchtern und ihrem Diener in der Wohnung des Herrn Boß erschien, um dem alten Arbeiter einige Obligationen der Kriegsanleihe anzubieten – mit welcher Andacht und Opferbereitschaft warf ihr da Boß alle seine Ersparnisse vor die Füße! Ehe Herr Boß sich die Tränen der Rührung vom Gesicht hatte wischen können, zerrann die deutsche Mark wie Tau im Morgen. Und die Goldstücke – er besaß deren 132 Stück – rollten so unhörbar in den Abgrund der Inflation, daß nicht einmal ein Klingen hörbar ward. Aber Boß war glücklich. Seit jener Zeit vergingen fünf, nein mehr – ganze sieben Jahre. Als man das Vertiko, einen Schaukelstuhl und die schöne Uhr, die er für seine 25jährige makellose Arbeit von der Fabrik erhalten hatte, aus der Wohnung herausbrachte, glaubte Herr Boß noch an Gott und Gerechtigkeit. ... Aber als alle Opfer vollkommen erschöpft waren und sich des noch immer geduldigen Boß die große Müdigkeit bemächtigte, die jeder Arbeiter kennt, der die Sechzig hinter sich hat; als seine Augen trübe wurden, seine Hände zu zittern anfingen und ihm der von Äther vergiftete Speichel aus dem Mund zu fließen anfing – da wurde Boß entlassen. Mit zwei Billionen Papiergeld und einem Zimmer in der toten Kaserne. Da stellte sich heraus, daß Herr Boß auch nur ein Arbeiter war. Wie entsetzlich! Diese Einsamkeit! Zerfetzt, von der Maschine erdrückt, flog das Sandkörnchen Boß, der Splitter Boß in das große Meer seiner Klasse, in ihren tiefen Abgrund hinein, wo es kein Licht und keine Hoffnung mehr gibt.'' (Larissa Reisner: Im Lager der Armut, (1926))

Die *Arbeiterklasse* führte einen erbitterten Kampf gegen den Hunger:

,,Die Frauen holten die Löhne und Gehälter schon morgens bei ihren Männern in der Fabrik ab, und dann setzte der Sturm auf die Läden ein, aus Furcht, daß mittags alles wieder teurer sein werde. Immer schwieriger wurden die Lohnverhandlungen; bis die neuen Tarife herauskamen, waren sie schon überholt, Vorschüsse wurden gefordert, jeden dritten Tag war Löhnung, jeden achten Gehaltszahlung. Freie Vereinbarungen kamen nicht mehr zustande, der staatliche Schiedsrichter mußte eingreifen, die Schiedssprüche wurden nicht anerkannt und vom Arbeitsminister dennoch für verbindlich erklärt ... Jede Werkstatt hatte jetzt ihre eigene Lohnforderung, ihre eigenen Streiks. Alle Tage rückte ein Trupp Rischianer vor das Hauptverwaltungsgebäude und demonstrierte mit Pfiffen und erregtem Geschrei. Das Direktorium hielt ihnen vor, die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft sei der Betriebsrat; sie dürften sich nicht über die berufenen Vertrauensmänner hinwegsetzen; wilde Streiks würden auch von der Gewerkschaft mißbilligt.'' (Erik Reger: Union der festen Hand (1939), Reinbek 1979)

,,Marie schlug entsetzt die Hände zusammen, als sie im nächsten Metz-

,,Marie schlug entsetzt die Hände zusammen, als sie im nächsten Metz-
gerladen etwas Fleisch kaufen wollte. ,Leute, seid ihr denn schon ganz ohne Verstand?' schrie sie, als Peterson, Schubiaks Nachfolger, ihr den doppelten Preis als tags zuvor für das Fleisch abforderte. ,Aber liebe Frau Lebnitz', beschwor die Frau Peterson, ,was sollen wir denn sagen? Fragen Sie doch mal bei anderen Metzgern, was uns die Grossisten heute auf dem Schlachthof für Preise aufknallen. Sollen wir denn gleich wieder den Laden schließen?' Frau Kumiak, die für das Mittagessen ein Stückchen Fleisch mitnehmen wollte, verzichtete darauf, indes Marie sich nicht entschließen konnte. Sie schimpfte weiter ... In der Hoffnung, irgendwo billigeres Fleisch zu bekommen, gingen sie weiter. Allein auch die anderen Metzger hatten ihre Preise dermaßen erhöht, daß es eine Schande war, das Geld herzugeben. So kehrten sie also um und traten den Heimweg an. Unterwegs begegneten sie Frauen aus der Kolonie. Sie schrien sofort aufeinander ein. ,Soll man das noch glauben? Das Brot siebenhundert?' ,Gibt es keine Stelle, wo man die Wucherer anzeigen kann? Wo ist denn die Polizei heute? Sitzt in allen Löchern, nur nicht auf der Straße, wenn man sie braucht!' ,Jetzt können wir den blanken Tisch anknabbern. Hat der Mensch noch Worte? Wir müssen ja vor Hunger krepieren!' ... Kumiak hätte sich, weil er daran gewöhnt war, auch ohne Fleisch behelfen können. Aber daß die Margarine um das Doppelte gestiegen war, daß seine Frau ihm aus Sparsamkeit nicht einmal den nötigen Kautabak gekauft hatte, weil Götze statt dreihundert sechshundert Mark für die Rolle verlangte, das war Grund genug, ihn mit schweren Sorgen zu erfüllen. Er hatte ganz heimlich gehofft, wenn sich die Verhältnisse einmal besserten, zu einem neuen Anzug zu kommen. Jetzt war alles aus.'' (Hans Marchwitza: Die Kumiaks (1934), Berlin 1955)



Streik der Conti-Handwerker 1971 gegen die Einführung von Akkordarbeit. Bild: Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude nach einem Sternmarsch aus den hannoverschen Betrieben.

Mehr als die Hälfte aller Contibeschäftigten arbeitet im Schichtbetrieb

r.gef. In den hannoverschen Werken der Conti arbeiten von 9000 Arbeitern ca. 3000, also ein Drittel, im Dreischichtsystem. Der Conti-Vorstand hat die Schichtarbeit und insbesondere die Nachtarbeit in den letzten Jahren ausgeweitet und will dies im Zusammenhang mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 300 Mio. DM bis 1981, wo beträchtliche Teile der veralteten Maschinerie durch neue ersetzt werden sollen, noch weiter vorantreiben.

Vor der Krise 1972/73 hat der Vorstand erheblich Mühe, Nachtschichtarbeiter für die Produktion zu ködern. Große „Kaffeefahrten" aus dem Umland bis nach Salzgitter und Walsrode werden organisiert, nicht unerhebliche betriebliche Nachtarbeitszulagen gezahlt, um die Arbeiter zu gewinnen. Doch im Zuge der infolge der Krise durchgeführten Entlassungen (von 1970 bis 1977 wird die Belegschaft von 2800 auf 1800 abgebaut) streicht der Vorstand Anfang 1976 die betriebliche Nachtschichtzulage, was bis zu 200 DM netto ausmacht. Gleichzeitig tritt eine Neuregelung für die Arbeitszeiten der Schichten in Kraft. Der Beginn der Spätschicht wird von 14 auf 14.30 Uhr gelegt, der der Nachtschicht von 22 auf 23 Uhr (zuvor überschnitten sich hier die Schichten jeweils um ½ Stunde). Die durch die Veränderung der Schichten sich ergebende verkürzte Nachtschicht auf 6,5 Arbeitsstunden mag man auf den ersten Blick positiv bewerten, doch durch den fehlenden Lohnausgleich und die Kürzung der betrieblichen Zulage hat sich die Ver- Lohnausgleich und die Kürzung der betrieblichen Zulage hat sich die Ver-kürzung in ihr Gegenteil verkehrt. Da sich der Betriebsrat mit seiner Unterschrift auf diese Betriebsvereinbarung einläßt, kann auch ein dreitägiger Streik der Dreischichtarbeiter nichts mehr ausrichten.

Vor dem 1.1.76 hat ein Dreischichtarbeiter in Lohngruppe IV/2, im 138er Akkordzeitgrad, 2298 DM im Monat verdient, heute sind es 2396, also ganze 4,2% mehr. Gegenüber einem Zweischichtarbeiter sind das 75 DM mehr, die durch die Nachtarbeit höheren Reproduktionskosten sind nicht mehr aufzubringen. Dabei ist auch gar nicht verwunderlich, daß der Krankenstand der Arbeiter von 9% 1977 auf 11,4% 1979 anstieg, wobei sich die steigende Akkordhetze als zusätzlicher Faktor noch auswirkt.

Seit 1976 erhöht sich die Zahl der Überstunden und Sonderschichten ständig. 1979 werden im Werk Hannover-Limmer von jedem Beschäftigten durchschnittlich 5 Sonderschichten gefahren, von insgesamt 2300 Beschäftigten fahren 1200 bis zu 15 Sonderschichten, 127 sogar über 15 Sonderschichten. Vorstandsvorsitzender Hahn zu dieser Mehrarbeit: „Es kommt jetzt darauf an, Heu zu machen, wo die Sonne noch scheint." Solange die Konjunktur es noch gut meint, will er die Samstagsschichten zur Regel machen. So sollen z.B. die Dreischichtarbeiter für die verkürzte Nachtschicht in der Frühschichtwoche eine Samstagsschicht als „Ausgleich" fahren. Die geplante Einführung der 6-Tage-Woche muß Hahn erst einmal auf Eis legen, denn Betriebsrat und Belegschaft nehmen auf Betriebsversammlungen dagegen eindeutig Stellung.

Bei den Sonderschichten ist die Lage schon schwieriger: nachdem sich die Betriebsräte aller Werke Anfang dieses Jahres einig sind, Samstagsschichten nur zuzulassen bei dringender Notwendigkeit und Freiwilligkeit, gelingt es dem Vorstand, den Betriebsrat mit Hilfe der Einigungsstelle des Werkes Korbach im Februar auf insgesamt 15 Sonderschichten für das erste Halbjahr 1980 zu verpflichten.

Die Nachtarbeit wird vom Betriebsrat insoweit angegriffen, als daß er sie mitverantwortlich macht für die zur Die Nachtarbeit wird vom Betriebsrat insoweit angegriffen, als daß er sie mitverantwortlich macht für die zur Zeit in der Reifenproduktion fehlenden Arbeitskräfte. Das ist zu wenig. Man wird sehen müssen, was das „Projekt Schichtarbeit" (PROSA) der IG Chemie für Ergebnisse bringt. 5000 Arbeiter verschiedener Chemiebetriebe sind in diesem Zusammenhang zur Schichtarbeit befragt worden. Beschlüsse der IG Chemie gegen die Schichtarbeit gibt es noch kaum. Der Hauptvorstand geht die Frage der Schichtarbeit mehr unter dem Aspekt an, sie humaner zu gestalten. Man wird jedoch Beschlüsse fassen müssen, die dem Verbot der Nacht- und Schichtarbeit förderlich sind, was auch die beste Waffe sein wird, die Ausweitung der Schichtarbeit auf der Conti ins Wochenende hinein zu verhindern.

Geschichte der Conti: Dreimaliger Anlauf zur weltweiten Expansion

r.heh. I.Phase bis 1918. Gegründet wurde die „Continental Cautchouc- und Gutta-Percha-Compagnie" (AG) 1871 vom hannoverschen Bankkapital, das eine bankrotte Familien-Klitsche übernommen hatte. Der neu entstandene Markt für Fahrrad- und später (um 1955) für Autoreifen bringt das Geschäft in Schwung; die Conti produziert als erstes deutsches Unternehmen Schlauch- und Wulstreifen (1891/92). Das Geschäft blüht: 1914 sind schon 12000 beschäftigt; die Dividende steigt von 27% (1891) auf 55% (1896–98) und liegt bis 1914 bei 40–45%; das Aktienkapital steigt von 900000 Mark (1871) auf 15 Mio. Mark (1914). Bis 1914 ist die Conti in 17 europäischen und 36 Übersee-Ländern vertreten. 1905 Gründung des ersten ausländischen Produktionsbetriebes in Paris; ein australisches Werk – nahe bei den Kautschuk-Plantagen der südostasiatischen Kolonien – ist in Planung. Die Conti bereift die ersten LKWs des deutschen Heeres und produziert im Weltkrieg Gasmasken, Ballon- und Flugzeugmaterial. Die Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 wirft die Conti-Expansion zurück: alle ausländischen Tochter-Unternehmen gehen verloren.

II.Phase bis 1945. Nach 1918 kooperiert die Conti mit dem US-Konzern Goodrich, der 25% der Conti-Aktien übernimmt. Das sichert Rohstoffzufuhr und technisches „know-how": 1921 bringt die Conti die ersten Reifen mit elastischem Cordgewebe auf den deutschen Markt. Die Reifenproduktion wird mechanisiert, das Bedaux-System eingeführt. 1928 wird Excelsior (heute: Werk Limmer) und 1929 Korbach geschluckt, außerdem wird 1929 der Konkurrent Goodrich durch ein deutsches Banken-Konsortium wieder ausgebootet. In der Wirtschaftskrise werden von 17000 Beschäftigten (1929) über 6000 (bis 1932) auf die Straße gesetzt. 1930 kauft sich die Opel-Familie in die Conti ein. Die Nazis sind gut für den Profit: von 1933 bis 1938 steigt die Belegschaft um 50%, während sich der Umsatz vervierfacht; die Conti schluckt Fabriken in Spanien und Jugoslawien. Zweiter Weltkrieg: In den hannoverschen Conti-Werken werden Tausende von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen ausgebeutet, während das Conti-Kapital die polnische Gummifabrik Posen, die rumänische Good rich-Tochter Bonloc, die belgische Michelin-Tochter Zyn kassiert. Noch mehr war geplant – die Niederlage des deutschen Faschismus 1945 hat es verhindert; der größte Teil der Auslands-Töchter geht wieder verloren.

III.Phase ab 1945. Das Geschäft beginnt mit der Währungsreform – und ein neuer „Freundschaftsvertrag" wird mit dem US-Konzern General Tire & Rubber geschlossen, der 1954 endet. Die Expansion beginnt von neuem im Inland wie im Ausland. 1969 übernimmt die deutsche Bank das Aktienpaket der Opel-Familie. 1970 beginnt eine weltweite Reifen-Überproduktionskrise, ab 1973 die Verteuerung der Rohstoffe. Michelin hat bei Gürtelreifen die Nase vorn und steigert seinen Marktanteil in der BRD von 6% (1970) auf 24% (1977), während die Conti von 20% auf 12% wegsackt. Die Aufholjagd des Conti-Kapitals: Umstellung auf Gürtelreifen (1978 faktisch abgeschlossen), Senkung der Reallöhne, von 1973 bis 1976 Senkung der Investitionen unter den Wertverlust der vorhandenen Maschinerie. Die Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes von 50000 DM (1971) auf 87000 (1977) wird fast ausschließlich durch Intensivierung der Arbeit erzielt. Ab 1977 steigen wieder die Investitionen: die neue „Offensive" wird vorbereitet.

„Auf dem allerschnellsten Weg müssen wir wieder offensiv und expansiv werden"

r.thk. 1979 rückte Conti vom 7. Platz zum drittstärksten Gummikonzern Europas vor. Mit den europäischen Werken des US-Konzerns Uniroyal verleibte sich das Conti-Kapital je ein Werk in Frankreich, Belgien, Westdeutschland und Großbritannien ein. Dazu Vertriebsgesellschaften in Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz und Italien. Zur gleichen Zeit mußten die US-Monopole Firestone und Goodyear etliche Werke schließen.

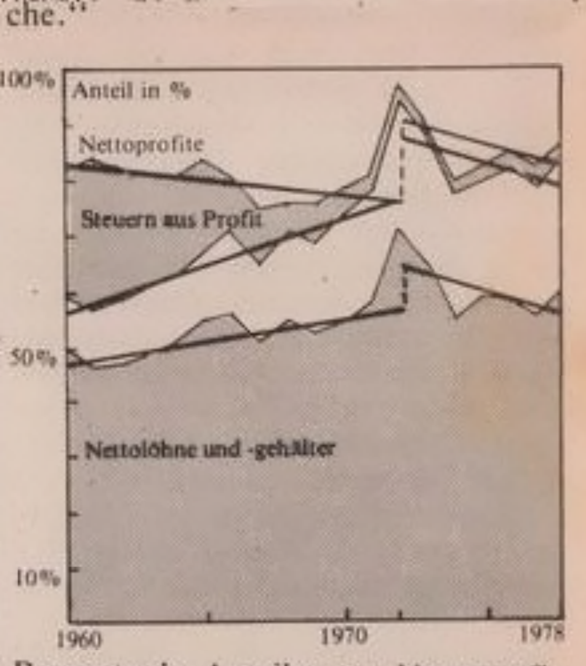
Conti-Vorstandsvorsitzender Hahn hatte bereits 1973 den Kurs beschrieben: „Conti kann es sich nicht leisten, sich in der heutigen Welt der Expansion einzuigeln. Auf dem allerschnell- sich in der heutigen Welt der Expansion einzuigeln. Auf dem allerschnell-sten Weg müssen wir wieder offensiv und expansiv werden."

Die Voraussetzungen, das in die Tat umzusetzen, waren von der strategischen Basis her relativ gering entwickelt. Die historischen Wurzeln dafür: Mit Beginn der industriellen Gummiproduktion beherrschte das englische Kapital den Weltkautschukmarkt; vom rasanten Anwachsen der Synthesekautschukproduktion profitieren hauptsächlich die US-Konzerne, weil ihnen der notwendige Rohstoff Erdöl billig zur Verfügung stand; die Versuche, insbesondere die Nachteile im Rohstoffsektor gemeinsam mit den anderen deutschen Kapitalistengruppen in zwei Weltkriegen auszumerzen, scheiterten jedesmal und endeten mit dem Gegenteil; technische Neuerungen wurden später als bei der europäischen Konkurrenz vollzogen.

Bis Ende der 60iger Jahre schrumpften dann auch die Conti-Marktanteile. Die Wende kam, als Bayer und die Deutsche Bank erst kooperierten und dann in die Conti einstiegen. Die Werke wurden durchrationalisiert, die Maschinerie im Eiltempo modernisiert. Dann konzentrierte sich das Conti-Kapital auf den Ausbau des Vertriebsnetzes und startete gezielte Kapitalexporte. Sie gingen hauptsächlich nach Südafrika, wo außer dem Privateigentum noch Löhne von 300 DM im Monat und andere „unternehmerische Frei- noch Löhne von 300 DM im Monat und andere „unternehmerische Frei-heiten" garantiert sind. Die in Europa veraltete Maschinerie wurde so noch äußerst profitabel. Insgesamt sechs Werke unter einer Dachgesellschaft hält die Conti in Südafrika, ein weiteres in Brasilien. Im französischen Zweigwerk wurde das Stammkapital von 23 Mio. FF 1968 auf 57 Mio. FF 1978 aufgestockt und im gleichen Zeitraum die Zahl der Auslandsvertriebsgesellschaften von einer auf zehn erhöht, darunter eine in den USA, die besonders wichtig ist, weil sich auf dem US-Markt der Wechsel vom Diagonal- zum Radialreifen gerade erst voll entfaltet. Michelin hat in den USA bereits Fuß gefaßt. Hahn hat in der letzten Zeit auffällig viele „US-Werke diesseits und jenseits des Atlantik besucht". Neue scharfe Konkurrenz kommt vom japanischen Reifenkonzern Bridgestone, der im Schatten der japanischen Automobilindustrie gewaltige Umsatzsteigerungen erzielt.

Der Kampf um Märkte, Rohstoffe und billigste Arbeiterheere hat eine Schärfe erreicht, die die Ausschaltung der Konkurrenten für die Imperialisten zur Tagesaufgabe macht. Hahn: „Zukünftig werden wir auf der gemeinsamen breiteren Basis aber immer noch mit weniger Kapital, mehr Ideen, größerer Flexibilität und schneller arbeiten müssen als die Giganten unserer Branche."

che."



Prozentuale Anteile von Nettoprofit, Steuern auf Profit und der Nettolöhne und -gehälter am Neuwert.



Allgemeine Daten der Conti

Beschäftigte (1979):	18148
(mit Uniroyal 1978):	31200)
Arbeiter:	13567
Angestellte:	4581
Anteil Ausländer:	ca.30%
Umsatz 1979 mt. Uniroyal	2,7 Mrd.
gewerkschaftlich organisiert	fast 100%.

Wichtige Aufsichtsratsmitglieder: Herrhausen (Deutsche Bank), Merkle (Bosch), Fuhrmann (Porsche), Pieper (P + S), Piltz (Veba).
Hauptprodukte: Reifen aller Art und technische Produkte (u.a. Transportbänder, technische Schläuche, Formartikel, Antriebselemente, Profile, Luftfedern).

